

**STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN**

FACHSERIE L

FINANZEN UND STEUERN

Reihe 5

Sonderbeiträge zur Finanzstatistik

**Sozialaufwand von Bund,
Ländern und Gemeinden (Gv.)**

1961 bis 1965



Bestellnummer : 300500 - 650003

VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ

Inhalt

	<u>Seite</u>
Vorbemerkung	3
T e x t t e i l	
I. Gesamtüberblick	4
II. Einzelne Aufgabenbereiche	
A. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe	
1. Sozialhilfe (einschl. Einrichtungen und Förderung der freien Wohlfahrtspflege)	5
2. Jugendhilfe (einschl. Einrichtungen und Förderung der freien Jugendhilfe)	9
B. Verwaltung der sozialen Angelegenheiten	11
C. Kriegsopferversorgung	11
D. Arbeit und Sozialversicherung	
1. Gesamtüberblick	13
2. Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung	14
3. Sozialversicherung	14
4. Betriebliche Alterfürsorge	16
5. Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht	
E. Ausgaben für sonstige soziale Maßnahmen	
1. Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds	18
2. Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene	18
3. Wohnbeihilfen	19
4. Kindergeld	19
F. Ausgaben und Einnahmen des Lastenausgleichsfonds	21
III. Erläuterungen zu den einzelnen Aufgabenbereichen	25
IV. Für die Finanzwirtschaft wichtige gesetzliche Be- stimmungen auf dem Gebiet des Sozialwesens	29
V. Methodische Hinweise	33
T a b e l l e n t e i l (lt. besonderem Verzeichnis)	34

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = kein Nachweis vorhanden

Erschienen im August 1968

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 5,-

Vorbemerkung

Die vorliegende Veröffentlichung setzt die Berichterstattung über Umfang und Struktur des staatlichen und kommunalen Sozialaufwands mit den Rechnungsergebnissen für die Jahre 1961 bis 1965 sowie einigen wichtigen Eckzahlen aus den vorläufigen Ergebnissen der Jahresrechnungsstatistik für das Jahr 1966 und der Haushaltsansatzstatistik für das Jahr 1967 fort. Dabei wird in den textlichen Erläuterungen - wie schon im entsprechenden Bericht für die Jahre 1955 bis 1960 - insbesondere auf die Rechtsgrundlagen und Arten der verschiedenen Ausgaben im Aufgabenbereich "Soziale Sicherung" eingegangen.

Wegen der inzwischen eingetretenen Änderungen in der Methodik und Systematik der Finanzstatistik ist ein Vergleich mit den Zahlenangaben in früheren Veröffentlichungen nur noch bedingt möglich. In diesem Zusammenhang wird besonders auf die methodischen Erläuterungen auf Seite 33 hingewiesen.

Diese Veröffentlichung wurde in der Abteilung des Ltd. Regierungsdirektors Hansen "Finanzen und Steuern, Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit" von Dipl. Volkswirt Peifer in der Gruppe des Oberregierungsrats Dr. Freund bearbeitet.

I. Gesamtüberblick

Die in der Finanzstatistik im Aufgabenbereich "Soziale Sicherung" zusammengefaßten Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden (Gv.) umfassen neben den Aufwendungen für die Sozialhilfe und die Jugendhilfe auch die Kriegsopferversorgung, die Zuschüsse an die Träger der Sozialversicherung und Arbeitslosenhilfe sowie Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und andere Leistungen wie z.B. Aufwendungen des Lastenausgleichsfonds. Unter Zugrundelegung dieser für die Finanzstatistik geltenden Abgrenzung des öffentlichen Sozialaufwands ergaben sich für das Rechnungsjahr 1965 staatliche und kommunale Sozialausgaben in Höhe von 27 288,3 Mill.DM. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Jahresrechnungsstatistik 1966 stellen sich die entsprechenden Beträge auf 29 052,1 Mill.DM und nach der Haushaltsansatzstatistik 1967 auf schätzungsweise 30 644 Mill.DM.

Gegenüber dem Jahr 1961 (18 639,4 Mill.DM) haben sich die Sozialausgaben von Bund, Lastenausgleichsfonds, Ländern und Gemeinden (Gv.) im Jahr 1966 um rd. 56 % erhöht; damit lag ihre Steigerungsquote, wenn auch nur geringfügig, über der des gesamten Haushaltsvolumens (rd. + 50 %). Dieser Entwicklung entspricht auch die - ebenfalls geringfügige - Zunahme der Anteilsquote der Sozialausgaben an den gesamten öffentlichen Ausgaben von 18,1 % im Jahr 1961 auf 18,7 % im Jahr 1966.

Unter den in der Finanzstatistik für das Jahr 1966 erfaßten Teilbereichen der Sozialen Sicherung stellen die aus öffentlichen Mitteln geleisteten Ausgaben in Form von Zuschüssen an die Träger der Sozialversicherung und Aufwendungen für bestimmte Versicherungsbehörden mit 10 166,9 Mill.DM den größten Einzelposten dar. Wie aus den in Tabelle 1 angegebenen Vergleichszahlen hervorgeht, lagen im Jahr 1955 noch die Ausgaben für die Kriegsopferversorgung an der Spitze; 1966 rangierten diese Aufwendungen (einschl. Versorgungsämter) mit 5 598,4 Mill.DM der Größenordnung nach an zweiter Stelle. Weitere große Ausgabenblöcke der Sozialen Sicherung sind die für die beiden "klassischen" Bereiche der Sozialhilfe (1966: 4 029,4 Mill.DM) und der Jugendhilfe (1966: 1 397,4 Mill.DM) aufgewendeten Beträge. Auch die Zuschüsse des Bundes und der Länder an den Lastenausgleichsfonds und die Sozialaufwendungen des Lastenausgleichsfonds sind mit insgesamt 2 927,9 Mill.DM von erheblichem Gewicht. Stark in den Vordergrund gerückt sind in den letzten Jahren die Wohnbeihilfen und das - 1961 erstmals aus öffentlichen Mitteln gewährte - Kindergeld; zusammen erreichten die Ausgaben für diese beiden Aufgabenbereiche 1966 einen Betrag in Höhe von 3 358,9 Mill.DM.

Die Finanzierung der öffentlichen Sozialausgaben wird zum größten Teil vom Bund getragen. Nach den finanzstatistischen Unterlagen entfielen in den Jahren 1961 bis 1966 - fast gleichbleibend - etwa zwei Drittel des gesamten öffentlichen Sozialaufwands auf den Bund. Einschließlich der dem Sozialwesen zurechenbaren Ausgaben des Lastenausgleichsfonds erhöht sich dieser Anteil auf mehr als drei Viertel der staatlichen und kommunalen Gesamtleistungen. Die Länder (einschl. Stadtstaaten) waren im Jahr 1966 mit 11,4 % etwas schwächer an den öffentlichen Sozialausgaben beteiligt als 1955 (rd. 13,0 %); die Anteilsquote der Gemeinden und Gemeindeverbände hat sich dagegen von 9,8 % im Jahre 1955 auf 13,1 % im Jahre 1966 erhöht.

1. Sozialaufwand von Bund, Lastenausgleichsfonds,
Ländern und Gemeinden (Gv.) nach Aufgabenbereichen

1 000 DM

Aufgabenbereich	1955	1961	1962	1963	1964	1965	1966 ¹⁾
Sozialhilfe (einschl. Einrichtungen der Sozialhilfe und Förderung der freien Wohlfahrtspflege).	1 940 525	2 704 826	2 972 544	3 201 608	3 422 848	3 614 410	4 029 443
Jugendhilfe (einschl. Einrichtungen der Jugendhilfe und Förderung der freien Jugendhilfe)	369 632	705 566	799 029	928 430	1 122 814	1 266 361	1 397 363
Verwaltung der sozialen Angelegenheiten	367 915	567 686	604 083	730 169	777 463	806 352	905 558
Kriegsopferversorgung/Versorgungsämter	3 626 657	4 480 380	4 438 234	4 208 177	5 032 909	5 463 184	5 598 428
Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	794 378	100 243	69 603	111 955	114 379	89 820	106 748
Betriebliche Altersfürsorge	13 911	29 547	25 529	27 164	27 619	34 400	36 179
Sozialversicherung/Versicherungsbehörden	3 024 168	6 320 890	6 690 428	7 517 880	8 222 431	9 116 946	10 168 917
Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht	19 561	69 167	72 340	79 718	88 500	91 330	120 605
Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds/Sozialausgaben des Lastenausgleichsfonds	2 507 180	3 123 239	3 802 106	3 079 216	3 675 664	3 403 398	2 927 901
Entschädigung an ehemalige Kriegsgefangene	200 587	102 118	64 320	39 831	49 950	73 354	32 347
Wohnbeihilfen/Kindergeld ²⁾	222	333 100	585 466	487 031	1 518 169	2 962 018	3 358 948
Übriges Sozialwesen	72 327	102 622	414 694	169 476	237 628	366 772	371 626
Insgesamt	12 937 063	18 639 384	20 538 736	20 580 655	24 290 374	27 288 345	29 052 063

1) Vorläufiges Ergebnis.- 2) Erstmals im Jahre 1961 aus öffentlichen Mitteln gewährt.

II. Einzelne Aufgabenbereiche

A. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

1. Sozialhilfe (einschl. Einrichtungen und Förderung der freien Wohlfahrtspflege) ¹⁾

Im Rahmen des Gesamtsystems der sozialen Sicherung verbleibt auch heute noch ein bestimmter Bereich, in dem soziale Hilfe nur durch die öffentliche Fürsorge gewährt werden kann. Diese soll vor allem die Lücken schließen, die dadurch entstehen, daß im Rahmen der sonstigen Sozialleistungen bestimmte Leistungsarten nicht vorgesehen sind, gewisse Personenkreise nicht erfaßt werden oder die sonstigen Sozialleistungen nicht ausreichen. Trotz des in den letzten Jahren eingetretenen Rückgangs der Zahl der laufend unterstützten Personen und der in Anstalten

1) Vgl. Tabellenteil S. 36.

versorgten Hilfsbedürftigen, sind die Aufwendungen der Sozialhilfe weiter angestiegen. Diese Entwicklung ist in der allgemeinen Ausweitung und Verbesserung der Leistungen, insbesondere in der Erhöhung der laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt durch Anpassung der Regelsätze an die erhöhten Lebenshaltungskosten, begründet.

Das Leistungsrecht der öffentlichen Sozialhilfe wurde durch das am 1. Juni 1962 in Kraft getretene Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vom 30. Juni 1961 (BGBl I S. 815) neu geordnet. Die öffentlichen Mittel für Sozialhilfe werden nach landesgesetzlichen Bestimmungen von den örtlichen und überörtlichen Trägern der Sozialhilfe aus allgemeinen Haushaltsmitteln aufgebracht. Der Bund trägt die Aufwendungen für die Sozialhilfe bzw. beteiligt sich an ihren Kosten nur, soweit sie die Kriegsfolgenhilfe, insbesondere die Kriegsofferfürsorge und die überörtliche Tuberkulosehilfe betreffen. Die als "Aufwand der Sozialhilfe" und für "Einrichtungen der Sozialhilfe" nachgewiesenen Bundesausgaben umfassen vorwiegend die an Länder und Gemeinden erstatteten Aufwendungen für Kriegsfolgenhilfe. Zu diesen Aufwendungen im Sinne des Ersten Überleitungsgesetzes in der Fassung vom 30. Juni 1959 gehören die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen von den Trägern der Sozialhilfe geleisteten Fürsorgekosten für Heimatvertriebene, Evakuierte und Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und der Stadt Berlin sowie für Angehörige von Kriegsgefangenen, Vermissten und Heimkehrern; ferner zählen dazu die Fürsorgeaufwendungen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und ihnen gleichgestellte Personen, soweit noch zusätzliche Leistungen zu gesetzlichen Versorgungsleistungen zu gewähren sind (Kriegsofferfürsorge) und schließlich die Fürsorgekosten für Ausländer und Staatenlose. Als Aufwendungen der Kriegsfolgenhilfe gelten auch die Gesundheitsfürsorge für Tuberkulose und eine Reihe weiterer Maßnahmen, die unmittelbar der Überwindung der Folgen des letzten Krieges für die Betroffenen dienen.

Die Kosten der Kriegsfolgenhilfe wurden nach der im Jahre 1950 getroffenen Regelung zu 75 % und ab 1951 zu 85 % vom Bund übernommen. Vom Rechnungsjahr 1955 ab werden diese Kosten mit Ausnahme der Aufwendungen der Sozialhilfe für die Sowjetzonenflüchtlinge und die Kriegsofferfürsorge durch Leistung von Pauschbeträgen seitens des Bundes an die Länder abgegolten. Die Pauschbeträge betrugen für das Rechnungsjahr 1955 100 % der nachgewiesenen Aufwendungen für die Kriegsfolgenhilfe. Sie vermindern sich in den folgenden Rechnungsjahren stufenweise derart, daß ab 1969 weitere pauschalisierte Zahlungen des Bundes entfallen. Der Bund hat dann nur noch die Kosten der Sozialhilfe für Sowjetzonenflüchtlinge und die der Kriegsofferfürsorge zu tragen. Ab 1. Januar 1964 trägt der Bund die Kosten der Kriegsofferfürsorge nur noch zu 80 %. Darüber hinaus werden die Kosten der individuellen Fürsorge (z.B. für Zugewanderte zu 80 % oder die Kosten der Kriegsofferfürsorge) vom Bund individuell abgegolten.

Im Rahmen der Kriegsfolgenhilfe nimmt die Kriegsofferfürsorge eine besondere Stellung ein. Sie hat ihre gesetzliche Grundlage nicht im Bundessozialhilfegesetz, sondern in den Vorschriften der §§ 25 bis 27 e des Bundesversorgungsgesetzes (BVG). Einzelheiten regelt die Verordnung zur Kriegsofferfürsorge vom 30. Mai 1961 (BGBl I S. 653) - zuletzt geändert am 3. August 1965.

Aufgrund des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr vom 27. Januar 1965 (BGBl I S. 978) ist der Bund ferner verpflichtet, den Unternehmen die durch die unentgeltliche Beförderung bestimmter Gruppen von Beschädigten und Behinderten entstandenen Fahrgeldausfälle zu erstatten, und zwar rückwirkend ab 1. April 1950. Hierfür sind im Haushaltsplanentwurf 1966 erstmals 68,8 Mill.DM veranschlagt und 1967 weitere 70,2 Mill.DM vorgesehen.

Die den Bund belastenden Kosten der Kriegsofferfürsorge sind - einschl. der Aufwendungen für Darlehen - für das Haushaltsjahr 1966 mit insgesamt rd. 350 Mill.DM veranschlagt. Außerdem beteiligt sich der Bund im Rahmen der Sozialhilfe an den Aufwendungen der überörtlichen Träger der Sozialhilfe für die Tuberkulosehilfe nach § 66 des Bundessozialhilfegesetzes.

Die Mittel für die Sozialhilfe, die nicht unmittelbar Kriegsfolgenhilfe ist, werden, wie bereits erwähnt, nach landesgesetzlichen Bestimmungen von den örtlichen und überörtlichen Trägern der Sozialhilfe aus deren allgemeinen Haushaltsmitteln aufgebracht. Örtliche Träger der Sozialhilfe sind nach § 96 Abs. 1 Satz 1 BSHG die kreisfreien Städte und die Landkreise. Die Landkreise können dabei ihre eigenen Aufgaben auf ihre Gemeinden oder Gemeindeverbände nach Maßgabe der Länderbestimmungen übertragen.

Die überörtlichen Träger der Sozialhilfe sind für bestimmte Hilfsmaßnahmen zuständig, die eine über den örtlichen Bereich hinausgehende Bedeutung für die Allgemeinheit haben oder von besonderer finanzieller Tragweite sind (z.B. stationäre Eingliederungshilfe für Behinderte, Tuberkulosehilfe, Blindenhilfe - im einzelnen vgl. § 100 BSHG).

Nach § 96 Abs. 2 Satz 1 BSHG bestimmen die Länder die überörtlichen Träger der Sozialhilfe; auf eine bundesgesetzliche Regelung mußte angesichts der in den einzelnen Ländern unterschiedlichen Organisationsformen der bisherigen überörtlichen Träger (Landesfürsorgeverbände) verzichtet werden. Überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist in vielen Fällen das Land selbst (Schleswig-Holstein, Niedersachsen - außer für den Verwaltungsbezirk Oldenburg - , Rheinland-Pfalz, Saarland), in anderen Ländern sind die überörtlichen Träger der Sozialhilfe Landeswohlfahrtsverbände (Baden-Württemberg, Hessen). In Nordrhein-Westfalen sind die Landschaftsverbände, in Bayern die Bezirke die Träger der überörtlichen Sozialhilfe. Die statistische Nachweisung der Ausgaben entspricht der unterschiedlichen gesetzlichen Regelung in den einzelnen Ländern. Zum Teil sind daher die Ausgaben den Ländern, zum Teil den Gemeinden (Gv.) zugeordnet.

Unter bestimmten Voraussetzungen findet zwischen den Trägern der Sozialhilfe ein Ausgleich ihrer Aufwendungen statt. Dies gilt insbesondere zugunsten von Trägern, in deren Bereich sich Anstalten oder gleichartige Einrichtungen befinden, wenn in diese Einrichtungen Hilfeempfänger aus dem Bereich anderer Träger aufgenommen werden. Von besonderer Bedeutung sind auch die Kostenersatzte unter den Trägern der Sozialhilfe, die in der Hauptsache auf die Fälle der Hilfe in Anstalten, Heimen und ähnlichen Einrichtungen, der Unterbringung in anderen Familien sowie auf die Fälle pflichtwidrigen Verhaltens beschränkt sind.

Neben den unmittelbaren Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gv.) spielen die Zahlungen zwischen Gebietskörperschaften infolge der oben erwähnten Umstände eine erhebliche Rolle. So betrugen beispielsweise die Zuweisungen des Bundes und der Länder an Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahre 1965 insgesamt rd. 600 Mill.DM.

Die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden für die Sozialhilfe sind in den letzten Jahren, wenn auch nicht so stark wie in anderen Bereichen der sozialen Sicherung, kontinuierlich angestiegen. So ergibt sich im Jahre 1965, in dem die Leistungen für die Sozialhilfe 3 614 Mill.DM betrugen, gegenüber dem Jahre 1956 (2 037 Mill.DM) eine Steigerung um 77,5 %.

Von den Gesamtleistungen der Gebietskörperschaften für die Sozialhilfe, die in der hier zugrunde liegenden Abgrenzung im einzelnen den Aufwand der Sozialhilfe, die Ausgaben für die Einrichtungen der Sozialhilfe und die Mittel zur Förderung der freien Wohlfahrtspflege umfassen, entfielen auf den Bund 651 Mill.DM (18,0 %), auf die Länder (einschl. Stadtstaaten) 835,9 Mill.DM (23,1 %) und auf die Gemeinden 2 127,8 Mill.DM (58,9 %). Die Anteile, die von den einzelnen Ebenen finanziert werden, haben sich in den letzten Jahren unterschiedlich entwickelt. So belief sich der Anteil des Bundes noch im Rechnungsjahr 1961 auf 28,7 % und der Anteil der Gemeinden auf 50,3 %. Lediglich der Anteil der Länder ist im Vergleich zum Ergebnis des Jahres 1961 (21,0 %) relativ konstant geblieben. Diese Tendenz - Absinken des Anteils des Bundes, dagegen Ansteigen des Gemeindeanteils an der Finanzierung der Sozialhilfe - wird bei einem Vergleich mit einem weiter zurückliegenden Jahr noch deutlicher. Die entsprechenden Anteilsätze für das Rechnungsjahr 1956 lauten für den Bund 36,2 %, die Länder 19,0 % und die Gemeinden 44,8 %. Der Rückgang des Bundesanteils an den gesamten Aufwendungen erklärt sich, wie schon angedeutet, vor allem daraus, daß die Aufwendungen der Kriegsfolgenhilfe vom Bund seit dem Rechnungsjahr 1955 im wesentlichen durch degressiv gestaffelte Pauschbeträge abgegolten werden. Die dadurch entstehenden Verminderungen der Bundesausgaben für die Sozialhilfe waren bisher höher als die Ausgabensteigerungen der Bundesmittel für die Kriegsopferfürsorge.

Im einzelnen ergibt sich für die hier dargestellten verschiedenen Aufgabenbereiche - Sozialhilfeleistungen im engeren Sinn, Einrichtungen der Sozialhilfe und Förderung der freien Wohlfahrtspflege - folgende Entwicklung. Für die Sozialhilfeleistungen im engeren Sinne wurden aus Haushaltsmitteln im Jahre 1965 insgesamt 2 825 Mill.DM bereitgestellt. Diese Mittel sind in den letzten Jahren in verstärktem Umfang zur Hilfe in besonderen Lebenslagen verwendet worden, während die Bedeutung der Hilfe zum Lebensunterhalt zurückgegangen ist. Insgesamt haben sich die Sozialleistungen im engeren Sinne von 1961 bis 1965 um 33,8 % erhöht. Das entspricht etwa der Steigerungsquote der Ausgaben für die Einrichtungen der Sozialhilfe, die rund ein Fünftel des gesamten Aufwandes ausmachen, der den Gebietskörperschaften im Zusammenhang mit der Sozialhilfe entsteht.

Eine systematische Übersicht über die Ausgaben für Sozialhilfe wäre unvollständig ohne Einbeziehung der Ausgaben der Gebietskörperschaften zur Förderung der freien Wohlfahrtspflege. Dazu

gehören die auf konfessioneller oder humanitärer Grundlage tätigen freien Organisationen und Vereinigungen, die sich die Hilfe für den Menschen in Not zur Aufgabe gemacht und hierfür zahlreiche Einrichtungen, vor allem Anstalten und Heime, geschaffen haben. Die im Zusammenhang mit Aufwendungen für Sozialhilfe und den Einrichtungen der Sozialhilfe nachgewiesenen Mittel zur Förderung der freien Wohlfahrtspflege beliefen sich im Jahre 1965 auf insgesamt 126 Mill.DM. Davon entfielen auf den Bund rd. 46 Mill.DM, auf die Länder 28 Mill.DM und auf die Gemeinden 52 Mill.DM. Die Aufwendungen der Gebietskörperschaften bestehen vor allem in Beihilfen, Zuschüssen und Darlehen an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege (Innere Mission und Hilfswerk der evangelischen Kirche in Deutschland, Deutscher Caritasverband, Arbeiterwohlfahrt usw.).

2. Jugendhilfe (einschl. Einrichtungen und Förderung der freien Jugendhilfe)¹⁾

Die Jugendhilfe - früher Jugendwohlfahrt - umfaßt auch in der neuen Fassung des am 1. Juli 1962 in Kraft getretenen Jugendwohlfahrtsgesetzes (JWG) vom 11. August 1961, die beiden methodischen und organisatorischen Hauptformen der Jugendhilfe, nämlich die Jugendfürsorge und die Jugendpflege. Dabei schließt die Jugendfürsorge alle Hilfsmaßnahmen und Einrichtungen freier und behördlicher Art für Minderjährige ein, die von ihren natürlichen Sorgern nicht oder nicht hinlänglich genug versorgt werden und dadurch gefährdet oder verwahrlost sind, während die Jugendpflege sich fördernd mit dem eigenständigen öffentlichen Gruppenleben der Jugend befaßt und vorbeugend wirkt.

In den statistischen Nachweisungen werden diese beiden Komponenten der Jugendhilfe zusammengefaßt dargestellt. Die finanzstatistischen Unterlagen erlauben keine genaue Trennung der Ausgaben für Jugendfürsorge und Jugendpflege (1965 rd. 410 Mill.DM), weil die Funktionen und Einrichtungen dieser beiden Formen der Jugendhilfe häufig organisatorisch eng miteinander verbunden sind. Zusätzlich werden noch die Aufwendungen für die Einrichtungen der Jugendhilfe (1965 rd. 731 Mill.DM) und die Ausgaben für die Förderung der freien Jugendhilfe (1965 rd. 125 Mill.DM) nachgewiesen. Lediglich die Ausgaben der Gemeinden unter 10 000 Einwohnern für die Jugendpflege, über die nur summarische, die Aufwendungen für das übrige Sozialwesen einschließende Angaben vorliegen, sind in der statistischen Darstellung nicht enthalten. Nach vorsichtiger Schätzung würden sich die Ausgaben für die Jugendhilfe (einschl. Einrichtungen) bei Berücksichtigung der Ausgaben der Gemeinden unter 10 000 Einwohnern für die Jugendpflege um etwa 5 % der angegebenen Beträge erhöhen.

Die von der öffentlichen Hand für die Jugendhilfe geleisteten Beträge werden zahlreichen Zwecken zugeführt. Neben den Leistungen nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz stehen die Aufwendungen für die Einrichtungen der Jugendhilfe (Aufnahmeheime, Erziehungsheime, Kinderhorte, Erholungslager, Jugendherbergen, Jugendberatungsstellen usw.). Ferner werden aus öffentlichen Mitteln Zuschüsse zur Förderung der freien Jugendhilfe gewährt. Im Jugendwohlfahrtsgesetz wird der subsidiäre Charakter der öffentlichen Jugendhilfe gegenüber der Familie und den Verbänden der freien Jugendwohlfahrt betont. Das bedeutet, daß die Jugendämter gegenüber den Erziehungsaufgaben der Familie und den Verbänden der freien Jugendhilfe sowohl auf dem Gebiet der

1) Vgl. Tabellenteil S. 60.

Jugendfürsorge als auch der Jugendpflege in erster Linie helfend und fördernd einzutreten haben und erst dann eigene Einrichtungen schaffen sollen, wenn die Verbände dazu nicht in der Lage sind. Die finanzielle Förderung der außerhalb des öffentlichen Bereichs tätigen Körperschaften erfolgt vor allem durch direkte Zuwendungen. In gewissem Umfang können neben diesen Finanzhilfen den Trägern der freien Jugendhilfe auch Sach- und Personalausgaben der Gebietskörperschaften in den Fällen zugute kommen, in denen beispielsweise aus öffentlichen Mitteln errichtete Gebäude oder Einrichtungsgegenstände den betreffenden Verbänden zur Verfügung gestellt werden.

Die wichtigsten Träger der freien Jugendhilfe sind die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und diesen angeschlossene oder selbständige Fachverbände der Jugendhilfe.

Im öffentlichen Bereich ist die Jugendfürsorge und die Jugendpflege nach dem Grundgesetz Angelegenheit der Länder. Organe der öffentlichen Jugendhilfe sind die Jugendämter der Kreise und der kreisfreien Städte sowie die Landesjugendämter. Darüber hinaus werden in einigen Ländern zusätzliche Mittel im Rahmen der Landesjugendpläne bereitgestellt. Die vom Bund finanzierten Mittel für die Jugendfürsorge und -pflege sind fast ausschließlich im Bundesjugendplan veranschlagt. Allerdings enthalten die Bundesjugendpläne auch Teilbeträge, die anderen, nicht der Jugendhilfe zurechenbaren Verwaltungszweigen zugute kommen. Die aus den Bundesjugendplänen gewährten Mittel für die Jugendhilfe haben sich im Berichtszeitraum infolge der zunehmend konsolidierten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse immer mehr auf jugendpflegerische Maßnahmen - vor allem berufsfördernde oder der politischen und sozialen Bildung dienende Maßnahmen - konzentriert, während der Anteil der Aufwendungen für die Jugendfürsorge mehr und mehr in den Hintergrund getreten ist.

Der unterschiedlichen Aufgabenstellung von Bund, Ländern und Gemeinden (Gv.) auf dem Gebiet der öffentlichen Jugendhilfe entspricht die Höhe und Struktur der jeweiligen Aufwendungen der staatlichen und kommunalen Gebietskörperschaften. Von den gesamten öffentlichen Aufwendungen für die Jugendhilfe (einschl. Einrichtungen und Förderung der freien Jugendhilfe) in Höhe von 1 266 Mill.DM entfiel 1965 mit etwa 73 % der überwiegende Anteil auf den lokalen Wirkungskreis, also auf die Stadtstaaten und die Gemeinden (Gv.). Diese Anteilsquote - wie auch die prozentualen Anteile des Bundes (rd. 6 %) und der Länder (rd. 21 %) - ist seit Jahren vergleichsweise konstant geblieben. Ähnliches gilt auch für das Verhältnis der Ausgaben für die Jugendhilfe nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz, die Ausgaben für Einrichtungen der Jugendhilfe und die Höhe der Mittel zur Förderung der freien Jugendhilfe. Lediglich bei den Ausgaben zur Förderung der freien Jugendhilfe zeigt sich - bei zwar absoluter Steigerung der hierfür aufgebrauchten Beträge - ein leichter Rückgang des Anteils an den gesamten Ausgaben der Jugendhilfe.

In den Tabellen 'B.5. a) - e) sind die Ausgaben für die Jugendhilfe einschl. Einrichtungen - jedoch ohne Förderung der freien Jugendhilfe - im einzelnen dargestellt. Charakteristisch für die Struktur der öffentlichen Ausgaben auf dem Gebiet der Jugend-

hilfe ist einmal der große Umfang des Zahlungsverkehrs zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften, der sich in der Differenz zwischen den unmittelbaren Ausgaben und den Nettoausgaben ausdrückt; zum anderen ist für die Jugendhilfeausgaben der hohe Anteil von Zuweisungen an Verbände, sonstige Körperschaften und Vereine typisch. Dies gilt insbesondere für die Ausgaben des Bundes und der Länder.

B. Verwaltung der sozialen Angelegenheiten¹⁾

Das im folgenden behandelte Aufgabengebiet "Verwaltung der sozialen Angelegenheiten" umfaßt ausschließlich die Aufwendungen für die Verwaltungskosten der Sozialhilfe, der Jugendhilfe und des Lastenausgleichs. Nicht enthalten sind dagegen die Verwaltungsausgaben, die in Zusammenhang mit den hier nicht erfaßten Aufgabengebieten entstehen (z.B. Versorgungsämter). Der Gesamtbetrag der hier erfaßten Verwaltungsaufwendungen belief sich im Jahre 1965 auf 806,4 Mill.DM; damit hat er sich gegenüber 1961 um 42,0 % erhöht.

Die unmittelbaren Bundesausgaben für die Verwaltung der sozialen Angelegenheiten sind relativ gering (1965: 17,0 Mill.DM). In diesen Ausgaben sind u.a. die Kosten des Bundesausgleichsamtes enthalten. Dagegen leistet der Bund in erheblichem Umfang Zuschüsse an die anderen Gebietskörperschaften. Diese Zuschüsse stellen Erstattungen an andere Gebietskörperschaften für vom Bund zu tragende Verwaltungskosten dar, die sich aus der Durchführung der Lastenausgleichsgesetze und anderer von den Ausgleichsbehörden durchzuführender Gesetze ergeben (vgl. im einzelnen § 351 LAG). So beliefen sich die Zahlungen des Bundes an andere Gebietskörperschaften im Rechnungsjahr 1965 auf 193,2 Mill.DM. Die finanzielle Belastung (Nettoausgaben) des Bundes durch die genannten Aufgabengebiete betrug damit im Rechnungsjahr 1965 insgesamt 210,2 Mill.DM, die der Länder ist dagegen verhältnismäßig gering (1965: 7,2 Mill.DM).

Den Hauptteil der gesamten Aufwendungen für die Verwaltung der sozialen Angelegenheiten tragen die Gemeinden. Dabei dienen die Ausgaben der Gemeinden vor allem der Finanzierung der Kosten der kommunalen Verwaltungsorgane für die öffentliche Sozialhilfe und Jugendhilfe.

Im Rechnungsjahr 1965 belief sich der Anteil der Gemeinden (einschl. Stadtstaaten und Gemeindeverbände) an den gesamten Verwaltungsaufwendungen für soziale Angelegenheiten auf 589,0 Mill.DM oder 73,0 %; im Jahr 1964 betrug die entsprechende Anteilsquote 65,9 %. Damit hat sich der Anteil der Gemeinden merklich erhöht, nachdem er in den Jahren 1961 und 1962 etwa 55 % betragen hatte.

C. Kriegsopferversorgung²⁾

Unter dem Aufgabengebiet "Kriegsopferversorgung" werden hier einmal die Ausgaben für die Kriegsopferversorgung und die Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von ehemaligen Kriegsgefangenen, zum andern die Aufwendungen für die Versorgungsdienststellen und die Einrichtungen der Kriegsopferversorgung zusammengefaßt. Die Versorgungsleistungen an die unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen werden nachrichtlich nachgewiesen.

1) Vgl. Tabellenteil S. 72. - 2) Vgl. Tabellenteil S. 82.

Durch die Versorgungsleistungen an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sollen die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der durch Krieg verursachten gesundheitlichen Schädigungen beseitigt oder, soweit das möglich ist, durch Geldleistungen ausgeglichen werden. Einheitliche gesetzliche Grundlage für die Kriegsopferversorgung ist das am 1. Oktober 1950 inkraftgetretene Bundesversorgungsgesetz (BVG) vom 20. Dezember 1950 (BGBl I S. 791). Weitere wichtige Rechtsgrundlagen, die u.a. auch zu erheblichen Leistungsverbesserungen in der Kriegsopferversorgung führten, sind das Erste, Zweite und Dritte Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsopferrechts (Neuordnungsgesetze) vom 27. Juni 1960, 21. Februar 1964 und 28. Dezember 1966.

Für die Soldaten der Bundeswehr, die Ersatzdienstpflichtigen, für politische Häftlinge aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und ihre Hinterbliebenen sowie für die Angehörigen von Kriegsgefangenen gilt aufgrund besonderer gesetzlicher Bestimmungen das Leistungsrecht des Bundesversorgungsgesetzes - Gewährung der gleichen Leistungen wie für die Kriegsbeschädigten und ihre Hinterbliebenen - entsprechend.

Die Mittel für die Kriegsopferversorgung werden ausschließlich durch die öffentlichen Haushalte finanziert. Dabei trägt der Bund die materiellen Leistungen der Kriegsopferversorgung (Leistungen an Kriegsopfer, diesen gleichgestellten Personen und an Angehörige von Kriegsgefangenen), während die persönlichen und sächlichen Verwaltungsausgaben - seit dem 1. April 1955 - grundsätzlich von den Ländern zu tragen sind.

Die Leistungen der Kriegsopferversorgung umfassen vor allem Heilbehandlungsmaßnahmen, Versehrtenleibesübungen, Krankenbehandlung, Beschädigtenrente und Pflegezulagen für den Beschädigten selbst sowie Sterbegeld und Hinterbliebenenrente für Angehörige. Die Heilbehandlung und die Maßnahmen für die gesundheitliche Wiederherstellung und berufliche Wiedereingliederung stehen im Rahmen der Versorgung an erster Stelle.

Der Gesamtbetrag für die materiellen Leistungen der Kriegsopferversorgung (ohne Aufwendungen für Versorgungsdienststellen und Einrichtungen der Kriegsopferversorgung) belief sich im Jahre 1965 auf 5 140,4 Mill.DM. Nach den Haushaltsansätzen sind für das Jahr 1966 rd. 5,3 Mrd.DM und für das Jahr 1967 rd. 5,9 Mrd.DM veranschlagt. Damit haben sich die Ausgaben seit dem Jahr 1964 stark erhöht, nachdem sie in den Jahren 1961 bis 1963 geringfügig zurückgegangen waren. Dabei ist die Zahl der Leistungsempfänger in den letzten Jahren vor allem durch das Ausscheiden von Waisen wegen Erreichen der Altersgrenze zurückgegangen. Auch die Zahl der Beschädigten und insbesondere die der Witwen entwickelte sich - wenn auch nicht in solchem Maße - rückläufig. Es ist vorgesehen, die Kriegsopferrenten - ähnlich wie die Sozialrenten und Unfallrenten - künftig laufend an die wirtschaftliche Entwicklung anzupassen. Zu diesem Zweck ist eine Überprüfung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes in zweijährigem Abstand - erstmals im Jahre 1969 - in Aussicht genommen.

Das Schwergewicht der Durchführung der Versorgungsangelegenheiten liegt bei den Versorgungsämtern. Diese unterstehen dem jeweiligen Landesversorgungsamt (in Nordrhein-Westfalen zwei Landesversorgungsämtern), dem die unmittelbare Dienstaufsicht obliegt. Die von den Ländern zu tragenden Verwaltungskosten beliefen sich für das Jahr 1965 auf 239,4 Mill.DM.

Neben den "direkten" Leistungen der Kriegsopferversorgung und den Verwaltungsausgaben für die Kriegsopferversorgung werden die Aufwendungen für die Einrichtungen der Kriegsopferversorgung seit 1963 gesondert nachgewiesen. Zu den Einrichtungen der Kriegsopferversorgung sind u.a. die orthopädischen Versorgungsstellen, versorgungsärztliche Untersuchungsstellen, Versorgungskrankenhäuser, Versorgungsheilstätten und Versorgungskuranstalten zu zählen. Die Ausgaben von Bund und Ländern zusammen - den Gemeinden entstehen im Zusammenhang mit der Kriegsopferversorgung keine finanziellen Belastungen - für die Einrichtungen der Kriegsopferversorgung beliefen sich im Jahr 1965 auf 83,3 Mill.DM. Von dieser Summe finanzierten die Länder (einschl. Stadtstaaten) mit 61,2 Mill.DM den überwiegenden Anteil.

Die Versorgungsleistungen an die unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen (Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung vom 21. August 1961) (BGBl I S. 1578) umfassen einmal die Versorgungsausgaben an die verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und an Angehörige aufgelöster Dienststellen sowie deren Hinterbliebenen und zum andern die Versorgungsausgaben an Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes bzw. ihre Hinterbliebenen. Die Leistungen auf Grund des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen sehen neben Ruhegehältern, Witwen- und Waisengeldern, Nachversicherungen, Unterstützungen und Beihilfen auch Kapitalabfindungen auf Ruhegelder vor.

Die dafür erforderlichen Aufwendungen werden nahezu ausschließlich vom Bund getragen, der dafür im Jahre 1965 insgesamt 2 327,8 Mill.DM bereitgestellt hat. In dieser Summe sind auch die Zuschüsse des Bundes an andere Gebietskörperschaften enthalten, da sich der Bund aufgrund gesetzlicher Bestimmungen an den Versorgungslasten anderer Dienstherren beteiligt. Da diese Zuweisungen von den anderen Gebietskörperschaften im Laufe des Rechnungsjahres nicht voll ausgegeben wurden, vermindert sich der Gesamtbetrag der Aufwendungen für das Jahr 1965 entsprechend (vgl. T a b e l l e C, S. 82). Die Aufwendungen für die Versorgungsleistungen nach Artikel 131 des Grundgesetzes betrugen daher im Rechnungsjahr 1965 insgesamt 2 049,5 Mill.DM. Der entsprechende Betrag belief sich für das Jahr 1961 auf 1 541,1 Mill.DM. Der Anstieg der Aufwendungen in den letzten Jahren erklärt sich sowohl aus inzwischen eingetretenen Leistungsverbesserungen als auch daraus, daß die Zahl der Leistungsempfänger im Berichtszeitraum gestiegen ist. So entwickelte sich die Zahl der Ruhegehaltsempfänger nach Angaben des Bundesministeriums der Finanzen von 83 067 im Jahre 1960 auf 106 104 im Jahre 1965; Witwen- und Waisengelder wurden 1960 in 140 653 und 1965 in 148 125 Fällen gezahlt.

D. Arbeit und Sozialversicherung¹⁾

1. Gesamtüberblick

Unter "Arbeit und Sozialversicherung" sind im einzelnen folgende Aufgabengebiete enthalten: Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht, Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung, betriebliche Altersfürsorge sowie Sozialversicherung. Der Gesamtbetrag der Ausgaben für die genannten Aufgabengebiete belief sich im Jahre 1965 auf 9 332,5 Mill.DM; 1955 hatte der entsprechende Betrag 3 838,1 Mill.DM betragen. Neben den für die Sozialversicherung aufgewendeten Mitteln fallen die Ausgaben für die übrigen Bereiche kaum ins Gewicht. Während 1955 der Anteil der Ausgaben für die Sozialversicherung am Ge-

1) Vgl. Tabellenteil S. 84.

sambetrag 78,8 % betrug, belief er sich im Jahre 1961 auf 95,5 % und im Jahre 1965 auf 97,6 %. Diese Zunahme ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß die Ausgaben für Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen infolge der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung verloren haben.

2. Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung¹⁾

Die Arbeitslosenhilfe (früher Arbeitslosenfürsorge) soll - ebenso wie die Arbeitslosenversicherung - einen Schutz gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit gewähren. Von der Arbeitslosenversicherung unterscheidet sich die Arbeitslosenhilfe hinsichtlich der Voraussetzungen und der Höhe ihrer Leistungen sowie durch die Finanzierung ihrer Aufwendungen. Während die Arbeitslosenversicherung voll durch die Pflichtbeiträge der Versicherten bzw. deren Arbeitgeber finanziert wird, werden die Aufwendungen für die Arbeitslosenhilfe nach Artikel 120 des Grundgesetzes aus Haushaltsmitteln des Bundes gedeckt. Arbeitslosenhilfe wird nur gewährt, wenn ein Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung noch nicht oder nicht mehr besteht und der Arbeitslose bedürftig ist. Die Leistungen aus der Arbeitslosenhilfe sind grundsätzlich niedriger als die der Arbeitslosenversicherung. Durchgeführt wird die Arbeitslosenhilfe als Auftragsangelegenheit von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Nach § 1 des Gesetzes über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) in der Fassung vom 3. April 1957 (BGBl I S. 322) werden der Bundesanstalt die Verwaltungskosten, die sich aus der Durchführung der Arbeitslosenhilfe ergeben, durch einen Pauschalbetrag erstattet.

Eine größere Änderung in der Finanzierung der Arbeitslosenhilfe ist ab 1. Januar 1967 eingetreten. Nach Artikel 7 § 2 Nr. 1 des Finanzplanungsgesetzes vom 23. Dezember 1966 (BGBl I S. 697) trägt von diesem Zeitpunkt ab die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Arbeitslosenhilfe in den Fällen, in denen im Anschluß an den Arbeitslosengeldbezug Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe zu zahlen ist (sog. "Anschluß-Arbeitslosenhilfe").

Der Umfang der Arbeitslosenhilfe hängt noch stärker als bei anderen Zweigen der sozialen Sicherung von der jeweiligen Wirtschafts- und Beschäftigungslage ab. Nach Angaben des Bundesministeriums der Finanzen ist die Zahl der Hauptbetragsempfänger von Unterstützungen aus der Arbeitslosenhilfe von rd. 830 000 im Jahre 1952 auf 10 218 im Jahre 1966 gesunken. Für das Jahr 1967 muß allerdings wegen der rückläufigen Konjunktur mit einem leichten Anstieg der Empfängerzahl gerechnet werden. Im Bundeshaushaltsplan 1967 ist daher die Zahl der Hauptbetragsempfänger von Unterstützungen aus der Arbeitslosenhilfe auf 32 600 veranschlagt.

Neben den Leistungen der Arbeitslosenhilfe werden im Aufgabenbereich "Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" auch die Mittel nachgewiesen, die im wesentlichen für Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme durch Empfänger von Arbeitslosenhilfe geleistet werden.

3. Sozialversicherung²⁾

Die Mittel für die Durchführung der Sozialversicherung werden zum überwiegenden Teil aus Versicherungsbeiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht. Daneben wird jedoch ein bedeutender Anteil der Aufwendungen für die Sozialversicherung nach Artikel 120

1) Vgl. Tabellenteil S. 94. - 2) Vgl. Tabellenteil S. 94.

des Grundgesetzes durch Zuschüsse des Bundes finanziert. Der Staatszuschuß stellt seit langem eine für die soziale Rentenversicherung typische Finanzierungsart dar. Zum Teil erklärt sich der Bundeszuschuß heute auch als Abgeltung von Kriegsfolgelasten. Durch den Krieg verursachte vorzeitige Renten, die Anrechnung von Ersatzzeiten und Beitragsausfälle haben der Rentenversicherung hohe Lasten auferlegt. Während sich die Beteiligung des Staates an der Finanzierung der Versicherungsleistungen ursprünglich auf die Invalidenversicherung beschränkte, kommt sie heute praktisch allen Zweigen der Sozialversicherung zugute, allerdings ist der Anteil der Bundeszuschüsse an den Gesamtleistungen der einzelnen Leistungsarten der Sozialversicherung sehr unterschiedlich. In der knappschaftlichen Rentenversicherung ist der Bundesanteil höher als in der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung; die Zuschüsse des Bundes zur Kranken- und Unfallversicherung fallen dagegen kaum ins Gewicht.

Art und Umfang der Bundesleistungen bestimmen sich im einzelnen nach den im Abschnitt IV aufgeführten sozialrechtlichen Vorschriften. In der im Tabellenteil enthaltenen Tabelle "Sozialversicherung" werden die Aufwendungen des Bundes und der Länder (einschl. Stadtstaaten) für die verschiedenen Einzelzwecke summarisch dargestellt. In der folgenden Texttab. sind - für die Jahre 1963 bis 1966 - die jeweiligen Gesamtbeträge, getrennt nach den Einzelverwendungszwecken, aufgeführt.

2. Öffentliche Ausgaben für die Sozialversicherung nach Einzelzwecken

1 000 DM

Versicherungszweige	1963		1964		1965		1966 ¹⁾	
	Bund	Länder	Bund	Länder	Bund	Länder	Bund	Länder
Versicherungsbehörden	4 466	4 714	4 920	7 439	5 229	6 006	5 684	6 242
Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	5 162 548	-	5 605 870	-	6 035 609	-	6 485 518	-
Knappschaftsversicherung	1 743 539	140	2 000 236	140	2 193 311	140	2 545 891	140
Unfallversicherung ..	60 780	21 200	62 656	28 913	71 331	33 733	74 563	37 566
Krankenversicherung .	135 384	400	140 780	400	143 364	886	198 329	1 033
Übrige Sozialversicherung	380 707	4 002	370 230	782	627 212	125	811 905	111
Insgesamt ...	7 487 424	30 456	8 184 752	37 679	9 076 056	40 890	10 121 790	45 127

1) Vorläufiges Ergebnis.

Die Zuschüsse an die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten enthalten im einzelnen die Zuschüsse des Bundes an die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten nach § 1389 der Reichsversicherungsordnung und § 116 des Angestelltenversicherungsgesetzes in der Fassung des Rentenversicherungs-Finanzausgleichsgesetzes vom 23. Dezember 1964 (BGBl I S. 1090), die Kosten der Nachversicherung gem. Artikel 6 §§ 19 und 23 des Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetzes - die allerdings nur einen unbedeutenden Anteil an den gesamten hier nachgewiesenen Ausgaben darstellen - und die Aufwendungen zur Erstattung der Sonderzuschüsse

aufgrund der Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze (vgl. hierzu im einzelnen Artikel 2 § 36 des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes und Artikel 2 § 35 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes).

Die im Zusammenhang mit der Knappschaftsversicherung für den Bund nachgewiesenen Beträge setzen sich aus dem Zuschuß des Bundes an die knappschaftliche Rentenversicherung nach § 128 des Reichsknappschaftsgesetzes und den Zuschüssen an die knappschaftliche Krankenversicherung zusammen, wobei die letzteren grundsätzlich 1 % der Arbeitsverdienste betragen, für die Beiträge zur knappschaftlichen Krankenversicherung entrichtet werden. Ferner enthalten die für die Knappschaftsversicherung vom Bund finanzierten Beträge noch Zuschüsse für die hüttenknappschaftliche Pensionsversicherung im Saarland.

Die Ausgaben für die Unfallversicherung enthalten neben einigen Ausgaben von betragsmäßig geringerem Umfang vor allem die Aufwendungen für Fremdreten in der Unfallversicherung und die Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung der Bundesbetriebe, der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie der sonstigen Betriebe und Unternehmen, für die der Bund Träger der Unfallversicherung ist. Bei den Länderausgaben handelt es sich um die entsprechenden Aufwendungen.

In den Ausgaben des Bundes für die Krankenversicherung werden, neben einem zahlenmäßig unbedeutenden Betrag zur Erstattung der Aufwendungen für die Krankenhilfe an Heimkehrer, die Erstattungen von Leistungen der Träger der gesetzlichen Krankenversicherung nach dem Mutterschutzgesetz nachgewiesen. Im Jahr 1965 beliefen sich diese Erstattungen auf 142,5 Mill.DM. Für das Jahr 1966 waren entsprechende Mittel in Höhe von 160,0 Mill.DM und für 1967 von 230,0 Mill.DM veranschlagt.

Die für die "Übrige Sozialversicherung" verausgabten Beträge umfassen im wesentlichen die im "Grünen Plan" und in der "Anpassungshilfe" - nach § 1 des EWG-Anpassungsgesetzes vom 9. September 1965 (BGBl I S. 1201) - enthaltenen Bundesmittel zur Verbesserung der sozialen Lage in der Landwirtschaft. Diese bestehen einmal in einem Zuschuß zur Förderung der Altershilfe für Landwirte, da der Bund aufgrund gesetzlicher Grundlagen verpflichtet ist, den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und Ausgaben der landwirtschaftlichen Alterskassen aufzubringen (1965: 383,6 Mill.DM); zum anderen umfassen sie die Zuschüsse des Bundes an die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften (1965: 167,0 Mill.DM). Für beide Ausgabenzwecke zusammen sind in den Haushaltsplänen des Bundes für 1966 und 1967 Beträge in Höhe von 565,0 Mill. bzw. 545,0 Mill.DM vorgesehen. Ein weiterer im Aufgabenbereich "Übrige Sozialversicherung" enthaltener Betrag von geringerer Bedeutung entfällt auf Zuschüsse, die vom Bund zur Abdeckung der Verpflichtungen des Landes Berlin gegenüber der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin und für Leistungen des Landes Berlin an Berliner Innungskranken- und Betriebskrankenkassen gewährt werden (1965: 74,4 Mill.DM).

4. Betriebliche Altersfürsorge¹⁾

Als Folge des zweiten Weltkrieges sind zahlreiche Pensions- und Unterstützungskassen und sonstige betriebliche Einrichtungen der Altersfürsorge, die die gesetzliche Rentenversicherung ergänzen

¹⁾ Vgl. Tabellenteil S. 94.

sollen, untergegangen oder leistungsunfähig geworden. Der Bund gewährt zum Ausgleich dadurch entstandener Härten Zuschüsse. Dabei handelt es sich u.a. um Beihilfen zum Ausgleich von Härten im Rahmen der betrieblichen Altersfürsorge, die nach Maßgabe der Richtlinien vom 17. Oktober 1951 (Bundesanzeiger Nr. 204) unter Anpassung der Berechnungsgrundlagen an die geänderten Verhältnisse gem. Bekanntmachung vom 19. April 1960 (Bundesanzeiger Nr. 83) gewährt werden. Der Umfang dieser Zuschüsse ist aufgrund der finanziellen Wiedergesundung der Betriebe und Einrichtungen einerseits und des natürlichen Rückgangs der Zahl der Berechtigten stark rückläufig. Das Rechnungsergebnis belief sich im Jahre 1954 auf 10,2 Mill.DM. Im Haushaltsplan 1966 sind dafür nur noch 0,4 Mill.DM veranschlagt.

Im Rahmen der Aufwendungen für die betriebliche Altersfürsorge werden neben den bereits genannten Aufwendungen auch die Bundeszuschüsse an die Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen erfaßt, die nach dem Gesetz zur Neuordnung der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen vom 5. März 1956 (BGBl I S. 101), geändert durch Gesetz vom 2. März 1961 (BGBl I S. 142), gewährt werden. Für 1967 sind im Bundeshaushaltsplan Zuschüsse in Höhe von 34,5 Mill.DM vorgesehen. Die gesamten Aufwendungen für diese betriebliche Altersfürsorge beliefen sich nach den Rechnungsergebnissen im Jahre 1965 auf 34,4 Mill.DM.

5. Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht¹⁾

In diesem Aufgabengebiet werden die Aufwendungen für den Arbeitsschutz und die Gewerbeaufsicht sowie die sonstigen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zusammengefaßt. Die gesamten Ausgaben von Bund und Ländern (einschl. Stadtstaaten) für die genannten Aufgaben beliefen sich im Rechnungsjahr 1965 auf 91,3 Mill.DM und haben sich damit gegenüber dem Jahre 1961 um 32 % erhöht. Zwischen den Ausgaben des Bundes einerseits und denen der Länder (einschl. Stadtstaaten) andererseits läßt sich in den letzten Jahren eine divergierende Entwicklung feststellen. Die Ausgaben des Bundes sind von 30,9 Mill.DM im Jahre 1961 auf rd. 5 Mill.DM im Jahre 1965 zurückgegangen; während die der Länder im gleichen Zeitraum von 38,3 Mill. auf 86,3 Mill.DM gestiegen sind.

Die Ausgaben der Länder umfassen vor allem die Aufwendungen für die Gewerbeaufsicht, die Bundesausgaben bestehen im wesentlichen aus den Aufwendungen für das Bundesinstitut für Arbeitsschutz und den Beiträgen an die Internationale Arbeitsorganisation. Außerdem werden in der finanzstatistischen Darstellung auch die Aufwendungen nachgewiesen, die dem Bund im Zusammenhang mit sozialen Hilfsmaßnahmen für Arbeitnehmer der Kohle- und Stahlindustrie sowie des Eisenerzbergbaus entstehen. Der überwiegende Teil dieser Ausgaben entfällt auf den Bundesanteil an den Anpassungsbeihilfen nach dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunionsvertrag). Da die entsprechenden Bestimmungen dieses Vertrages 1960 ausgelaufen sind und Anpassungshilfen nach diesen Regelungen nur noch für auslaufende Maßnahmen gewährt werden können, wurde der Artikel 56 des Montanunionsvertrages dahin geändert, daß ähnliche Beihilfen auch gewährt werden können, wenn Unternehmen der Kohle- und Stahlindustrie wegen grundlegender Änderungen der Absatzbedingungen, die nicht unmittelbar auf die Errichtung des gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl zurückzuführen sind, gezwungen werden, ihre Tätigkeit einzustellen, einzuschränken oder zu ändern. Die Richtlinien über die Zahlung dieser Beihilfen werden mit gewissen Modifikationen auch auf Arbeitnehmer des Eisenerzabbaus angewendet.

¹⁾ Vgl. Tabellenteil S. 95.

Nachdem sich die in diesem Zusammenhang aufgewendeten Beträge des Bundes bis zum Jahre 1965 rückläufig entwickelt hatten (Ist-Ergebnis 1965 der Anpassungsbeihilfen: 0,9 Mill.DM), ist wegen der schwierigen Lage im Steinkohlenbergbau im Bundeshaushaltsplan 1966 ein Betrag von rd. 16 Mill.DM (1967: 24 Mill.DM) veranschlagt worden.

E. Ausgaben für sonstige soziale Maßnahmen

1. Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds¹⁾

Für die Aufwendungen des Lastenausgleichsfonds werden, neben den Einnahmen aus den Lastenausgleichsabgaben (Vermögens-, Hypothekengewinn- und Kreditgewinnabgabe) und anderen Einnahmen, auch Zuschüsse des Bundes und der Länder geleistet. Diese Zuschüsse bestimmen sich nach § 6 des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung vom 26. Juli 1957. Sie bestehen einmal aus dem Unterschiedsbetrag zwischen einem bestimmten, im Gesetz festgelegten Betrag (1959: 2 600 Mill.DM, in den nachfolgenden Jahren jeweils 50 Mill.DM weniger) und dem Aufkommen aus den Lastenausgleichsabgaben, zum anderen haben Bund und Länder 50 % des Jahresaufwandes für Unterhaltshilfe, im Höchstfall jedoch nicht mehr als 650 Mill.DM im Jahr zu zahlen. Von beiden Zuschußteilen tragen der Bund ein Drittel, die Länder zwei Drittel. Werden ab 1. April 1967 weitere Mittel zur Durchführung des Lastenausgleichs benötigt, so muß sie der Bund zur Verfügung stellen ("Bundesgarantie").

Zur Verstärkung des Härtefonds im Lastenausgleich, aus dem Darlehen und Beihilfen an Sowjetzonenflüchtlinge und sonstige Geschädigte nach §§ 301 und 301a des Lastenausgleichsgesetzes gezahlt werden, leistet der Bund einen beträchtlichen Zuschuß. Außerdem trägt er die Kosten des Bundesausgleichsamtes, des Kontrollausschusses, des ständigen Beirats sowie die sächlichen Kosten der Vertreter des Lastenausgleichsfonds bei den Ländern voll, von den übrigen Kosten der Lastenausgleichsverwaltung die Hälfte. Die andere Hälfte der letztgenannten Aufwendungen tragen die Länder.

Die gesamten Zuschüsse von Bund und Ländern (einschl. Stadtstaaten) an den Lastenausgleichsfonds beliefen sich nach den Ergebnissen der Finanzstatistik im Rechnungsjahr 1965 auf 1 397,5 Mill.DM. Davon entfielen 1 044,5 Mill.DM auf die Länder (einschl. Stadtstaaten) und 353,0 Mill.DM auf den Bund. Der Umfang der gesamten Zuschüsse von Bund und Ländern an den Lastenausgleichsfonds war in den letzten Jahren relativ konstant.

2. Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene²⁾

Nach dem Gesetz über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener - Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz - in der Fassung vom 1. September 1964 (BGBl I S. 696) haben ehemalige Kriegsgefangene und diesen gleichgestellte Personengruppen für die Zeit der Festhaltung in ausländischem Gewahrsam nach dem 31. Dezember 1946 einen Anspruch auf eine Entschädigung.

Die Leistungen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz werden im allgemeinen vom Bund in voller Höhe getragen. Der Gesamtbeitrag der Entschädigungen an ehemalige Kriegsgefangene belief sich im Jahre 1961 auf 102 Mill.DM und ist bis zum Jahre 1963 auf rd. 39 Mill.DM zurückgegangen. Infolge der Leistungsverbesserungen durch

1) Vgl. Tabellenteil S. 96. - 2) Vgl. Tabellenteil S. 97.

die Dritte Novelle zum Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz hat sich der Gesamtbetrag der Entschädigungsleistungen im Jahre 1965 wieder auf rd. 73,4 Mill.DM erhöht. Für das Rechnungsjahr 1966 sind Ausgaben in Höhe von insgesamt 53,0 Mill.DM veranschlagt, für das Jahr 1967 ist ein Betrag von rd. 28 Mill.DM vorgesehen. Die in diesem Zusammenhang für die Länder nachgewiesenen Aufwendungen bestehen vor allem in einer 20 %igen Beteiligung an den sog. "Kannleistungen" im Rahmen der Entschädigungsleistungen an ehemalige Kriegsgefangene. Diese Leistungen umfassen u.a. Existenzaufbaudarlehen, Wohnraumbeschaffungsmaßnahmen und Hausratsbeihilfen in Höhe und unter den Voraussetzungen der gleichartigen Leistungen des Lastenausgleichsgesetzes.

3. Wohnbeihilfen¹⁾

Eine Sozialleistung besonderer Art, die - wie etwa auch die Sozialhilfe - von den Einkommensverhältnissen des Anspruchsberechtigten abhängt, sind die Miet- und Lastenbeihilfen. Sie wurden durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Wohnbeihilfen vom 23. März 1965 (BGBl I S. 140) neu geregelt. Das geänderte Wohnbeihilfengesetz ist in seiner Neufassung als "Wohngeldgesetz" am 1. April 1965 verkündet worden (BGBl I S. 177). Mit dem Wohngeld wurde eine neue allgemeine Leistung der sozialen Sicherung eingeführt, die jedem Inhaber einer Wohnung ein Mindestmaß an Wohnraum zu einem für ihn tragbaren Mietpreis gewährleisten soll. Unmittelbarer Anlaß zu dieser Regelung waren die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft und die damit verbundene Freigabe der Mietpreise.

Die Gesetzesneuregelung hat zu einer starken Ausweitung sowohl des Empfängerkreises als auch des Volumens der aufgewendeten Mittel geführt. Während sich die Gesamtleistungen von Bund und Ländern für Miet- und Lastenbeihilfen im Jahre 1964 auf 64,5 Mill.DM beliefen, betrug die entsprechende Summe für das Jahr 1965 rd. 162,5 Mill.DM. Für 1966 hatte der Bund im Haushaltsplan 220,0 Mill.DM an Wohngeld veranschlagt. Bei diesem Betrag handelt es sich um den auf den Bund entfallenden Anteil. Da der Bund nach § 44 des Wohngeldgesetzes die Aufwendungen, die einem Land für Wohngeld entstanden sind, zur Hälfte zu erstatten hat, dürften sich die gesamten, für das Jahr 1966 veranschlagten Leistungen nach dem Wohngeldgesetz von Bund und Ländern auf rd. 440 Mill.DM belaufen.

4. Kindergeld²⁾

Neben den Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz gibt es in dem Bundesgebiet noch eine Reihe weiterer öffentlicher unmittelbarer oder mittelbarer Vergünstigungen, deren Ziel es ist, einen gewissen wirtschaftlichen Ausgleich der Unterhaltslasten der Familien herbeizuführen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere Maßnahmen im Rahmen der Steuer-, Wirtschafts-, Sozial-,³⁾ Wohnungsbau- und Eigentumspolitik zu nennen. Außerdem gibt es noch Kinderzulagen im öffentlichen Dienst, die für Beamte auf gesetzlicher sowie für Angestellte und Arbeiter auf tariflicher Grundlage beruhen. Darüber hinaus werden noch von den öffentlichen Verkehrsmitteln, also vor allem von der Deutschen Bundesbahn und von den kommunalen Nahverkehrsunternehmen, erhebliche Fahrpreisermäßigungen für Kinder gewährt.

1) Vgl. Tabellenteil S. 99. - 2) Vgl. Tabellenteil S. 100. -

3) Die hier in Frage kommenden Beträge (Kinderzuschläge in der Sozialversicherung, der Arbeitslosenversicherung- und -hilfe, der Kriegsopferversorgung sowie im Lastenausgleich) werden zusammen mit den anderen Aufwendungen in den entsprechenden Aufgabenbereichen erfaßt.

In diesem Bericht werden jedoch nur die Aufwendungen behandelt, die sich aus dem Bundeskindergeldgesetz ergeben, das sind das eigentliche Kindergeld, die Ausbildungszulage und die Verwaltungskosten für die Durchführung des Kindergeldgesetzes.

In dem Bundesgebiet ist das Kindergeld durch das Kindergeldgesetz (KGG) vom 13. November 1954 (BGBl I S. 333) eingeführt worden. Danach wurde Kindergeld lediglich für die dritten und weiteren Kinder von Erwerbstätigen in der privaten Wirtschaft gewährt, und zwar aus Mitteln, die von den Arbeitgebern aufzubringen waren. Es wurde von den Familienausgleichskassen gezahlt, die nach dem Kindergeldgesetz bei den Berufsgenossenschaften zu errichten waren. Durch eine Reihe von Ergänzungs- und Anpassungsgesetzen wurden in den folgenden Jahren die Kindergeldleistungen erhöht und auf einen größeren Personenkreis ausgedehnt.

Durch das Kindergeldkassengesetz (KGKG) vom 18. Juli 1961 (BGBl I S. 1001) sind in diesem Rahmen erstmals Leistungen aus Mitteln des Bundes gewährt worden, und zwar für Zweitkinder in einkommensschwachen Familien.

Diese Zweigleisigkeit des Kindergeldes im Hinblick auf Finanzierung und Organisation wurde durch das Bundeskindergeldgesetz (BKGG) vom 14. April 1964 (BGBl I S. 265) beseitigt. Auf Grund dieses Gesetzes ging einmal die Finanzierung des Kindergeldes mit Wirkung vom 1. Juli 1964 voll auf den Bund über, zum anderen wurden die Leistungen wesentlich erhöht.

Durchgeführt wird das Bundeskindergeldgesetz von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Die der Bundesanstalt dadurch entstehenden Verwaltungskosten werden vom Bund in einem Pauschbetrag erstattet. Die zur Zahlung des Kindergeldes für die dritten und weiteren Kinder errichteten Familienausgleichskassen wurden aufgelöst; ihr Vermögen ging auf die Berufsgenossenschaften über.

Mit dem Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Bundeskindergeldgesetzes vom 5. April 1965 (BGBl I S. 222) ist erstmals eine Ausbildungszulage neu eingeführt worden, und zwar für die Kinder, die zwischen dem 15. und 27. Lebensjahr eine allgemeine oder berufsbildende Schule oder eine Hochschule besuchen oder in einem anerkannten Lehr- oder Anlernberuf ausgebildet werden. Diese Ausbildungszulage wird seit dem 1. April 1965 geleistet; die Beträge werden ebenfalls ausschließlich vom Bund aufgebracht. Wegen der angespannten Haushaltslage des Bundes wurde 1966 die monatliche Ausbildungszulage gekürzt und der anspruchsberechtigte Personenkreis stärker begrenzt. Durch § 32 des Haushaltsgesetzes 1967 ist schließlich für das zweite Halbjahr 1967 die Ausbildungszulage für das zweite Kind weggefallen. Nach Art. 8 des Finanzänderungsgesetzes 1967 ist der endgültige Wegfall der Ausbildungszulage vorgesehen.

Die erhebliche Verbesserung des Kindergeldes in den letzten Jahren und die Einführung der Ausbildungszulage hat naturgemäß zu einer starken Steigerung der finanziellen Aufwendungen geführt, die heute ausschließlich vom Bund getragen werden. Nach den Rechnungsergebnissen beliefen sich die Aufwendungen des Bundes 1963 auf 450,8 Mill.DM, 1964 auf 1 583,4 Mill.DM und 1965 auf 2 799,5 Mill.DM. In diesen Beträgen ist neben den eigentlichen Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz auch die vom Bund der Bundesanstalt

für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Durchführung des Bundeskindergeldgesetzes erstattete Verwaltungskostenspauschale enthalten, die sich z.B. für das Jahr 1965 auf etwa 50 Mill.DM belief.

Infolge der teilweisen Einschränkung des empfangsberechtigten Personenkreises und der Herabsetzung der Kindergeldleistungen und der Ausbildungszulage weist die im Bundeshaushaltsplan für das Jahr 1966 veranschlagte Summe in Höhe von rd. 2 990 Mill.DM gegenüber 1965 eine - im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren - nur noch geringe Steigerung auf; für das Jahr 1967 sind die entsprechenden Ansätze mit rd. 2 830 Mill.DM geringer als im Vorjahr.

F. Ausgaben und Einnahmen des Lastenausgleichsfonds¹⁾

Im Rahmen der zahlreichen Kriegsfolgemaßnahmen (Bundesversorgungs-gesetz, Gesetz nach Art. 131 GG, Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz usw.) nehmen die Leistungen aus dem Lastenausgleichsfonds eine besondere Stellung ein. Durch diese Leistungen soll für die umfangreichen Schäden und Verluste, die durch Vertreibungen und kriegsbedingte Zerstörungen sowie im Zusammenhang mit der Neuordnung des Geldwesens durch die Währungsreform 1948 entstanden sind, ein Ausgleich nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit und unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten herbeigeführt werden.

Die besondere Stellung des Lastenausgleichsfonds dokumentiert sich auch in seiner spezifischen Organisationsform. Der Lastenausgleichsfonds ist - neben der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und dem ERP-Sondervermögen - eines der vier "Sondervermögen" des Bundes mit eigener Rechnungsführung.

Da eine gesetzliche Regelung des Lastenausgleichs unmittelbar nach Beendigung des Krieges wegen der alleinigen Zuständigkeit der Besatzungsmächte und wegen der noch nicht geordneten Geldverhältnisse zunächst unmöglich war, konnten die Rechtsgrundlagen zur Regelung des Lastenausgleichs erst von 1948 ab erlassen werden. Als erstes Teilgesetz erging am 2. Dezember 1948 das Gesetz zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich, durch das Schuldnergewinne aus Grundpfandrechten erfaßt wurden. Eine vorläufige Regelung, mit deren Vorbereitung im Anschluß an die Währungsreform begonnen worden war, enthielt das Soforthilfegesetz (SHG) vom 8. August 1949. Nach mehrjähriger Beratung folgte das endgültige Gesetzgebungswerk, bestehend aus dem Lastenausgleichsgesetz (LAG) vom 14. August 1952 mit dem Feststellungsgesetz (FG) und dem Währungsausgleichsgesetz (WAG). Am 14. Juli 1953 bildete das Altsparengesetz (ASpG) den vorläufigen Abschluß. Auch nach ihrem Inkrafttreten haben die vier Lastenausgleichsgesetze Gesetzgeber und Verwaltung stark beschäftigt. Zur Durchführung des Lastenausgleichs und zu seiner Anpassung an die veränderten Verhältnisse ist das Lastenausgleichsgesetz durch bisher 19 Novellen geändert oder ergänzt worden; außerdem wurden fast 70 Durchführungsverordnungen erlassen.

Die Lastenausgleichsgesetze werden von den rd. 600 Ausgleichsämtern durchgeführt. An ihrer Spitze steht das Bundesausgleichsamt, dem zur Bewältigung seiner Aufgaben durch Artikel 120a des Grundgesetzes Rechte der Bundesregierung übertragen wurden. Als Mittelbehörden in der Ausgleichsverwaltung fungieren die Landesausgleichsämter, die in

¹⁾ Vgl. Tabellenteil S. 102.

jedem Land als Teil eines Landesministeriums eingerichtet sind. Die Ausgaben für die Lastenausgleichsverwaltung sind jedoch nicht in den in Tabelle F (Einnahmen und Ausgaben des Lastenausgleichsfonds) nachgewiesenen Zahlenangaben enthalten, sondern werden - zusammen mit anderen Verwaltungsaufwendungen im Sozialbereich - in Tabelle B. 6. (vgl. S. 72) dargestellt. In die Durchführung des Währungsausgleichsgesetzes und des Altspargergesetzes sind auch Geldinstitute und Versicherungsunternehmen weitgehend eingeschaltet.

Die im Rahmen des Lastenausgleichs umgesetzten Beträge sind mit jährlich über 4 Mrd.DM in den letzten Jahren so beträchtlich, daß sie auch gesamtwirtschaftlich erheblich ins Gewicht fallen. Die Schätzungen der Gesamtleistungen des Lastenausgleichs, der bis zum 31. März 1979¹⁾ abgeschlossen sein soll, mußten schon mehrfach revidiert werden, da die ursprünglichen Schätzungen der Entschädigungsansprüche zu vorsichtig waren. Bis zum 31.12.1965 waren für die Leistungen an die Geschädigten rd. 60 Mrd.DM bereitgestellt worden.

Über die Einnahmen und Ausgaben des Lastenausgleichsfonds wird für jedes Rechnungsjahr ein Wirtschafts- und Finanzplan aufgestellt. Dieser Plan beruht wie die Haushaltspläne der öffentlichen Gebietskörperschaften auf dem Grundsatz des Ausgleichs der Einnahmen und Ausgaben.

Auf der Einnahmenseite des Wirtschafts- und Finanzplans des Lastenausgleichsfonds stehen die Erträge aus den im Lastenausgleichsgesetz festgelegten Abgaben im Vordergrund. Sie bestehen aus einer Vermögensabgabe - dabei wird das am 21. Juni 1948 erhalten gebliebene Vermögen im allgemeinen mit 50 % seines Einheitswertes belastet - sowie der Hypothekengewinn- und der Kreditgewinnabgabe. Sämtliche Ausgleichsabgaben werden von den Ländern im Wege der Auftragsverwaltung erhoben. Das Kernstück der Lastenausgleichsabgaben bildet die Vermögensabgabe, die in den letzten Jahren durchschnittlich rd. 80 % der gesamten Einnahmen aus den Ausgleichsabgaben ausmachte. Auch der Anteil der Hypothekengewinn- und der Kreditgewinnabgabe an den Gesamteinnahmen aus den Ausgleichsabgaben ist mit rd. 15 % bzw. rd. 5 % in den letzten Jahren ziemlich konstant geblieben.

Weitere wichtige Einnahmequellen des Lastenausgleichsfonds bilden die Zuschüsse aus Haushaltsmitteln des Bundes und der Länder. Die Höhe dieser Mittel bestimmt sich im allgemeinen nach § 6 LAG; sie bestehen im einzelnen in einer Abführung in Höhe von 25 % des Vermögensteueraufkommens der Länder, in Ergänzungszuschüssen von Bund und Ländern, um ein bestimmtes Mindestaufkommen zu gewährleisten sowie in einem Zuschuß in Höhe von 50 % des Jahresaufwandes des Ausgleichsfonds für Unterhaltshilfe. Dieser letztere Zuschuß erklärt sich daraus, daß ohne Unterhaltshilfe die Empfänger im Rahmen der öffentlichen Sozialhilfe hätten unterstützt werden müssen. Infolgedessen werden den öffentlichen Haushalten durch die Unterhaltshilfe Aufwendungen erspart, die wenigstens zum Teil dem Lastenausgleichsfonds zugeführt werden sollen.

1) Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Lastenausgleichsabgaben erhoben und die Hauptentschädigungsansprüche erfüllt werden. Andere Aufgaben und auch bestimmte Einnahmen reichen jedoch weit über diesen Zeitpunkt hinaus. So sind die Aufbaudarlehen im Verlauf von 50 Jahren zu tilgen, die Laufzeit der Kriegsschadenrenten richtet sich nach der Lebenszeit der Empfänger. Es ist daher zu erwarten, daß der Lastenausgleich endgültig nicht vor dem Jahre 2015 abgewickelt sein kann.

Schließlich verfügt der Lastenausgleichsfonds über Einnahmen aus der Tilgung und Verzinsung von Darlehen, die den Geschädigten teils unmittelbar, teils über die Länder gewährt worden sind. Diese Einnahmen haben sich laufend erhöht und lagen - ohne die Rückflüsse aus Umwandlung gewährter Darlehen in Hauptentschädigung - im Rechnungsjahr 1965 bei 515,5 Mill.DM. Einen ebenfalls bedeutenden Einnahmeposten stellen die zur Vorfinanzierung von Lastenausgleichsleistungen erforderlichen Schuldenaufnahmen dar (1965: 301,5 Mill.DM).

Die Änderung der Einnahmen- und Ausgabenstruktur des Lastenausgleichsfonds in den letzten Jahren ergibt sich aus der folgenden Texttab., in der die - jeweils bis zum Stichtag - kumulierten Einnahmen und Ausgaben dargestellt sind:

3. Einnahmen und Ausgaben des Lastenausgleichsfonds

Einnahme-/Ausgabeart	31.12.1960		31.12.1965	
	Mrd.DM	%	Mrd.DM	%
Einnahmen				
Lastenausgleichsabgaben	24,7	64,3	34,3	57,1
Zuschüsse des Bundes	2,1	5,5	3,8	6,1
Zuschüsse der Länder	6,3	16,4	11,0	18,3
Schuldenaufnahmen	2,5	6,5	4,6	7,7
Übrige Einnahmen	2,8	7,3	6,4	10,6
Insgesamt ...	38,4	100	60,1	100
Ausgaben				
Hauptentschädigung (nur Barerfüllung) ..	1,6	4,2	8,1	13,5
Kriegsschadenrente	10,0	26,0	17,7	29,5
Hausratsentschädigung	8,4	21,9	8,9	14,8
Sparerentschädigung	2,2	5,7	3,3	5,5
Darlehen				
gewerbliche Wirtschaft	2,2	5,7	2,3	3,8
Landwirtschaft	1,7	4,4	1,9	3,2
Wohnungsbau	9,9	25,8	11,7	19,5
Sonstige Förderungsmaßnahmen	1,0	2,6	1,2	2,0
Sonstige Ausgaben	1,4	3,7	4,9	8,2
Insgesamt ...	38,4	100	60,1	100

Wie der Vergleich der bis zum 31. Dezember 1960 bzw. 31. Dezember 1965 kumulierten Ausgaben des Lastenausgleichsfonds zeigt, sind die Ausgaben für die Hauptentschädigung und die Kriegsschadenrente in diesem Zeitraum immer stärker in den Vordergrund getreten. Dagegen hatten vor 1960 die Leistungen für die Hausratsentschädigung den Schwerpunkt gebildet. Die Auszahlung der Hauptentschädigung, die das eigentliche Kernstück des Lastenausgleichs bildet, war infolge der komplizierten Vorarbeiten zur Schadensfeststellung und der Bindung der finanziellen Mittel durch vordringliche soziale Leistungen erst ab 1957 möglich. Die jährlichen Leistungen für die Hauptentschädigung überstiegen 1961 mit insgesamt 1 355,8 Mill.DM erstmals die Grenze von 1 Mrd.DM. Seit 1962 zeigen die auf die Hauptentschädigung entfallenden Beträge - wie die meisten anderen Leistungen des Lastenausgleichsfonds - eine leicht abfallende Tendenz. Lediglich die jährlichen Aufwendungen für die Kriegsschadenrente und die "finanztechnischen" Ausgaben des Lastenausgleichs (u.a. Kosten und Rückzahlung der Vorfinanzierung) weisen

Zuwachsraten auf. Die jährliche Steigerung der Ausgaben für die Kriegsschadenrente erklärt sich vor allem aus der laufenden Anpassung der Renten an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Im Vergleich zum Volumen der gesamten Ausgaben sind die Aufwendungen für die Hausratsentschädigung immer geringer geworden. Nachdem mit 1 152,4 Mill.DM im Jahre 1958 der Höhepunkt überschritten war, beliefen sich die entsprechenden Aufwendungen im Jahre 1961 nur noch auf 176,0 Mill.DM und 1965 auf 60,8 Mill.DM. Ähnliche Tendenzen lassen sich auch für die Leistungen aus dem Härtefonds, die zur Gewährung von Darlehen und Beihilfen an Sowjetzonenflüchtlinge und sonstige Geschädigte im Sinne der § 301 und 301a des Lastenausgleichsgesetzes bestimmt sind, sowie die Sparerechtschädigung, die Wohnraumhilfe; die Aufbaudarlehen und die sonstigen Förderungsmaßnahmen feststellen. Stark erhöht haben sich dagegen - wie bereits erwähnt - die jährlichen Beträge zur Deckung der Kosten und für die Rückzahlung der Vorfinanzierung, also von Ausgaben, die nur mittelbar im Zusammenhang mit den eigentlichen Aufgaben des Lastenausgleichsfonds stehen. Bereits im Jahre 1961 ergaben sich Vorfinanzierungskosten und Rückzahlungen von Vorfinanzierungen von zusammen 139,1 Mill.DM. Damit belief sich der Anteil dieser Ausgaben an den gesamten Ausgaben des Lastenausgleichsfonds auf 3,4 %. Für das Jahr 1965 betragen die entsprechenden Ausgaben 377,8 Mill.DM, was einem Anteil an den gesamten Ausgaben von 8,8 % entspricht.

III. Erläuterungen zu den einzelnen Aufgabenbereichen

In den einzelnen Tabellen des Tabellenteils sind folgende Aufgabenbereiche bzw. Verwaltungszweige enthalten:

Aufwand der Sozialhilfe (Tabelle B.1.b)

Leistungen der Sozialhilfe -

nach den verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen (Bundessozialhilfegesetz, VO z. Kriegsopferfürsorge, Jugendwohlfahrtsgesetz) sowie freiwillige Aufwendungen - als Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe in besonderen Lebenslagen, Tuberkulose-Hilfe, Sozialhilfe für Deutsche im Ausland u.a.

Einrichtungen der Sozialhilfe (Tabelle B.1.c)

Ausgaben für Anstalten und Heime -

z.B. Alten-, Blinden-, Bürgerheime, Erwerbsbeschränkten-Werkstätten, Erwerbslosenkurse, Erziehungs- und Bewahrungshäuser für Erwachsene, Heime für entlassene Strafgefangene, Heime der Bahnhofsmission, Krüppelheime, Obdachlosenheime, Rechtsberatungsstellen, Taubstummheime, Volksskichen, Wärmestuben u.a.

Zentralstelle für den Bergmannsversorgungsschein -

Dienststellen des Bundesnotaufnahmeverfahrens

Bundesdienststelle für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Grenzdurchgangs- und Wohnlager (als Einrichtungen der Kriegsfolgenhilfe)

Förderung der freien Wohlfahrtspflege (Tabelle B.1.d)

Beiträge und Zuwendungen an Organe der freien Wohlfahrtspflege, wie Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Deutsches Rotes Kreuz, Evangelisches Hilfswerk, Innere Mission, Jüdische Wohlfahrtseinrichtungen, Katastrophenfonds des Städtetages - Wohltätigkeitsvereine

Jugendhilfe (Tabelle B.4.)

Allgemeine Jugendhilfe nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz -

Kosten der freiwilligen- und der Fürsorgeerziehung -

Betreuung heimatloser Jugendlicher, Kindererholungsfürsorge und Kinderlandsverschickung (soweit nicht Gesundheitspflege) -

Sonstige Maßnahmen zum Wohle der Jugend -

Ergänzende Jugendhilfe für Kind und Familie -

z.B. Hilfen für Mutter und Kind vor und nach der Geburt, Pflege und Erziehung von Säuglingen, Kleinkindern und von Kindern im schulpflichtigen Alter außerhalb der Schule, kulturelle, soziale und politische Bildung, Vormundschaftswesen, Jugendgerichtshilfe, Jugendschutz u.a.m.

Einrichtungen der Jugendhilfe (Tabelle B.4.)

Einrichtungen der freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung -

Aufnahmeheime, Erziehungsheime (z.B. Internate, Schülerheime, Kinderhorte, Lehrlingsheime, Schulkinderspeisung, Fürsorgeerziehungsanstalten, Schifferkinderheime

Korrektionsanstalten, Waisenhäuser u.a.

Einrichtungen der Erholungspflege und Freizeiteinrichtungen -

Erholungslager, Zeltlager, Jugendherbergen, Kinder-Jugend- und Familienerholungsstätten, Häuser der Jugend, Werk- und Bastelräume, Spielplätze u.a.

Übrige Einrichtungen der Jugendhilfe -

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, Jugendberatungsstellen, Jugendpfleger, Erziehungs-, Jugend-, Ehe- und Familienberatungsstellen, Kinderheime, Jugendwohnheime, Tagestätten und Heime der berufsfördernden Jugendhilfe u.a.

Förderung der freien Jugendhilfe (Tabelle B.4.)

Förderung der Maßnahmen, Einrichtungen und Personalleistungen der Jugendverbände, Wohlfahrtsverbände und sonstiger Träger -

Beitrag zum deutsch-französischen Jugendwerk -

Verwaltung der sozialen Angelegenheiten (Tabelle B.6.)

Landessozialamt/Landesfürsorgeverband -

Landeswohlfahrtsamt, Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, Fürsorgebehörde- u. -ämter der Stadtstaaten, Landesamt für Vertriebene, Amt für Vertriebene und Kriegsgeschädigte bei den Stadtstaaten

Jugendwohlfahrtsbehörden -

Landesjugendamt, Jugendbehörde u.-ämter der Stadtstaaten, Amtsvormundschaft, Gemeindewaisenrat, Jugendamt, Pflegekinderaufsicht, Schutzaufsicht u.a.

Lastenausgleichsverwaltung -

Bundesausgleichsamt, Landesausgleichsämler, Ausgleichsämler (Stadtstaaten, Bayern), Vororte für den Einzelbetriebsvergleich, Heimatauskunftsstellen

Kriegsopferversorgung und Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von ehemaligen Kriegsgefangenen (Tabelle C)

Versorgungsbezüge (Renten), einmalige Unterstützungen, Kosten der Heilbehandlung

Unterhaltsbeihilfen an Angehörige von Kriegsgefangenen

Ausgaben der Versorgungsdienststellen und Einrichtungen der Kriegsopferversorgung (Tabelle C)

Versorgungsämler -

Versorgungskrankenhäuser und -kuranstalten
Orthopädische Versorgungsstellen, Versorgungsärztliche Untersuchungsstellen, Beschaffungsstelle für Heil- und Hilfsmittel, Schulungsheime für Kriegsbeschädigte, Versehrtensport

Versorgungsleistungen nach G 131 (Tabelle C)

Versorgung -

von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und ihrer Hinterbliebenen, -
der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen

Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Tabelle D.2)

Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe, Verwaltungskostenabgeltung an die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung -
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen -

Zuweisungen und Darlehen für Arbeitsbeschaffungs- und Notstandsmaßnahmen, Förderung und Erhaltung schutzwürdiger Heimarbeit, Europäischer Sozialfonds, Berufsausbildung von Gastarbeitern, berufliches Förderungsprogramm für die unselbständige Mittelschicht, Förderung der Arbeitsaufnahme in Berlin, Zinsverbilligte Darlehen zur Existenzgründung

Betriebliche Altersfürsorge (Tabelle D.2.)

Zuschüsse zum Ausgleich von Härten, die sich daraus ergeben, daß viele der zum Zwecke der betrieblichen Altersfürsorge geschaffenen Unterstützungseinrichtungen infolge der Verluste durch Krieg und Kriegsfolgen die für die Leistungen erforderlichen Mittel nicht aufbringen können

Zuschüsse an die Pensionskasse deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen

Zuschüsse an Träger der Sozialversicherung (Tabelle D.2.)

Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, Knappschaftsversicherung (Zuschüsse des Bundes) -

Unfallversicherung (Leistungen von Bund und Ländern als Versicherungsträger) -

Krankenversicherung (Erstattung der Leistungen nach dem Mutterschutzgesetz durch den Bund) -

Übrige Sozialversicherung (Altershilfe für Landwirte, Zuschüsse an die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften)

Versicherungsbehörden (Tabelle D.2.)

Bundesversicherungsamt, Landesversicherungsämter, Aufsichtsämter für Sozialversicherung, Ausführungsbehörden für Unfallversicherung

Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht und sonstige Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse (Tabelle D.3.)

Unfallverhütung und Gewerbehygiene -

Bundesinstitut für Arbeitsschutz, Landesinstitute für Arbeitsschutz, Jugendarbeitsschutz, Gewerbeaufsichtsämter, Fortbildung der Gewerbebeamten, Gewerbeärzte

Technische Überwachungen -

Dampfkesselrevisionen -

Sonstige Maßnahmen, die den Arbeitnehmern zugute kommen -

z.B. Soziale Hilfsmaßnahmen für Arbeitnehmer der Kohlen- und Stahlindustrie

Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds (Tabelle E.1.)

Zuschüsse der Gebietskörperschaften (gem. § 6, Abs. 1 und 2 LAG aus dem Aufkommen an Vermögensteuer), sowie Zuschüsse des Bundes und der Länder (gem. § 6 Abs. 3 und 4 LAG) -

Sonstige Leistungen an den Lastenausgleichsfonds -

Verstärkung des Härtefonds aus Mitteln des Bundes -

Liquiditätshilfe

Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene (Tabelle E.2.)

Leistungen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz

Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (Tabelle E.3.)

Sicherung des Lebensbedarfs für einberufene Wehrpflichtige und deren Familien, sowie Sonderleistungen (z.B. Krankenhilfe, Mietbeihilfe u.ä.)

Wohnbeihilfen (Tabelle E.4.)

Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz

Übrige soziale Maßnahmen (Tabelle E.5.)

Eingliederungsbeihilfen nach dem Häftlingshilfegesetz -
Leistungen nach dem BVG auf Grund des Häftlingshilfegesetzes -
Härtebeihilfen nach dem allgemeinen Kriegsfolgengesetz
Einrichtungshilfe für Deutsche aus der Sowjetzone

Umsiedlung, Auswanderung und Rückführung (Tabelle E. 5.)

Leistungen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen

Kindergeld (Tabelle E. 5.)

Leistungen entsprechend dem Bundeskindergeldgesetz

Ausgaben des Lastenausgleichsfonds (Tabelle F.)

Hauptentschädigung, Kriegsschadenrente (Unterhaltshilfe und -zuschuß,
Entschädigungsrente), Sparerechtschädigung, Hausratsentschädigung, Aus-
bildungshilfe, Heimförderung, Leistungen aus dem Härtefonds (soweit
nicht Aufbaudarlehen)

IV. Für die Finanzwirtschaft wichtige gesetzliche Bestimmungen
auf dem Gebiet des Sozialwesens

Familien-, Sozial- und Jugendhilfe

Bundessozialhilfegesetz vom 30. Juni 1961

(Bundesgesetzbl. I S. 815) zuletzt geändert durch Gesetz vom
31. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1027)

Gesetz für Jugendwohlfahrt vom 11. August 1961
(Bundesgesetzbl. I S. 1206)

Bundesevakuierungsgesetz vom 14. Juli 1953

(Bundesgesetzbl. I S. 586) i.d.Fass. vom 15. Oktober 1961
(Bundesgesetzbl. I S. 1863)

Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953

(Bundesgesetzbl. I S. 201) i.d.Fass. vom 23. Oktober 1961
(Bundesgesetzbl. I S. 1883)

Erstes Bundesmietengesetz vom 27. Juli 1955

(Bundesgesetzbl. I S. 458) zuletzt geändert durch Gesetz vom
23. März 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 140)

Zweites Bundesmietengesetz vom 23. Juni 1960

(Bundesgesetzbl. I S. 389), zuletzt geändert durch Gesetz vom
24. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 969)

Drittes Bundesmietengesetz vom 24. August 1965

(Bundesgesetzbl. I S. 971)

Wohngeldgesetz i.d.Fass. vom 1. April 1965

(Bundesgesetzbl. I S. 178)

Bundeskindergeldgesetz vom 14. April 1964

(Bundesgesetzbl. I S. 265) zuletzt geändert durch Gesetz vom
5. April 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 222)

Flüchtlings-Notleistungsgesetz vom 9. März 1953

(Bundesgesetzbl. I S. 45) i.d.Fass. vom 7. Dezember 1962
(Bundesgesetzbl. I S. 697)

Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der sowjetischen Besatzungs-
zone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin vom
15. Juli 1965

(Bundesgesetzbl. I S. 612), zuletzt geändert durch Gesetz vom
3. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1043 § 5)

Unterhaltssicherungsgesetz vom 31. Mai 1961

(Bundesgesetzbl. I S. 661), zuletzt geändert durch Gesetz vom
14. April 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 265 § 42)

Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer vom 19. Juni 1950

(Bundesgesetzbl. S. 221) mit zahlreichen Änderungen, zuletzt geändert
durch Gesetz vom 23.12.1956 (Bundesgesetzbl. I S. 1018)

Arbeit und soziale Sicherung

Angestelltenversicherungsgesetz vom 26. Dezember 1911 (RGBl S. 989)
i.d.Fass. des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom
23. Februar 1957

(Bundesgesetzbl. I S. 88) zuletzt geändert durch Gesetz vom
9. Juni 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 476)

IV. Buch der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 (RGBl
S. 509) i.d.Fass. des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes
vom 23. Februar 1957

(Bundesgesetzbl. I S. 45) zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Juni
1965 (Bundesgesetzbl. I S. 476)

Reichsknappschaftsgesetz vom 26. Dezember 1911 (RGBl S. 989) i.d.Fass.
vom 1. Juli 1926 (RGBl I S. 369) und zahlreiche Änderungsgesetze - u.a.
Selbstverwaltungsgesetz vom 13.8.1952, Rentenzulagengesetz vom 10.8.
1951, Grundbetragserhöhungsgesetz vom 17.4.1953, Rentenmehrbetragsge-
setz vom 23.11.1954 - sowie Knappschaftsrentenversicherungs-Neurege-
lungsgesetz vom 21. Mai 1957

(Bundesgesetzbl. I S. 533); zuletzt geändert durch Gesetz vom
20.12.1965 (Bundesgesetzbl. I S. 2065)

Rentenanpassungsgesetze - Erstes Rentenanpassungsgesetz vom 21.12.1958
(Bundesgesetzbl. I S. 956), Achtes Rentenanpassungsgesetz vom
22.12.1965 (Bundesgesetzbl. I S. 2115)

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom
16. Juli 1927 (RGBl I S. 187) i.d.Fass. vom 3. April 1957

(Bundesgesetzbl. I S. 321), zuletzt geändert durch Gesetz vom
28. Juli 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 641)

Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im
Krankheitsfalle (Arbeiterkrankheitsgesetz) vom 26. Juli 1957

(Bundesgesetzbl. I S. 649) zuletzt geändert durch Gesetz vom
12. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 913)

Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mütter

(Mutterschutzgesetz) vom 24. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 69)
i.d.Fass. vom 8. November 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1822)

Gesetz über Krankenversicherung der Rentner vom 12. Juni 1956

(Bundesgesetzbl. I S. 500), zuletzt geändert durch Gesetz vom
15. Juni 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 402)

Gesetz über den Schutz des Arbeitsplatzes bei Einberufung zum Wehr-
dienst (Arbeitsschutzgesetz) vom 30. März 1957

(Bundesgesetzbl. I S. 293) zuletzt geändert durch Gesetz vom
26. März 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 162)

Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte vom 27. Juli 1957

(Bundesgesetzbl. I S. 1063) i.d.Fass. vom 14. September 1965
(Bundesgesetzbl. I S. 1449)

Gesetz zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung
vom 30. April 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 241)

Kriegsopfer- und sonstige Versorgungsleistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz

Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges

(Bundesversorgungsgesetz) vom 20. Dezember 1950 (Bundesgesetzbl. I S. 791) i.d.Fass. vom 21. Februar 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 102), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. August 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 640, § 9)

Verordnung zur Kriegsopferfürsorge vom 30. Mai 1961

(Bundesgesetzbl. I S. 653) i.d.Fass. vom 27. August 1965
(Bundesgesetzbl. I S. 1032)

Verordnung zur Durchführung des § 13 des Bundesversorgungsgesetzes vom 6. Juni 1961

(Bundesgesetzbl. I S. 669) i.d.Fass. vom 30. Oktober 1964
(Bundesgesetzbl. I S. 843)

Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen vom 13. Juni 1950

(Bundesgesetzbl. I S. 204) i.d.Fass. vom 18. März 1964
(Bundesgesetzbl. I S. 219)

Gesetz über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener (Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz) vom 30. Januar 1954 i.d.Fass. vom 1. September 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 696)

Häftlingshilfegesetz vom 6. August 1955

(Bundesgesetzbl. I S. 498) i.d.Fass. vom 25. Juli 1960
(Bundesgesetzbl. I S. 578) zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. August 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 637, Art. II)

Gesetz über das Verwaltungsverfahren der Kriegsopferversorgung vom 2. Mai 1955

(Bundesgesetzbl. I S. 453) zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 753, Art. I)

Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen i.d.Fass. vom 13. Oktober 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1687), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 2065)

Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der national-sozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz) i.d.Fass. vom 29. Juni 1956

(Bundesgesetzbl. I S. 562), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1315)

Bundesgesetz zur Wiedergutmachung national-sozialistischen Unrechts in der Kriegsopferversorgung für Berechtigte im Ausland i.d.Fass. vom 25. Juni 1958

(Bundesgesetzbl. I S. 414) zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Februar 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 85, Art. III)

Bundesgesetz zur Wiedergutmachung national-sozialistischen Unrechts in der Kriegsopferversorgung vom 25. Juni 1958

(Bundesgesetzbl. I S. 412)

Allgemeines Kriegsfolgengesetz vom 5. November 1957

(Bundesgesetzbl. I S. 1747) zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1043)

Lastenausgleich

Gesetz über den Lastenausgleich vom 14. August 1952
(Bundesgesetzbl. I S. 446) i.d.Fass. vom 1.12.1965
(Bundesgesetzbl. I S. 1945)

Gesetz über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener
(Währungsausgleichsgesetz) vom 27. März 1952
(Bundesgesetzbl. I S. 213) i.d.Fass. vom 1.12.1965
(Bundesgesetzbl. I S. 2060)

Gesetz über die Feststellung von Vertreibungsschäden und Kriegssach-
schäden (Feststellungsgesetz) vom 21. April 1952
(Bundesgesetzbl. I S. 237) i.d.Fass. vom 1.12.1965
(Bundesgesetzbl. I S. 2049)

Altsparger Gesetz vom 14. Juli 1953
(Bundesgesetzbl. I S. 23) i.d.Fass. vom 1. April 1959
(Bundesgesetzbl. I S. 170) zuletzt geändert durch Gesetz vom
18. Mai 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 419)

V. Methodische Hinweise

Die dem vorstehenden Bericht zugrunde liegende finanzstatistische Methode folgt - auch für die Jahre 1961 und 1962 - der ab 1963 angewandten Darstellung der Jahresrechnungsergebnisse in der Finanzstatistik. Gegenüber früheren Veröffentlichungen, insbesondere dem Bericht "Sozialaufwand von Bund, Ländern und Gemeinden (Gv.) und seine Finanzierung 1955 - 1960", ergeben sich bei einem Vergleich der Ergebnisse gewisse Schwierigkeiten einmal dadurch, daß die einzelnen Aufgabengebiete (Funktionen) im Aufgabenbereich "Soziale Angelegenheiten" nicht mehr völlig übereinstimmen; zum anderen enthalten die nach der ab 1963 eingeführten Methode dargestellten Ausgaben nicht mehr die Versorgungsaufwendungen und die Zuführungen an die Rücklagen, da eine Aufgliederung dieser Ausgabearten nach bestimmten Aufgabenbereichen im allgemeinen nicht mehr der Haushaltspraxis entsprach. Ferner wurde u.a. aus finanztheoretischen Gründen im vorliegenden Bericht - im Gegensatz zu früheren Veröffentlichungen - auf den Nachweis der im Sozialbereich anfallenden Gebühren und sonstigen speziellen Deckungsmitteln verzichtet. Zur finanzstatistischen Methodik und Systematik vgl. im einzelnen: Fachserie L, Reihe 1/II "Öffentliche Finanzwirtschaft 1963".

Die Veränderungen in der finanzstatistischen Methodik und Systematik hatten auch bestimmte Rückwirkungen auf Inhalt und Abgrenzung der verschiedenen finanzstatistischen Begriffe. Im folgenden werden daher Inhalt und Berechnungsmethoden der ab 1963 in der Finanzstatistik gebräuchlichen Begriffe kurz erläutert.

Erfasste Gebietskörperschaften

Der Kreis der erfaßten Körperschaften entspricht der üblichen finanzstatistischen Abgrenzung; es sind demnach hier die Ausgaben des Bundes, des Lastenausgleichsfonds, des ERP-Sondervermögens, der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände für den Aufgabenbereich "Soziale Sicherung" erfaßt.

Verwaltungs- und Zweckausgaben

Personalausgaben, Ausgaben für Unterhaltung und Instandsetzung von unbeweglichem Vermögen, Zuweisungen an Zweckverbände und sonstige Körperschaften, übrige Verwaltungs- und Zweckausgaben.

Ausgaben der Vermögensbewegung

Ausgaben für Bauten und große Instandsetzungen, Neuanschaffung von beweglichem Vermögen, Erwerb von Grundvermögen, Erwerb von Beteiligungen, Zuführung an Kapitalvermögen, Gewährung von Darlehen an Dritte.

Unmittelbare Ausgaben

Den unmittelbaren Ausgaben werden die Verwaltungs- und Zweckausgaben und die Ausgaben der Vermögensbewegung zugerechnet. Die unmittelbaren Ausgaben zeigen, in welchem (finanziellen) Umfang die Gebietskörperschaften oder Verwaltungsebenen die Aufgaben erfüllen.

Nettoausgaben

Unmittelbare Ausgaben zuzüglich der Zahlungen an Gebietskörperschaften abzüglich der Zahlungen von Gebietskörperschaften. Die Nettoausgaben geben die Höhe der aus eigenen Mitteln der betreffenden Gebietskörperschaften zu deckenden bzw. zu finanzierenden Aufwendungen an.

Gesamtausgaben

Unmittelbare Ausgaben zuzüglich Zahlungen an andere Gebietskörperschaften bzw. Verwaltungsebenen, die in der jeweiligen Darstellungseinheit nicht enthalten sind.

A. Sozialaufwand von Bund, Ländern und Gemeinden (Gv.) 1961 bis 1967	35
B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe nach Arten und Gebietskörperschaften	
1. Ausgaben für Sozialhilfe einschl. Einrichtungen und Förderung der freien Wohlfahrtspflege 1961 bis 1965	
a) Insgesamt	36
b) Aufwand der Sozialhilfe	37
c) Einrichtungen der Sozialhilfe	38
d) Förderung der freien Wohlfahrtspflege	39
2. Aufwand der Sozialhilfe	
a) Rechnungsjahr 1961	40
b) Rechnungsjahr 1962	42
c) Rechnungsjahr 1963	44
d) Rechnungsjahr 1964	46
e) Rechnungsjahr 1965	48
3. Einrichtungen der Sozialhilfe	
a) Rechnungsjahr 1961	50
b) Rechnungsjahr 1962	52
c) Rechnungsjahr 1963	54
d) Rechnungsjahr 1964	56
e) Rechnungsjahr 1965	58
4. Ausgaben für Jugendhilfe einschl. Einrichtungen, Förderung der freien Jugendhilfe 1961 bis 1965	60
5. Jugendhilfe einschl. Einrichtungen	
a) Rechnungsjahr 1961	62
b) Rechnungsjahr 1962	64
c) Rechnungsjahr 1963	66
d) Rechnungsjahr 1964	68
e) Rechnungsjahr 1965	70
6. Verwaltung der sozialen Angelegenheiten	
a) Rechnungsjahr 1961	72
b) Rechnungsjahr 1962	74
c) Rechnungsjahr 1963	76
d) Rechnungsjahr 1964	78
e) Rechnungsjahr 1965	80
C. Kriegsopferversorgung	
1. Ausgaben für Kriegsopferversorgung, Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von ehemaligen Kriegsgefangenen, Versorgungsdienststellen und Ein- richtungen (Nachrichtlich: Leistung nach G 131)	82
D. Arbeit und Sozialversicherung	
1. Arbeit und Sozialversicherung zusammen	
a) Rechnungsjahr 1961	84
b) Rechnungsjahr 1962	86
c) Rechnungsjahr 1963	88
d) Rechnungsjahr 1964	90
e) Rechnungsjahr 1965	92
2. Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, betriebliche Altersfürsorge, Sozialversicherung	94
3. Ausgaben für Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht und sonstige Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse	95
E. Ausgaben für sonstige soziale Maßnahmen	
1. Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds	96
2. Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene	97
3. Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz	98
4. Wohnbeihilfen	99
5. Aufwendungen für übriges Sozialwesen	100
F. Lastenausgleichsfonds	
1. Ausgaben des Lastenausgleichsfonds nach Arten	102
2. Einnahmen des Lastenausgleichsfonds nach Arten	103

A. Sozialaufwand von Bund, Ländern und Gemeinden (Gv.)

1 000 DM

Aufgabenbereich	Rechnungsjahr						Haushalts-
	1961	1962	1963	1964	1965	1966 1)	ansätze 1967 2)
<u>Bund</u>							
Sozialhilfe	776 685	738 083	745 202	706 256	650 738	711 507	752 000
dar. Förderung der freien Wohlfahrtspflege	48 136	58 551	57 766	43 568	45 549	49 482	.
Jugendhilfe	66 727	66 589	60 420	82 137	78 558	85 992	86 000
dar. Förderung der freien Jugendhilfe	10 126	34 018	29 230	34 680	.
Kriegsopferversorgung	4 231 385	4 187 968	3 944 793	4 755 376	5 162 608	5 275 554	5 889 000
Sozialversicherung	6 328 593	6 689 094	7 487 424	8 184 752	9 076 056	10 121 790	10 381 000
Arbeitsschutz und Arbeitsbeschaffung ³⁾	122 407	87 497	133 383	131 681	130 379	158 490	150 000
Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds	326 111	169 716	345 867	260 550	353 012	314 382	408 000
Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene	96 623	57 485	38 084	47 869	71 414	31 486	86 000
Übrige Aufwendungen	339 505	896 114	582 169	1 611 423	3 075 095	3 387 001	3 503 000
Verwaltung der sozialen Angelegenheiten	201 226	226 983	246 710	248 250	210 160	231 568	236 000
Zusammen ...	12 489 262	13 119 529	13 584 052	16 028 294	18 808 020	20 317 770	21 491 631
<u>Lastenausgleichsfonds</u>							
Sozialaufwendungen	1 928 187	2 564 304	1 925 682	2 514 778	2 005 905	1 599 058	1 636 000
<u>ERP-Sondervermögen</u>							
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	-	10 000	7 000	5 600	5 000	3 900	3 100
<u>Länder</u>							
Sozialhilfe	260 126	319 933	383 055	379 977	412 674	465 740	463 000
dar. Förderung der freien Wohlfahrtspflege	30 429	38 665	15 420	15 822	19 824	22 919	.
Jugendhilfe	156 990	190 693	193 913	235 990	264 863	280 892	299 000
dar. Förderung der freien Jugendhilfe	19 611	14 642	11 723	10 088	.
Kriegsopferversorgung	227 536	228 193	240 548	254 082	249 036	294 865	310 000
Sozialversicherung	+ 8 604	1 166	25 764	27 047	29 121	32 395	33 000
Arbeitsschutz und Arbeitsbeschaffung ³⁾	31 405	42 259	54 408	66 353	74 239	85 237	85 000
Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds	751 550	944 201	699 039	790 409	931 643	899 181	1 048 000
Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene	4 529	5 464	1 684	2 051	1 903	835	2 000
Übrige Aufwendungen	4 382	6 104	13 170	29 965	117 769	178 140	103 000
Verwaltung der sozialen Angelegenheiten	35 684	45 777	+ 3 183	16 775	7 175	32 657	7 000
Zusammen ...	1 463 598	1 783 790	1 608 398	1 802 649	2 088 423	2 269 942	2 350 055
<u>Stadtstaaten</u>							
Sozialhilfe	307 422	400 362	363 384	392 615	423 248	462 229	475 000
dar. Förderung der freien Wohlfahrtspflege	3 096	3 330	4 263	8 250	8 237	6 319	.
Jugendhilfe	147 741	163 855	189 655	210 850	231 247	255 954	259 000
dar. Förderung der freien Jugendhilfe	1 654	4 406	3 477	3 757	.
Kriegsopferversorgung	21 459	22 073	22 836	23 451	25 770	28 009	29 000
Sozialversicherung	901	168	4 692	10 632	11 769	12 732	13 000
Arbeitsschutz und Arbeitsbeschaffung ³⁾	45 145	27 716	24 046	26 864	5 932	19 805	6 000
Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds	117 391	123 885	108 628	109 927	112 838	115 280	128 000
Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene	238	285	63	30	37	26	.
Übrige Aufwendungen	2 978	2 307	3 239	5 629	10 374	18 849	12 000
Verwaltung der sozialen Angelegenheiten	99 433	102 839	111 481	113 445	129 423	135 221	144 000
Zusammen ...	742 708	843 490	828 024	893 443	950 638	1 048 105	1 066 174
<u>Gemeinden (Gv.)</u>							
Sozialhilfe	1 360 593	1 514 166	1 709 967	1 944 000	2 127 750	2 389 967	2 546 000
dar. Förderung der freien Wohlfahrtspflege	20 039	29 945	42 263	45 026	51 998	58 724	.
Jugendhilfe	334 108	377 892	484 442	593 837	691 663	774 525	830 000
dar. Förderung der freien Jugendhilfe	76 755	65 953	80 619	79 475	.
Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene	728	1 086	-	-	-	-	.
Übrige Aufwendungen	88 857	95 995	57 929	108 780	151 352	142 684	181 000
Verwaltung der sozialen Angelegenheiten	231 343	228 484	375 161	398 993	459 504	506 112	550 000
Zusammen ...	2 015 629	2 217 623	2 627 499	3 045 610	3 430 359	3 813 288	4 106 783
Insgesamt ...	18 639 384	20 538 736	20 580 655	24 290 374	27 288 345	29 052 063	30 653 743

1) Vorläufiges Ergebnis.- 2) Haushaltsansätze; in den Einzelpositionen geschätzt.- 3) Einschl. Arbeitslosenhilfe und betrieblicher Altersfürsorge.

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe nach Arten und Gebietskörperschaften

1. Ausgaben für Sozialhilfe einschl. Einrichtungen und Förderung der freien Wohlfahrtspflege

a) Insgesamt

1 000 DM

Gebiets- körperschaft	1961	1962	1963	1964	1965
B u n d	776 685	738 083	745 202	706 256	650 738
L ä n d e r					
Schleswig-Holstein	80 647	88 940	118 540	127 326	131 595
Staat	21 747	24 033	30 647	38 184	40 563
Gemeinden (Gv.)	58 900	64 907	87 893	89 142	91 032
Niedersachsen	185 074	207 564	246 343	278 852	299 374
Staat	59 559	69 500	106 840	123 631	121 378
Gemeinden (Gv.)	125 515	138 064	139 503	155 221	177 996
Nordrhein-Westfalen	621 270	704 242	791 841	880 734	925 724
Staat	63 279	86 817	68 233	42 631	49 119
Gemeinden (Gv.)	557 991	617 425	723 608	838 103	876 605
Hessen	174 444	210 795	262 801	297 694	318 215
Staat	24 417	34 357	38 370	51 388	56 763
Gemeinden (Gv.)	150 027	176 438	224 431	246 306	261 452
Rheinland-Pfalz	86 931	96 391	107 574	114 757	135 220
Staat	22 087	26 610	34 011	40 691	47 479
Gemeinden (Gv.)	64 844	69 781	73 563	74 066	87 741
Baden-Württemberg	210 826	244 883	254 631	274 928	328 632
Staat	30 733	37 626	46 114	21 257	18 025
Gemeinden (Gv.)	180 093	207 257	208 517	253 671	310 607
Bayern	233 917	245 304	266 954	304 671	345 139
Staat	30 939	26 750	43 131	41 335	48 106
Gemeinden (Gv.)	202 978	218 554	223 823	263 336	297 033
Saarland	27 610	35 980	44 338	45 015	56 525
Staat	7 365	14 240	15 709	20 860	31 241
Gemeinden (Gv.)	20 245	21 740	28 629	24 155	25 284
Länder zusammen	1 620 719	1 834 099	2 093 022	2 323 977	2 540 424
Staat	260 126	319 933	383 055	379 977	412 674
Gemeinden (Gv.)	1 360 593	1 514 166	1 709 967	1 944 000	2 127 750
S t a d t s t a a t e n	307 422	400 362	363 384	392 615	423 248
Hamburg	126 457	213 900	137 102	139 924	150 335
Bremen	24 832	28 472	36 609	38 080	42 545
Berlin (West)	156 133	157 990	189 673	214 611	230 368
Insgesamt ...	2 704 826	2 972 544	3 201 608	3 422 848	3 614 410

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe nach Arten und Gebietskörperschaften

1. Ausgaben für Sozialhilfe einschl. Einrichtungen und Förderung der freien Wohlfahrtspflege

b) Aufwand der Sozialhilfe

1 000 DM

Gebiets- körperschaft	1961	1962	1963	1964	1965
B u n d	589 487	563 584	572 996	564 672	517 681
L ä n d e r					
Schleswig-Holstein	63 136	73 241	98 050	95 684	98 242
Staat	21 163	28 632	31 119	34 671	35 778
Gemeinden (Gv.)	41 973	44 609	66 931	61 013	62 464
Niedersachsen	143 783	161 387	193 072	220 273	232 411
Staat	44 276	53 803	89 074	104 364	98 490
Gemeinden (Gv.)	99 507	107 584	103 998	115 909	133 921
Nordrhein-Westfalen	506 023	556 902	641 803	714 069	752 096
Staat	40 198	46 706	34 065	17 455	24 177
Gemeinden (Gv.)	465 825	510 196	607 738	696 614	727 919
Hessen	138 953	167 054	211 788	236 022	247 464
Staat	10 994	16 740	18 167	22 134	21 819
Gemeinden (Gv.)	127 959	150 314	193 621	213 888	225 645
Rheinland-Pfalz	77 298	83 785	92 444	94 340	110 168
Staat	16 364	18 997	25 836	28 822	34 321
Gemeinden (Gv.)	60 934	64 788	66 608	65 518	75 847
Baden-Württemberg	147 939	175 625	193 660	196 350	232 518
Staat	21 644	27 070	50 007	4 329	+ 10 316
Gemeinden (Gv.)	126 295	148 555	143 653	192 021	242 834
Bayern	179 539	193 250	208 094	220 896	256 896
Staat	18 790	22 478	38 059	22 496	28 110
Gemeinden (Gv.)	160 749	170 772	170 035	198 400	228 786
Saarland	18 854	28 123	37 532	38 865	50 267
Staat	+ 12	7 971	10 621	16 831	27 317
Gemeinden (Gv.)	18 866	20 152	26 911	22 034	22 950
Länder zusammen	1 275 525	1 439 367	1 676 443	1 816 499	1 980 062
Staat	173 417	222 397	296 948	251 102	259 696
Gemeinden (Gv.)	1 102 108	1 216 970	1 379 495	1 565 397	1 720 366
S t a d t s t a a t e n	246 121	349 304	308 631	299 697	327 245
Hamburg	79 583	170 410	92 415	89 862	98 336
Bremen	22 409	25 015	32 564	33 895	37 127
Berlin (West)	144 129	153 879	183 652	175 920	191 782
Insgesamt ...	2 111 133	2 352 255	2 558 070	2 680 868	2 824 988

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe nach Arten und Gebietskörperschaften

1. Ausgaben für Sozialhilfe einschl. Einrichtungen und Förderung der freien Wohlfahrtspflege

c) Einrichtungen der Sozialhilfe

1 000 DM

Gebiets- körperschaft	1961	1962	1963	1964	1965
B u n d	139 062	115 948	114 440	98 016	87 508
L ä n d e r					
Schleswig-Holstein	15 797	13 067	18 455	29 510	30 534
Staat	+ 346	+ 5 484	+ 869	3 116	3 797
Gemeinden (Gv.)	16 143	18 551	19 324	26 394	26 737
Niedersachsen	31 084	32 315	48 660	55 778	63 888
Staat	6 720	4 814	17 390	18 891	22 322
Gemeinden (Gv.)	24 364	27 501	31 270	36 887	41 566
Nordrhein-Westfalen	94 585	112 240	123 265	137 259	139 921
Staat	13 266	22 244	28 944	19 637	19 207
Gemeinden (Gv.)	81 319	89 996	94 321	117 622	120 714
Hessen	31 787	39 941	46 495	56 634	62 843
Staat	12 022	16 169	18 596	27 238	30 234
Gemeinden (Gv.)	19 765	23 772	27 899	29 396	32 609
Rheinland-Pfalz	8 301	10 954	12 350	17 822	21 034
Staat	4 946	6 659	7 151	10 756	11 932
Gemeinden (Gv.)	3 355	4 295	5 199	7 066	9 102
Baden-Württemberg	56 493	64 569	53 649	70 946	86 866
Staat	4 901	8 500	+ 6 227	14 380	25 570
Gemeinden (Gv.)	51 592	56 069	59 876	56 566	61 296
Bayern	52 388	49 667	53 969	76 869	81 529
Staat	11 554	3 662	4 597	18 386	19 511
Gemeinden (Gv.)	40 834	46 005	49 372	58 483	62 018
Saarland	4 291	3 369	2 053	1 812	1 925
Staat	3 217	2 307	1 105	649	581
Gemeinden (Gv.)	1 074	1 062	948	1 163	1 344
Länder zusammen	294 726	326 122	358 896	446 630	488 540
Staat	56 280	58 871	70 687	113 053	133 154
Gemeinden (Gv.)	238 446	267 251	288 209	333 577	355 386
S t a d t s t a a t e n	58 205	47 728	50 490	84 668	87 766
Hamburg	46 349	43 041	44 295	46 256	49 307
Bremen	1 644	3 058	2 374	3 563	4 248
Berlin (West)	10 212	1 629	3 821	34 849	34 211
Insgesamt ...	491 993	489 798	523 826	629 314	663 814

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe nach Arten und Gebietskörperschaften

1. Ausgaben für Sozialhilfe einschl. Einrichtungen und Förderung der freien Wohlfahrtspflege

d) Förderung der freien Wohlfahrtspflege

1 000 DM

Gebiets- körperschaft	1961	1962	1963	1964	1965
B u n d	48 136	58 551	57 766	43 568	45 549
L ä n d e r					
Schleswig-Holstein	1 714	2 632	2 035	2 132	2 819
Staat	930	885	397	397	988
Gemeinden (Gv.)	784	1 747	1 638	1 735	1 831
Niedersachsen	10 207	13 862	4 611	2 801	3 075
Staat	8 563	10 883	376	376	566
Gemeinden (Gv.)	1 644	2 979	4 235	2 425	2 509
Nordrhein-Westfalen	20 662	35 100	26 773	29 406	33 707
Staat	9 815	17 867	5 224	5 539	5 735
Gemeinden (Gv.)	10 847	17 233	21 549	23 867	27 972
Hessen	3 704	3 800	4 518	5 038	7 908
Staat	1 401	1 448	1 607	2 016	4 710
Gemeinden (Gv.)	2 303	2 352	2 911	3 022	3 198
Rheinland-Pfalz	1 332	1 652	2 780	2 595	4 018
Staat	777	954	1 024	1 113	1 226
Gemeinden (Gv.)	555	698	1 756	1 482	2 792
Baden-Württemberg	6 394	4 689	7 322	7 632	9 248
Staat	4 188	2 056	2 334	2 548	2 771
Gemeinden (Gv.)	2 206	2 633	4 988	5 084	6 477
Bayern	1 990	2 387	4 891	6 906	6 714
Staat	595	610	475	453	485
Gemeinden (Gv.)	1 395	1 777	4 416	6 453	6 229
Saarland	4 465	4 488	4 753	4 338	4 333
Staat	4 160	3 962	3 983	3 380	3 343
Gemeinden (Gv.)	305	526	770	958	990
Länder zusammen	50 468	68 610	57 683	60 848	71 822
Staat	30 429	38 665	15 420	15 822	19 824
Gemeinden (Gv.)	20 039	29 945	42 263	45 026	51 998
S t a d t s t a a t e n	3 096	3 330	4 263	8 250	8 237
Hamburg	525	449	392	3 786	2 692
Bremen	779	399	1 671	622	1 170
Berlin (West)	1 792	2 482	2 200	3 842	4 375
Insgesamt ...	101 700	130 491	119 712	112 666	125 608

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

2. Aufwand der

a) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	B u n d	-	-	21 220	34 198	55 418	-
	L ä n d e r						
2	Schleswig-Holstein	-	-	1 268	92 405	93 673	-
3	Staat	-	-	1 249	23 782	25 031	-
4	Gemeinden (Gv.)	-	-	19	68 623	68 642	-
5	Niedersachsen	-	6	738	212 935	213 679	2
6	Staat	-	6	738	50 928	51 672	2
7	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	162 007	162 007	-
8	Nordrhein-Westfalen	-	-	-	650 673	650 673	-
9	Staat	-	-	-	12 354	12 354	-
10	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	638 319	638 319	-
11	Hessen	-	-	694	177 735	178 429	-
12	Staat	-	-	162	2 492	2 654	-
13	Gemeinden (Gv.)	-	-	532	175 243	175 775	-
14	Rheinland-Pfalz	-	-	7 548	86 860	94 408	-
15	Staat	-	-	7 493	16 088	23 581	-
16	Gemeinden (Gv.)	-	-	55	70 772	70 827	-
17	Baden-Württemberg	-	-	740	291 346	292 086	-
18	Staat	-	-	716	34 587	35 303	-
19	Gemeinden (Gv.)	-	-	24	256 759	256 783	-
20	Bayern	-	-	11 690	245 633	257 323	-
21	Staat	-	-	11 687	3 222	14 909	-
22	Gemeinden (Gv.)	-	-	3	242 411	242 414	-
23	Saarland	-	-	31	33 162	33 193	-
24	Staat	-	-	31	9 110	9 141	-
25	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	24 052	24 052	-
26	Länder zusammen	-	6	22 709	1 790 749	1 813 464	2
27	Staat	-	6	22 076	152 563	174 645	2
28	Gemeinden (Gv.)	-	-	633	1 638 186	1 638 819	-
29	S t a d t s t a a t e n	-	-	1 607	303 978	305 585	-
30	Hamburg	-	-	1 607	87 683	89 290	-
31	Bremen	-	-	-	28 163	28 163	-
32	Berlin (West)	-	-	-	188 132	188 132	-
33	Insgesamt ...	-	6	45 536	2 128 925	2 174 467	2

nach Arten und Gebietskörperschaften

Sozialhilfe

Jahr 1961

DM

der Vermögensbewegung				Unmittelbare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
-	8 036	-	8 036	63 454	526 989	590 443	589 487	1
-	522	-	522	94 195	338	94 533	63 136	2
-	496	-	496	25 527	7 259	32 786	21 163	3
-	26	-	26	68 668	8 205	76 873	41 973	4
4	3 449	-	3 455	217 134	-	217 134	143 783	5
4	3 374	-	3 380	55 052	28 217	83 269	44 276	6
-	75	-	75	162 082	23 338	185 420	99 507	7
-	12 163	-	12 163	662 836	2 805	665 641	506 023	8
-	4 797	-	4 797	17 151	32 874	50 025	40 198	9
-	7 366	-	7 366	645 685	-	645 685	465 825	10
-	6 761	-	6 761	185 190	-	185 190	138 953	11
-	-	-	-	2 654	10 245	12 899	10 994	12
-	6 761	-	6 761	182 536	344	182 880	127 959	13
-	2 019	-	2 019	96 427	-	96 427	77 298	14
-	1 982	-	1 982	25 563	2 178	27 741	16 364	15
-	37	-	37	70 864	7 212	78 076	60 934	16
-	4 277	-	4 277	296 363	-	296 363	147 939	17
-	3 892	-	3 892	39 195	11 868	51 063	21 644	18
-	385	-	385	257 168	227	257 395	126 295	19
-	5 574	-	5 574	262 897	-	262 897	179 539	20
-	5 553	-	5 553	20 462	3 110	23 572	18 790	21
-	21	-	21	242 435	5	242 440	160 749	22
-	947	-	947	34 140	-	34 140	18 854	23
-	947	-	947	10 088	10 524	20 612	+ 12	24
-	-	-	-	24 052	3 797	27 849	18 866	25
4	35 712	-	35 718	1 849 182	3 068	1 852 250	1 275 525	26
4	21 041	-	21 047	195 692	106 200	301 892	173 417	27
-	14 671	-	14 671	1 653 490	43 128	1 696 618	1 102 108	28
-	4 048	-	4 048	309 633	1 402	311 035	246 121	29
-	3 660	-	3 660	92 950	404	93 354	79 583	30
-	61	-	61	28 224	89	28 313	22 409	31
-	327	-	327	188 459	909	189 368	144 129	32
4	47 796	-	47 802	2 222 269	.	2 222 269	2 111 133	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

2. Aufwand der

b) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	Bund	-	-	35 679	33 636	69 315	-
	Länder						
2	Schleswig-Holstein	-	-	2 119	96 474	98 593	-
3	Staat	-	-	2 104	24 272	26 376	-
4	Gemeinden (Gv.)	-	-	15	72 202	72 217	-
5	Niedersachsen	-	3	758	231 493	232 254	2
6	Staat	-	3	758	62 796	63 557	2
7	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	168 697	168 697	-
8	Nordrhein-Westfalen	-	-	367	671 837	672 204	-
9	Staat	-	-	367	15 431	15 798	-
10	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	656 406	656 406	-
11	Hessen	-	-	1 678	206 703	208 381	-
12	Staat	-	-	86	2 480	2 566	-
13	Gemeinden (Gv.)	-	-	1 592	204 223	205 815	-
14	Rheinland-Pfalz	-	-	7 234	89 510	96 744	-
15	Staat	-	-	7 195	16 284	23 479	-
16	Gemeinden (Gv.)	-	-	39	73 226	73 265	-
17	Baden-Württemberg	-	-	3 197	309 667	312 864	-
18	Staat	-	-	2 582	34 471	37 053	-
19	Gemeinden (Gv.)	-	-	615	275 196	275 811	-
20	Bayern	-	-	14 961	246 646	261 607	-
21	Staat	-	-	14 961	3 838	18 799	-
22	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	242 808	242 808	-
23	Saarland	-	-	-	26 806	26 806	-
24	Staat	-	-	-	835	835	-
25	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	25 971	25 971	-
26	Länder zusammen	-	3	30 314	1 879 136	1 909 453	2
27	Staat	-	3	28 053	160 407	188 463	2
28	Gemeinden (Gv.)	-	-	2 261	1 718 729	1 720 990	-
29	Stadtstaaten ..	-	-	49	401 028	401 077	-
30	Hamburg ,.....	-	-	49	179 190	179 239	-
31	Bremen	-	-	-	30 972	30 972	-
32	Berlin (West)	-	-	-	190 866	190 866	-
33	Insgesamt ...	-	3	66 042	2 313 800	2 379 845	2

nach Arten und Gebietskörperschaften

Sozialhilfe

jahr 1962

DM

der Vermögensbewegung				Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
-	13 139	-	13 139	82 454	483 710	566 164	563 584	1
-	1 214	-	1 214	99 807	243	100 050	73 241	2
-	1 195	-	1 195	27 571	27 482	55 053	28 632	3
-	19	-	19	72 236	8 926	81 162	44 609	4
5	1 648	-	1 655	233 909	-	233 909	161 387	5
5	1 590	-	1 597	65 154	54 842	119 996	53 803	6
-	58	-	58	168 755	25 980	194 735	107 584	7
-	16 646	-	16 646	688 850	-	688 850	556 902	8
-	6 497	-	6 497	22 295	92 493	114 788	46 706	9
-	10 149	-	10 149	666 555	-	666 555	510 196	10
-	6 985	-	6 985	215 366	-	215 366	167 054	11
-	-	-	-	2 566	36 587	39 153	16 740	12
-	6 985	-	6 985	212 800	394	213 194	150 314	13
-	2 034	-	2 034	98 778	-	98 778	83 785	14
-	2 013	-	2 013	25 492	11 045	36 537	18 997	15
-	21	-	21	73 286	8 251	81 537	64 788	16
-	3 659	-	3 659	316 523	-	316 523	175 625	17
-	2 806	-	2 806	39 859	37 507	77 366	27 070	18
-	853	-	853	276 664	15	276 679	148 555	19
-	5 886	-	5 886	267 493	-	267 493	193 250	20
-	5 616	-	5 616	24 415	2 477	26 892	22 478	21
-	270	-	270	243 078	-	243 078	170 772	22
-	972	-	972	27 778	-	27 778	28 123	23
-	969	-	969	1 804	21 328	23 132	7 971	24
-	3	-	3	25 974	4 478	30 452	20 152	25
5	39 044	-	39 051	1 948 504	213	1 948 717	1 439 367	26
5	20 686	-	20 693	209 156	283 731	492 887	222 397	27
-	18 358	-	18 358	1 739 348	48 044	1 787 392	1 216 970	28
-	4 919	-	4 919	405 996	1 265	407 261	349 304	29
-	4 380	-	4 380	183 619	312	183 931	170 410	30
-	97	-	97	31 069	83	31 152	25 015	31
-	442	-	442	191 308	870	192 178	153 879	32
5	57 102	-	57 109	2 436 954	.	2 436 954	2 352 255	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

2. Aufwand der

o) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	Bund	-	-	40 337	2 971	43 308	-
	Länder						
2	Schleswig-Holstein	-	-	2 577	110 681	113 258	-
3	Staat	-	-	2 021	30 078	32 099	-
4	Gemeinden (Gv.)	-	-	556	80 603	81 159	-
5	Niedersachsen	-	-	-	293 994	293 994	-
6	Staat	-	-	-	97 569	97 569	-
7	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	196 425	196 425	-
8	Nordrhein-Westfalen	-	-	506	760 714	761 220	-
9	Staat	-	-	506	5 464	5 970	-
10	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	755 250	755 250	-
11	Hessen	-	-	739	239 476	240 215	-
12	Staat	-	-	197	2 503	2 700	-
13	Gemeinden (Gv.)	-	-	542	236 973	237 515	-
14	Rheinland-Pfalz	-	-	407	106 536	106 943	3
15	Staat	-	-	300	33 575	33 875	-
16	Gemeinden (Gv.)	-	-	107	72 961	73 068	3
17	Baden-Württemberg	-	-	28 912	303 322	332 234	-
18	Staat	-	-	28 742	19 532	48 274	-
19	Gemeinden (Gv.)	-	-	170	283 790	283 960	-
20	Bayern	-	-	19 503	258 375	277 878	-
21	Staat	-	-	19 468	1 537	21 005	-
22	Gemeinden (Gv.)	-	-	35	256 838	256 873	-
23	Saarland	-	-	10 692	34 370	45 062	-
24	Staat	-	-	10 692	6 403	17 095	-
25	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	27 967	27 967	-
26	Länder zusammen	-	-	63 336	2 107 468	2 170 804	3
27	Staat	-	-	61 926	196 661	258 587	-
28	Gemeinden (Gv.)	-	-	1 410	1 910 807	1 912 217	3
29	Stadtstaaten	-	-	1 515	355 359	356 874	-
30	Hamburg	-	-	39	101 606	101 645	-
31	Bremen	-	-	-	38 379	38 379	-
32	Berlin (West)	-	-	1 476	215 374	216 850	-
33	Insgesamt ...	-	-	105 188	2 465 798	2 570 986	3

nach Arten und Gebietskörperschaften

Sozialhilfe

jahr 1963

DM

der Vermögensbewegung				Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
-	20 751	-	20 751	64 059	509 342	573 401	572 996	1
-	1 435	-	1 435	114 693	276	114 969	98 050	2
-	1 422	-	1 422	33 521	22 161	55 682	31 119	3
-	13	-	13	81 172	9 150	90 322	66 931	4
-	2 676	-	2 676	296 670	-	296 670	193 072	5
-	2 583	-	2 583	100 152	31 146	131 298	89 074	6
-	93	-	93	196 518	9 869	206 387	103 998	7
-	18 833	-	18 833	780 053	-	780 053	641 803	8
-	5 188	-	5 188	11 158	96 321	107 479	34 065	9
-	13 645	-	13 645	768 895	-	768 895	607 738	10
-	7 919	-	7 919	248 134	-	248 134	211 788	11
-	-	-	-	2 700	36 243	38 943	18 167	12
-	7 919	-	7 919	245 434	435	245 869	193 621	13
-	1 790	4	1 797	108 740	-	108 740	92 444	14
-	1 774	-	1 774	35 649	11 618	47 267	25 836	15
-	16	4	23	73 091	11 117	84 208	66 608	16
-	2 516	-	2 516	334 750	6	334 756	193 660	17
-	2 445	-	2 445	50 719	40 360	91 079	50 007	18
-	71	-	71	284 031	20	284 051	143 653	19
-	2 584	-	2 584	280 462	-	280 462	208 094	20
-	2 234	-	2 234	23 239	63 705	86 944	38 059	21
-	350	-	350	257 223	47	257 270	170 035	22
-	925	-	925	45 987	66	46 053	37 532	23
-	925	-	925	18 020	9 009	27 029	10 621	24
-	-	-	-	27 967	4 513	32 480	26 911	25
-	38 678	4	38 685	2 209 489	431	2 209 920	1 676 443	26
-	16 571	-	16 571	275 158	310 646	585 804	296 948	27
-	22 107	4	22 114	1 934 331	35 151	1 969 482	1 379 495	28
-	4 749	-	4 749	361 623	1 316	362 939	308 631	29
-	4 151	-	4 151	105 796	400	106 196	92 415	30
-	249	-	249	38 628	39	38 667	32 564	31
-	349	-	349	217 199	877	218 076	183 652	32
-	64 178	4	64 185	2 635 171	.	2 635 171	2 558 070	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

2. Aufwand der

d) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	B u n d	-	-	42 862	182	43 044	-
	L ä n d e r						
2	Schleswig-Holstein	-	-	1 777	117 983	119 760	-
3	Staat	-	-	1 229	33 681	34 910	-
4	Gemeinden (Gv.)	-	-	548	84 302	84 850	-
5	Niedersachsen	-	-	-	318 286	318 286	-
6	Staat	-	-	-	109 626	109 626	-
7	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	208 660	208 660	-
8	Nordrhein-Westfalen	-	-	4 965	841 197	846 162	-
9	Staat	-	-	4 965	3 231	8 196	-
10	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	837 966	837 966	-
11	Hessen	-	-	1 660	271 442	273 102	-
12	Staat	-	-	1 119	1 430	2 549	-
13	Gemeinden (Gv.)	-	-	541	270 012	270 553	-
14	Rheinland-Pfalz	347	-	270	107 510	108 127	-
15	Staat	347	-	195	34 180	34 722	-
16	Gemeinden (Gv.)	-	-	75	73 330	73 405	-
17	Baden-Württemberg	-	-	90	291 670	291 760	-
18	Staat	-	-	-	1 633	1 633	-
19	Gemeinden (Gv.)	-	-	90	290 037	290 127	-
20	Bayern	-	-	19 704	277 975	297 679	-
21	Staat	-	-	19 702	5 361	25 063	-
22	Gemeinden (Gv.)	-	-	2	272 614	272 616	-
23	Saarland	-	-	11 278	32 340	43 618	-
24	Staat	-	-	11 278	4 238	15 516	-
25	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	28 102	28 102	-
26	Länder zusammen	347	-	39 744	2 258 403	2 298 494	-
27	Staat	347	-	38 488	193 380	232 215	-
28	Gemeinden (Gv.)	-	-	1 256	2 065 023	2 066 279	-
29	S t a d t s t a a t e n	-	-	4	372 556	372 560	-
30	Hamburg	-	-	4	103 525	103 529	-
31	Bremen	-	-	-	40 075	40 075	-
32	Berlin (West)	-	-	-	228 956	228 956	-
33	Insgesamt ...	347	-	82 610	2 631 141	2 714 098	-

nach Arten und Gebietskörperschaften

Sozialhilfe

jahr 1964

DM

der Vermögensbewegung				Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
-	24 019	-	24 019	67 063	497 831	564 894	564 672	1
-	1 081	-	1 081	120 841	317	121 158	95 684	2
-	1 079	-	1 079	35 989	21 948	57 937	34 671	3
-	2	-	2	84 852	11 321	96 173	61 013	4
-	3 720	-	3 720	322 006	-	322 006	220 273	5
-	3 615	-	3 615	113 241	30 508	143 749	104 364	6
-	105	-	105	208 765	7 691	216 456	115 909	7
-	22 989	-	22 989	869 151	-	869 151	714 069	8
-	5 267	-	5 267	13 463	78 045	91 508	17 455	9
-	17 722	-	17 722	855 688	-	855 688	696 614	10
-	7 030	-	7 030	280 132	-	280 132	236 022	11
-	-	-	-	2 549	38 665	41 214	22 134	12
-	7 030	-	7 030	277 583	529	278 112	213 888	13
-	2 571	-	2 571	110 698	-	110 698	94 340	14
-	2 550	-	2 550	37 272	22 542	59 814	28 822	15
-	21	-	21	73 426	13 558	86 984	65 518	16
-	3 218	-	3 218	294 978	2	294 980	196 350	17
-	-	-	-	1 633	50 768	52 401	4 329	18
-	3 218	-	3 218	293 345	16	293 361	192 021	19
-	1 775	-	1 775	299 454	17	299 471	220 896	20
-	1 315	-	1 315	26 378	52 630	79 008	22 496	21
-	460	-	460	273 076	-	273 076	198 400	22
-	767	-	767	44 385	83	44 468	38 865	23
-	767	-	767	16 283	12 600	28 883	16 831	24
-	-	-	-	28 102	911	29 013	22 034	25
-	43 151	-	43 151	2 341 645	722	2 342 367	1 816 499	26
-	14 593	-	14 593	246 808	308 009	554 817	251 102	27
-	28 558	-	28 558	2 094 837	34 026	2 128 863	1 565 397	28
-	3 117	-	3 117	375 677	2 148	377 825	299 697	29
-	2 814	-	2 814	106 343	489	106 832	89 862	30
-	200	-	200	40 275	57	40 332	33 895	31
-	103	-	103	229 059	1 602	230 661	175 920	32
-	70 287	-	70 287	2 784 385	.	2 784 385	2 680 668	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

2. Aufwand der

e) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	Bund	-	-	45 345	268	45 613	-
	L ä n d e r						
2	Schleswig-Holstein	-	-	474	128 074	128 548	-
3	Staat	-	-	49	36 817	36 866	-
4	Gemeinden (Gv.)	-	-	425	91 257	91 682	-
5	Niedersachsen	-	-	-	302 390	302 390	-
6	Staat	-	-	-	70 743	70 743	-
7	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	231 647	231 647	-
8	Nordrhein-Westfalen	-	-	5 448	898 774	904 222	-
9	Staat	-	-	5 448	3 410	8 858	-
10	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	895 364	895 364	-
11	Hessen	-	-	1 618	292 732	294 350	-
12	Staat	-	-	1 055	1 447	2 502	-
13	Gemeinden (Gv.)	-	-	563	291 285	291 848	-
14	Rheinland-Pfalz	-	-	264	122 344	122 608	-
15	Staat	-	-	227	42 284	42 511	-
16	Gemeinden (Gv.)	-	-	37	80 060	80 097	-
17	Baden-Württemberg	-	-	669	323 794	324 463	-
18	Staat	-	-	-	866	866	-
19	Gemeinden (Gv.)	-	-	669	322 928	323 597	-
20	Bayern	-	-	20 214	317 931	338 145	-
21	Staat	-	-	20 191	16 159	36 350	-
22	Gemeinden (Gv.)	-	-	23	301 772	301 795	-
23	Saarland	-	-	10 424	41 010	51 434	-
24	Staat	-	-	10 424	8 479	18 903	-
25	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	32 531	32 531	-
26	Länder zusammen	-	-	39 111	2 427 049	2 466 160	-
27	Staat	-	-	37 394	180 205	217 599	-
28	Gemeinden (Gv.)	-	-	1 717	2 246 844	2 248 561	-
29	S t a d t s t a a t e n	-	-	4	400 273	400 277	-
30	Hamburg	-	-	4	111 280	111 284	-
31	Bremen	-	-	-	43 655	43 655	-
32	Berlin (West)	-	-	-	245 338	245 338	-
33	Insgesamt ...	-	-	84 460	2 827 590	2 912 050	-

nach Arten und Gebietskörperschaften

Sozialhilfe

Jahr 1965

DM

der Vermögensbewegung				Unmittelbare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebietskörperschaften	Gesamtausgaben	Nachrichtlich: Nettoausgaben	Lfd. Nr.
Neuan-schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
-	29 321	-	29 321	74 934	442 756	517 690	517 681	1
-	1 325	-	1 325	129 873	315	130 188	98 242	2
-	1 325	-	1 325	38 191	18 050	56 241	35 778	3
-	-	-	-	91 682	8 982	100 664	62 464	4
-	11 858	-	11 858	314 248	-	314 248	232 411	5
-	11 770	-	11 770	82 513	81 823	164 336	98 490	6
-	88	-	88	231 735	14 440	246 175	133 921	7
-	22 981	-	22 981	927 203	-	927 203	752 096	8
-	5 024	-	5 024	13 882	51 534	65 416	24 177	9
-	17 957	-	17 957	913 321	-	913 321	727 919	10
-	5 731	-	5 731	300 081	-	300 081	247 464	11
-	-	-	-	2 502	32 695	35 197	21 819	12
-	5 731	-	5 731	297 579	1 094	298 673	225 645	13
-	952	-	952	123 560	-	123 560	110 168	14
-	937	-	937	43 448	28 754	72 202	34 321	15
-	15	-	15	80 112	17 387	97 499	75 847	16
-	5 480	-	5 480	329 943	-	329 943	232 518	17
-	-	-	-	866	29 412	30 278	+ 10 316	18
-	5 480	-	5 480	329 077	61	329 138	242 834	19
-	2 454	-	2 454	340 599	384	340 983	256 896	20
-	1 730	-	1 730	38 080	45 139	83 219	28 110	21
-	724	-	724	302 519	-	302 519	228 786	22
-	833	-	833	52 267	84	52 351	50 267	23
-	833	-	833	19 736	16 128	35 864	27 317	24
-	-	-	-	32 531	1 049	33 580	22 950	25
-	51 614	-	51 614	2 517 774	725	2 518 499	1 980 062	26
-	21 619	-	21 619	239 218	303 477	542 695	259 696	27
-	29 995	-	29 995	2 278 556	43 013	2 321 569	1 720 366	28
-	2 976	-	2 976	403 253	6 792	410 045	327 245	29
-	2 518	-	2 518	113 802	417	114 219	98 336	30
-	348	-	348	44 003	45	44 048	37 127	31
-	110	-	110	245 448	6 330	251 778	191 782	32
-	83 911	-	83 911	2 995 961	.	2 995 961	2 824 988	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

3. Einrichtungen der

a) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	Bund	5 655	9	430	714	6 808	801
	Länder						
2	Schleswig-Holstein	6 692	1 103	187	6 932	14 914	4 697
3	Staat	981	46	10	483	1 520	87
4	Gemeinden (Gv.)	5 711	1 057	177	6 449	13 394	4 610
5	Niedersachsen	15 165	1 645	1 426	16 840	35 076	3 868
6	Staat	6 038	261	208	6 884	13 391	1 535
7	Gemeinden (Gv.)	9 127	1 384	1 218	9 956	21 685	2 333
8	Nordrhein-Westfalen	36 503	4 930	2 608	39 873	83 914	15 564
9	Staat	5 395	822	379	5 872	12 468	2 156
10	Gemeinden (Gv.)	31 108	4 108	2 229	34 001	71 446	13 408
11	Hessen	7 071	1 027	6 403	10 700	25 201	9 256
12	Staat	2 276	154	5 114	3 482	11 026	913
13	Gemeinden (Gv.)	4 795	873	1 289	7 218	14 175	8 343
14	Rheinland-Pfalz	1 998	271	1 700	2 434	6 403	1 453
15	Staat	961	16	862	1 006	2 845	984
16	Gemeinden (Gv.)	1 037	255	838	1 428	3 558	469
17	Baden-Württemberg	17 032	1 691	2 242	29 992	50 957	10 135
18	Staat	3 018	437	772	6 993	11 220	271
19	Gemeinden (Gv.)	14 014	1 254	1 470	22 999	39 737	9 864
20	Bayern	13 454	2 363	3 542	22 341	41 700	7 546
21	Staat	1 357	625	1 613	5 769	9 364	54
22	Gemeinden (Gv.)	12 097	1 738	1 929	16 572	32 336	7 492
23	Saarland	1 392	132	150	1 092	2 766	1 703
24	Staat	981	76	150	611	1 818	1 365
25	Gemeinden (Gv.)	411	56	-	481	948	338
26	Länder zusammen	99 307	13 162	18 258	130 204	260 931	54 222
27	Staat	21 007	2 437	9 108	31 100	63 652	7 365
28	Gemeinden (Gv.)	78 300	10 725	9 150	99 104	197 279	46 857
29	Stadtstaaten ...	28 623	2 686	6 339	37 007	74 655	18 216
30	Hamburg	16 395	1 349	4 677	12 135	34 556	11 161
31	Bremen	675	55	22	663	1 415	668
32	Berlin (West)	11 553	1 282	1 640	24 209	38 684	6 387
33	Insgesamt ...	133 585	15 857	25 027	167 925	342 394	73 239

nach Arten und Gebietskörperschaften

Sozialhilfe

Jahr 1961

DM

der Vermögensbewegung				Unmittelbare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
59	-	-	860	7 668	131 394	139 062	139 062	1
586	58	162	5 503	20 417	-	20 417	15 797	2
14	-	73	174	1 694	1 878	3 572	+ 346	3
572	58	89	5 329	18 723	8	18 731	16 143	4
847	2 201	646	7 562	42 638	-	42 638	31 084	5
149	-	-	1 684	15 075	1 922	16 997	6 720	6
698	2 201	646	5 878	27 563	86	27 649	24 364	7
4 125	958	96	20 743	104 657	236	104 893	94 585	8
802	-	-	2 958	15 426	6 245	21 671	13 266	9
3 323	958	96	17 785	89 231	-	89 231	81 319	10
568	600	108	10 532	35 733	-	35 733	31 787	11
5	-	-	918	11 944	3 643	15 587	12 022	12
563	600	108	9 614	23 789	-	23 789	19 765	13
289	-	22	1 764	8 167	-	8 167	8 301	14
174	-	-	1 158	4 003	943	4 946	4 946	15
115	-	22	606	4 164	30	4 194	3 355	16
1 599	175	1 347	13 256	64 213	-	64 213	56 493	17
423	29	-	723	11 943	1 125	13 068	4 901	18
1 176	146	1 347	12 533	52 270	10	52 280	51 592	19
1 026	421	7 860	16 853	58 553	89	58 642	52 388	20
29	150	7 487	7 720	17 084	213	17 297	11 554	21
997	271	373	9 133	41 469	2	41 471	40 834	22
64	-	-	1 767	4 533	-	4 533	4 291	23
34	-	-	1 399	3 217	-	3 217	3 217	24
30	-	-	368	1 316	-	1 316	1 074	25
9 104	4 413	10 241	77 980	338 911	325	339 236	294 726	26
1 630	179	7 560	16 734	80 386	15 969	96 355	56 280	27
7 474	4 234	2 681	61 246	258 525	136	258 661	238 446	28
540	111	1 585	20 452	95 107	-	95 107	58 205	29
219	-	1 585	12 965	47 521	-	47 521	46 349	30
14	-	-	682	2 097	-	2 097	1 644	31
307	111	-	6 805	45 489	-	45 489	10 212	32
9 703	4 524	11 826	99 292	441 686	-	441 686	491 993	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

3. Einrichtungen der

b) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben.					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	B u n d	5 225	3	430	526	6 184	107
	L ä n d e r						
2	Schleswig-Holstein	7 619	1 038	785	7 286	16 728	4 866
3	Staat	1 034	-	85	498	1 617	30
4	Gemeinden (Gv.)	6 585	1 038	700	6 788	15 111	4 786
5	Niedersachsen	15 547	1 999	3 087	14 722	35 355	4 577
6	Staat	5 948	234	1 042	4 670	11 894	447
7	Gemeinden (Gv.)	9 599	1 765	2 045	10 052	23 461	4 130
8	Nordrhein-Westfalen	39 443	5 285	4 657	44 404	93 789	16 408
9	Staat	5 182	881	796	7 258	14 117	1 970
10	Gemeinden (Gv.)	34 261	4 404	3 861	37 146	79 672	14 438
11	Hessen	7 600	1 208	12 155	9 611	30 574	10 855
12	Staat	2 180	196	10 326	1 813	14 515	799
13	Gemeinden (Gv.)	5 420	1 012	1 829	7 798	16 059	10 056
14	Rheinland-Pfalz	2 212	220	4 438	2 609	9 479	869
15	Staat	990	25	3 280	1 032	5 327	516
16	Gemeinden (Gv.)	1 222	195	1 158	1 577	4 152	353
17	Baden-Württemberg	17 157	1 747	9 125	31 168	59 197	9 752
18	Staat	2 640	408	5 884	5 921	14 853	132
19	Gemeinden (Gv.)	14 517	1 339	3 241	25 247	44 344	9 620
20	Bayern	15 088	2 560	5 031	21 868	44 547	8 546
21	Staat	1 458	430	2 749	4 265	8 902	53
22	Gemeinden (Gv.)	13 630	2 130	2 282	17 603	35 645	8 493
23	Saarland	1 307	291	208	917	2 723	631
24	Staat	843	235	130	550	1 758	545
25	Gemeinden (Gv.)	464	56	78	367	965	86
26	Länder zusammen	105 973	14 348	39 406	132 585	292 392	56 504
27	Staat	20 275	2 409	24 292	26 007	72 983	4 542
28	Gemeinden (Gv.)	85 698	11 939	15 194	106 578	219 409	51 962
29	S t a d t s t a a t e n	29 470	2 726	6 614	24 567	63 377	16 767
30	Hamburg	17 700	1 393	4 919	12 530	36 542	6 962
31	Bremen	788	45	134	731	1 698	1 064
32	Berlin (West)	10 982	1 288	1 561	11 306	25 137	8 741
33	Insgesamt ...	140 668	17 077	46 530	157 678	361 953	73 378

nach Arten und Gebietskörperschaften

Sozialhilfe

Jahr 1962

DM

der Vermögensbewegung				Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
72	-	-	179	6 363	109 585	115 948	115 948	1
355	85	278	5 584	22 312	1 557	23 869	13 067	2
18	-	-	98	1 715	2 932	4 647	+ 5 484	3
337	85	278	5 486	20 597	154	20 751	18 551	4
864	2 492	167	8 100	43 455	-	43 455	32 315	5
47	385	-	879	12 773	2 948	15 721	4 814	6
817	2 107	167	7 221	30 682	1 086	31 768	27 501	7
3 503	7 675	79	27 665	121 454	143	121 597	112 240	8
237	5 534	-	7 741	21 858	11 266	33 124	22 244	9
3 266	2 141	79	19 924	99 596	-	99 596	89 996	10
628	1 239	91	12 813	43 387	-	43 387	39 941	11
70	-	-	869	15 384	4 715	20 099	16 169	12
558	1 239	91	11 944	28 003	-	28 003	23 772	13
283	9	99	1 260	10 739	-	10 739	10 954	14
37	-	-	553	5 880	779	6 659	6 659	15
246	9	99	707	4 859	25	4 884	4 295	16
897	240	2 063	12 952	72 149	-	72 149	64 569	17
2	219	-	353	15 206	2 370	17 576	8 500	18
895	21	2 063	12 599	56 943	-	56 943	56 069	19
1 294	1 457	460	11 757	56 304	2 313	58 617	49 667	20
9	575	-	637	9 539	2 874	12 413	3 662	21
1 285	882	460	11 120	46 765	2	46 767	46 005	22
24	-	-	655	3 378	-	3 378	3 369	23
4	-	-	549	2 307	-	2 307	2 307	24
20	-	-	106	1 071	-	1 071	1 062	25
7 848	13 197	3 237	80 786	373 178	4 013	377 191	326 122	26
424	6 713	-	11 679	84 662	29 098	113 760	58 871	27
7 424	6 484	3 237	69 107	288 516	1 267	289 783	267 251	28
252	-	121	17 140	80 517	614	81 131	47 728	29
154	-	114	7 230	43 772	-	43 772	43 041	30
72	-	7	1 143	2 841	614	3 455	3 058	31
26	-	-	8 767	33 904	-	33 904	1 629	32
8 172	13 197	3 358	98 105	460 058	.	460 058	489 798	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

3. Einrichtungen der

c) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben Bauten und große Instand- setzungen
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	
1	B u n d	4 009	2	475	387	4 873	-
	L ä n d e r						
2	Schleswig-Holstein	8 571	1 075	132	7 801	17 579	5 482
3	Staat	1 137	-	15	588	1 740	67
4	Gemeinden (Gv.)	7 434	1 075	117	7 213	15 839	5 415
5	Niedersachsen	15 386	2 280	15 231	14 761	47 658	6 262
6	Staat	5 052	249	14 667	3 457	23 425	852
7	Gemeinden (Gv.)	10 334	2 031	564	11 304	24 233	5 410
8	Nordrhein-Westfalen	42 754	5 970	4 890	47 109	100 723	20 151
9	Staat	4 699	866	-	7 583	13 148	909
10	Gemeinden (Gv.)	38 055	5 104	4 890	39 526	87 575	19 242
11	Hessen	8 739	1 451	11 880	10 264	32 334	14 008
12	Staat	2 091	181	9 363	1 691	13 326	656
13	Gemeinden (Gv.)	6 648	1 270	2 517	8 573	19 008	13 352
14	Rheinland-Pfalz	2 384	196	5 573	2 552	10 705	1 174
15	Staat	1 015	28	4 091	1 103	6 237	220
16	Gemeinden (Gv.)	1 369	168	1 482	1 449	4 468	954
17	Baden-Württemberg	18 294	1 706	2 125	25 463	47 588	18 934
18	Staat	1 942	225	1 034	4 608	7 809	158
19	Gemeinden (Gv.)	16 352	1 481	1 091	20 855	39 779	18 776
20	Bayern	14 780	2 432	7 764	21 636	46 612	12 020
21	Staat	94	207	5 468	2 914	8 683	-
22	Gemeinden (Gv.)	14 686	2 225	2 296	18 722	37 929	12 020
23	Saarland	782	171	448	628	2 029	51
24	Staat	261	113	440	281	1 095	-
25	Gemeinden (Gv.)	521	58	8	347	934	51
26	Länder zusammen	111 690	15 281	48 043	130 214	305 228	78 082
27	Staat	16 291	1 869	35 078	22 225	75 463	2 862
28	Gemeinden (Gv.)	95 399	13 412	12 965	107 989	229 765	75 220
29	S t a d t s t a a t e n	29 956	2 911	7 887	25 656	66 410	15 075
30	Hamburg	17 860	1 162	6 248	13 040	38 310	6 473
31	Bremen	1 303	83	36	1 023	2 445	243
32	Berlin (West)	10 793	1 666	1 603	11 593	25 655	8 359
33	Insgesamt ...	145 655	18 194	56 405	156 257	376 511	93 157

nach Arten und Gebietskörperschaften

Sozialhilfe

Jahr 1963

DM

der Vermögensbewegung				Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
-	-	-	-	4 873	109 567	114 440	114 440	1
697	96	107	6 382	23 961	-	23 961	18 455	2
-	-	1	68	1 808	921	2 729	+ 869	3
697	96	106	6 314	22 153	4	22 157	19 324	4
1 003	1 819	1 357	10 441	58 099	76	58 175	48 660	5
48	25	-	925	24 350	2 870	27 220	17 390	6
955	1 794	1 357	9 516	33 749	48	33 797	31 270	7
3 455	22 897	239	46 742	147 465	46	147 511	123 265	8
57	19 635	-	20 601	33 749	3 723	37 472	28 944	9
3 398	3 262	239	26 141	113 716	-	113 716	94 321	10
1 425	164	834	16 431	48 765	-	48 765	46 495	11
45	-	-	701	14 027	8 761	22 788	18 596	12
1 380	164	834	15 730	34 738	104	34 842	27 899	13
152	6	35	1 367	12 072	-	12 072	12 350	14
63	-	-	283	6 520	631	7 151	7 151	15
89	6	35	1 084	5 552	29	5 581	5 199	16
1 618	800	1 998	23 350	70 938	20	70 958	53 649	17
-	700	-	858	8 667	4 150	12 817	+ 6 227	18
1 618	100	1 998	22 492	62 271	-	62 271	59 876	19
1 170	3 607	245	17 042	63 654	-	63 654	53 969	20
-	2 641	-	2 641	11 324	1 650	12 974	4 597	21
1 170	966	245	14 401	52 330	-	52 330	49 372	22
17	-	-	68	2 097	-	2 097	2 053	23
-	-	-	-	1 095	10	1 105	1 105	24
17	-	-	68	1 002	-	1 002	948	25
9 537	29 389	4 815	121 823	427 051	66	427 117	358 896	26
213	23 001	1	26 077	101 540	22 640	124 180	70 687	27
9 324	6 388	4 814	95 746	325 511	185	325 696	288 209	28
803	-	60	15 938	82 348	-	82 348	50 490	29
689	-	-	7 162	45 472	-	45 472	44 295	30
41	-	-	284	2 729	-	2 729	2 374	31
73	-	60	8 492	34 147	-	34 147	3 821	32
10 340	29 389	4 875	137 761	514 272	.	514 272	523 826	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

3. Einrichtungen der

d) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	Bund	2 663	7	480	783	3 933	16
	Länder						
2	Schleswig-Holstein	9 931	1 089	2 317	8 554	21 891	7 204
3	Staat	1 297	-	1 583	662	3 542	47
4	Gemeinden (Gv.)	8 634	1 089	734	7 892	18 349	7 157
5	Niedersachsen	16 368	2 613	16 577	15 445	51 003	10 587
6	Staat	4 872	173	14 753	3 302	23 100	1 088
7	Gemeinden (Gv.)	11 496	2 440	1 824	12 143	27 903	9 499
8	Nordrhein-Westfalen	47 086	7 346	5 793	46 390	106 615	31 631
9	Staat	4 403	663	112	6 026	11 204	450
10	Gemeinden (Gv.)	42 683	6 683	5 681	40 364	95 411	31 181
11	Hessen	8 934	1 475	18 126	10 265	38 800	16 884
12	Staat	1 835	169	15 413	1 570	18 987	807
13	Gemeinden (Gv.)	7 099	1 306	2 713	8 695	19 813	16 077
14	Rheinland-Pfalz	2 508	239	8 479	2 741	13 967	3 369
15	Staat	1 028	37	6 445	1 176	8 686	592
16	Gemeinden (Gv.)	1 480	202	2 034	1 565	5 281	2 777
17	Baden-Württemberg	18 003	2 385	10 361	19 975	50 724	15 176
18	Staat	1 388	201	5 911	3 135	10 635	-
19	Gemeinden (Gv.)	16 615	2 184	4 450	16 840	40 089	15 176
20	Bayern	16 385	2 590	12 902	22 151	54 028	16 285
21	Staat	43	291	9 840	2 780	12 954	16
22	Gemeinden (Gv.)	16 342	2 299	3 062	19 371	41 074	16 269
23	Saarland	820	189	90	660	1 759	26
24	Staat	217	122	85	217	641	-
25	Gemeinden (Gv.)	603	67	5	443	1 118	26
26	Länder zusammen	120 035	17 926	74 645	126 181	338 787	101 162
27	Staat	15 083	1 656	54 142	18 868	89 749	3 000
28	Gemeinden (Gv.)	104 952	16 270	20 503	107 313	249 038	98 162
29	Stadtstaaten	32 613	3 061	6 406	27 159	69 239	15 522
30	Hamburg	19 770	1 269	4 963	13 935	39 937	6 262
31	Bremen	1 939	107	79	1 482	3 607	235
32	Berlin (West)	10 904	1 685	1 364	11 742	25 695	9 025
33	Insgesamt ...	155 311	20 994	81 531	154 123	411 959	116 700

nach Arten und Gebietskörperschaften

Sozialhilfe

jahr 1964

DM

der Vermögensbewegung				Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
8	-	-	24	3 957	94 059	98 016	98 016	1
1 017	1 080	1 254	10 555	32 446	-	32 446	29 510	2
-	-	-	47	3 589	1 314	4 903	3 116	3
1 017	1 080	1 254	10 508	28 857	8	28 865	26 394	4
1 348	2 206	662	14 803	65 806	94	65 900	55 778	5
47	105	-	1 240	24 340	3 585	27 925	18 891	6
1 301	2 101	662	13 563	41 466	57	41 523	36 887	7
4 495	11 409	1 582	49 117	155 732	115	155 847	137 259	8
13	5 447	-	5 910	17 114	3 640	20 754	19 637	9
4 482	5 962	1 582	43 207	138 618	-	138 618	117 622	10
1 012	1 020	153	19 069	57 869	-	57 869	56 634	11
10	-	-	817	19 804	11 308	31 112	27 238	12
1 002	1 020	153	18 252	38 065	-	38 065	29 396	13
201	4	-	3 574	17 541	-	17 541	17 822	14
79	-	-	671	9 357	1 399	10 756	10 756	15
122	4	-	2 903	8 184	29	8 213	7 066	16
1 795	2 917	668	20 556	71 280	-	71 280	70 946	17
7	2 900	-	2 907	13 542	884	14 426	14 380	18
1 788	17	668	17 649	57 738	-	57 738	56 566	19
1 342	4 813	302	22 742	76 770	-	76 770	76 869	20
81	3 806	-	3 903	16 857	1 545	18 402	18 386	21
1 261	1 007	302	18 839	59 913	-	59 913	58 483	22
31	-	-	57	1 816	-	1 816	1 812	23
-	-	-	-	641	8	649	649	24
31	-	-	57	1 175	-	1 175	1 163	25
11 241	23 449	4 621	140 473	479 260	17	479 277	446 630	26
237	12 258	-	15 495	105 244	23 491	128 735	113 053	27
11 004	11 191	4 621	124 978	374 016	94	374 110	333 577	28
373	157	696	16 748	85 988	-	85 988	84 668	29
241	157	573	7 233	47 170	-	47 170	46 256	30
47	-	-	282	3 889	-	3 889	3 563	31
85	-	123	9 233	34 929	-	34 929	34 849	32
11 622	23 606	5 317	157 245	569 205	.	569 205	629 314	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

3. Einrichtungen

e) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	Bund	2 860	6	506	331	3 703	14
	Länder						
2	Schleswig-Holstein	11 788	1 011	3 262	9 132	25 193	4 681
3	Staat	1 530	-	1 363	642	3 535	-
4	Gemeinden (Gv.)	10 258	1 011	1 899	8 490	21 658	4 681
5	Niedersachsen	19 116	2 860	18 993	16 776	57 745	11 164
6	Staat	5 425	291	16 579	3 857	26 152	679
7	Gemeinden (Gv.)	13 691	2 569	2 414	12 919	31 593	10 485
8	Nordrhein-Westfalen	53 642	7 364	6 492	49 249	116 747	33 369
9	Staat	4 470	732	386	5 634	11 222	54
10	Gemeinden (Gv.)	49 172	6 632	6 106	43 615	105 525	33 315
11	Hessen	10 112	1 557	18 972	11 839	42 480	16 953
12	Staat	1 857	171	14 977	1 675	18 680	129
13	Gemeinden (Gv.)	8 255	1 386	3 995	10 164	23 800	16 824
14	Rheinland-Pfalz	2 955	252	11 200	2 968	17 375	3 749
15	Staat	1 149	37	8 167	1 213	10 566	258
16	Gemeinden (Gv.)	1 806	215	3 033	1 755	6 809	3 491
17	Baden-Württemberg	20 111	2 202	22 597	20 538	65 448	14 989
18	Staat	1 236	287	17 138	2 275	20 936	-
19	Gemeinden (Gv.)	18 875	1 915	5 459	18 263	44 512	14 989
20	Bayern	19 643	2 707	14 023	24 547	60 920	13 669
21	Staat	36	220	9 756	3 420	13 432	-
22	Gemeinden (Gv.)	19 607	2 487	4 267	21 127	47 488	13 669
23	Saarland	843	202	130	704	1 879	71
24	Staat	186	150	5	234	575	-
25	Gemeinden (Gv.)	657	52	125	470	1 304	71
26	Länder zusammen	138 210	18 155	95 669	135 753	387 787	98 645
27	Staat	15 889	1 888	68 371	18 950	105 098	1 120
28	Gemeinden (Gv.)	122 321	16 267	27 298	116 803	282 689	97 525
29	Stadtstaaten	35 959	4 356	6 248	28 479	75 042	12 618
30	Hamburg	21 495	2 351	4 275	14 169	42 290	6 690
31	Bremen	2 181	91	80	1 779	4 131	251
32	Berlin (West)	12 283	1 914	1 893	12 531	28 621	5 677
33	Insgesamt ...	177 029	22 517	102 423	164 563	466 532	111 277

nach Arten und Gebietskörperschaften

der Sozialhilfe

Jahr 1965

DM

der Vermögensbewegung				Unmittelbare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebietskörperschaften	Gesamtausgaben	Nachrichtliche Nettoausgaben	Lfd. Nr.
Neuan-schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
-	-	-	14	3 717	83 791	87 508	87 508	1
769	638	50	6 138	31 331	-	31 331	30 534	2
-	-	-	-	3 535	1 471	5 006	3 797	3
769	638	50	6 138	27 796	-	27 796	26 737	4
1 734	1 471	494	14 863	72 608	73	72 681	63 888	5
195	-	-	874	27 026	3 049	30 075	22 322	6
1 539	1 471	494	13 989	45 582	55	45 637	41 566	7
2 696	7 410	449	43 924	160 671	40	160 711	139 921	8
22	4 145	-	4 221	15 443	5 185	20 628	19 207	9
2 674	3 265	449	39 703	145 228	-	145 228	120 714	10
660	475	526	18 614	61 094	-	61 094	62 843	11
7	-	10	146	18 826	14 716	33 542	30 234	12
653	475	516	18 468	42 268	19	42 287	32 609	13
829	56	20	4 654	22 029	-	22 029	21 034	14
46	-	-	304	10 870	1 063	11 933	11 932	15
783	56	20	4 350	11 159	20	11 179	9 102	16
1 734	4 159	2 797	23 679	89 127	-	89 127	86 866	17
-	3 920	-	3 920	24 856	812	25 668	25 570	18
1 734	239	2 797	19 759	64 271	-	64 271	61 296	19
2 128	3 730	209	19 736	80 656	-	80 656	81 529	20
122	3 153	-	3 275	16 707	3 076	19 783	19 511	21
2 006	577	209	16 461	63 949	2	63 951	62 018	22
14	-	-	85	1 964	-	1 964	1 925	23
-	-	-	-	575	6	581	581	24
14	-	-	85	1 389	-	1 389	1 344	25
10 564	17 939	4 545	131 693	519 480	2	519 482	488 540	26
392	11 218	10	12 740	117 838	29 267	147 105	133 154	27
10 172	6 721	4 535	118 953	401 642	96	401 738	355 386	28
669	39	656	13 982	89 024	-	89 024	87 766	29
507	39	536	7 772	50 062	-	50 062	49 307	30
58	-	84	393	4 524	-	4 524	4 248	31
104	-	36	5 817	34 438	-	34 438	34 211	32
11 233	17 978	5 201	145 689	612 221	.	612 221	663 814	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugend-

4. Ausgaben für Jugendhilfe einschl.

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Jugendhilfe einschl. Einrichtungen ¹⁾		Nachrichtlich				
				Leibesübungen und Jugendpflege der Gemeinden (Gv.) ²⁾		Leibes- übungen		
		1961	1962	1961	1962	1963	1964	1965
1	B u n d	66 727	66 589	-	-	29 478	36 033	31 465
	L ä n d e r							
2	Schleswig-Holstein	20 497	22 641	9 923	10 897	10 256	12 680	11 723
3	Staat	9 150	9 809	-	-	3 923	5 841	4 048
4	Gemeinden (Gv.)	11 347	12 832	9 923	10 897	6 333	6 839	7 675
5	Niedersachsen	47 736	53 797	23 113	33 748	45 439	60 608	55 948
6	Staat	16 392	19 280	-	-	23 088	28 442	23 579
7	Gemeinden (Gv.)	31 344	34 517	23 113	33 748	22 351	32 166	32 369
8	Nordrhein-Westfalen	193 467	218 691	89 801	113 045	130 058	148 105	141 630
9	Staat	67 744	74 040	-	-	41 533	49 750	46 134
10	Gemeinden (Gv.)	125 723	144 651	89 801	113 045	88 525	98 355	95 496
11	Hessen	53 797	62 641	23 190	28 928	35 438	44 030	49 135
12	Staat	12 196	21 276	-	-	16 520	20 972	21 527
13	Gemeinden (Gv.)	41 601	41 365	23 190	28 928	18 918	23 058	27 608
14	Rheinland-Pfalz	21 494	26 534	5 668	7 842	11 536	13 230	19 977
15	Staat	8 815	11 541	-	-	5 858	5 980	11 718
16	Gemeinden (Gv.)	12 679	14 993	5 668	7 842	5 678	7 250	8 259
17	Baden-Württemberg	86 542	102 623	24 302	31 969	62 467	88 073	95 045
18	Staat	22 936	28 005	-	-	37 769	53 423	52 275
19	Gemeinden (Gv.)	63 606	74 618	24 302	31 969	24 698	34 650	42 770
20	Bayern	58 243	70 258	20 310	24 981	33 223	41 087	41 196
21	Staat	12 939	18 122	-	-	10 355	10 963	11 516
22	Gemeinden (Gv.)	45 304	52 136	20 310	24 981	22 868	30 124	29 680
23	Saarland	9 322	11 400	1 532	2 971	4 730	5 959	3 908
24	Staat	6 818	8 620	-	-	1 801	3 225	1 806
25	Gemeinden (Gv.)	2 504	2 780	1 532	2 971	2 929	2 734	2 102
26	Länder zusammen	491 098	568 585	197 839	254 381	333 147	413 772	418 562
27	Staat	156 990	190 693	-	-	140 847	178 596	172 603
28	Gemeinden (Gv.)	334 108	377 892	197 839	254 381	192 300	235 176	245 959
29	S t a d t s t a a t e n	147 741	163 855	-	-	30 530	33 076	42 017
30	Hamburg	44 570	51 956	-	-	6 742	8 804	12 265
31	Bremen	15 607	16 896	-	-	8 717	6 363	8 690
32	Berlin (West)	87 564	95 003	-	-	15 071	17 909	21 062
33	Insgesamt ...	705 566	799 029	197 839	254 381	393 155	482 881	492 044

1) Gemeinden (Gv.) ohne Jugendpflege.- 2) Bis einschl. 1962 nur in einer Summe erhoben.

hilfe nach Arten und Gebietskörperschaften

Einrichtungen, Förderung der freien Jugendhilfe

DM

Jugend- hilfe	Einrich- tungen	Förderung der freien Jugend- hilfe	Jugend- hilfe	Einrich- tungen	Förderung der freien Jugend- hilfe	Jugend- hilfe	Einrich- tungen	Förderung der freien Jugend- hilfe	Lfd. Nr.
1963			1964			1965			
22 957	27 337	10 126	31 499	16 620	34 018	5 042	44 316	29 230	1
6 928	19 748	1 424	10 654	22 295	1 712	14 111	24 041	2 354	2
1 993	8 524	-	2 958	9 439	2	3 215	10 036	-	3
4 935	11 224	1 424	7 696	12 856	1 710	10 896	14 005	2 354	4
24 557	36 866	6 194	36 330	50 147	3 550	42 234	59 468	3 439	5
11 908	12 063	-	20 483	14 019	193	21 462	14 895	461	6
12 649	24 803	6 194	15 847	36 128	3 357	20 772	44 573	2 978	7
99 033	114 263	44 020	125 619	149 758	35 759	139 647	168 245	50 381	8
19 819	42 142	7 349	18 035	57 477	1 345	14 657	64 837	7 501	9
79 214	72 121	36 671	107 584	92 281	34 414	124 990	103 408	42 880	10
9 170	62 294	4 167	9 975	78 270	841	13 972	80 037	2 519	11
4 270	13 168	-	4 926	20 406	+ 73	5 281	21 418	17	12
4 900	49 126	4 167	5 049	57 864	914	8 691	58 619	2 502	13
13 576	18 199	2 696	20 238	29 988	4 121	24 339	35 066	4 396	14
4 657	9 262	-	7 982	16 675	66	10 791	18 632	78	15
8 919	8 937	2 696	12 256	13 313	4 055	13 548	16 434	4 318	16
32 972	63 663	24 857	44 788	76 724	21 380	54 606	97 013	15 235	17
4 661	21 941	11 194	2 938	22 163	11 752	2 663	36 843	2 614	18
28 311	41 722	13 663	41 850	54 561	9 628	51 943	60 170	12 621	19
26 839	46 873	11 325	31 500	52 571	11 036	37 933	59 377	12 253	20
1 193	13 958	-	1 257	17 253	-	1 411	19 006	-	21
25 646	32 915	11 325	30 243	35 318	11 036	36 522	40 371	12 253	22
3 315	3 693	1 683	6 067	4 308	2 196	8 241	5 854	1 765	23
2 396	2 347	1 068	2 532	2 805	1 357	4 176	3 817	1 052	24
919	1 346	615	3 535	1 503	839	4 065	2 037	713	25
216 390	365 599	96 366	285 171	464 061	80 595	335 083	529 101	92 342	26
50 897	123 405	19 611	61 111	160 237	14 642	63 656	189 484	11 723	27
165 493	242 194	76 755	224 060	303 824	65 953	271 427	339 617	80 619	28
56 670	131 331	1 654	61 833	144 611	4 406	70 080	157 690	3 477	29
11 059	48 099	-	12 796	53 502	2 191	14 417	58 776	814	30
3 869	15 346	-	4 296	16 907	-	4 470	18 956	-	31
41 742	67 886	1 654	44 741	74 202	2 215	51 193	79 058	2 663	32
296 017	524 267	108 146	378 503	625 292	119 019	410 205	731 107	125 049	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

5. Jugendhilfe

a) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	B u n d	51	-	32 376	6 906	39 333	-
	L ä n d e r						
2	Schleswig-Holstein	8 039	501	6 289	5 064	19 893	1 365
3	Staat	1 188	40	5 768	1 239	8 235	384
4	Gemeinden (Gv.)	6 851	461	521	3 825	11 658	981
5	Niedersachsen	14 498	686	12 434	19 381	46 999	2 797
6	Staat	1 062	1	8 368	7 831	17 262	479
7	Gemeinden (Gv.)	13 436	685	4 066	11 550	29 737	2 318
8	Nordrhein-Westfalen	41 540	2 088	57 555	62 171	163 354	9 930
9	Staat	-	-	6 300	4 382	10 682	-
10	Gemeinden (Gv.)	41 540	2 088	51 255	57 789	152 672	9 930
11	Hessen	19 502	1 004	12 959	8 348	41 813	7 846
12	Staat	60	1	9 103	407	9 571	494
13	Gemeinden (Gv.)	19 442	1 003	3 856	7 941	32 242	7 352
14	Rheinland-Pfalz	5 818	189	7 067	7 157	20 231	1 229
15	Staat	230	4	5 209	4 173	9 616	19
16	Gemeinden (Gv.)	5 588	185	1 858	2 984	10 615	1 210
17	Baden-Württemberg	26 134	1 393	29 868	32 124	89 519	5 925
18	Staat	1 250	101	20 942	5 809	28 102	534
19	Gemeinden (Gv.)	24 884	1 292	8 926	26 315	61 417	5 391
20	Bayern	21 730	923	21 966	15 563	60 182	4 665
21	Staat	426	26	17 103	1 440	18 995	25
22	Gemeinden (Gv.)	21 304	897	4 863	14 123	41 187	4 640
23	Saarland	1 608	113	5 494	2 423	9 638	107
24	Staat	381	46	5 023	1 668	7 118	-
25	Gemeinden (Gv.)	1 227	67	471	755	2 520	107
26	Länder zusammen	138 869	6 897	153 632	152 231	451 629	33 864
27	Staat	4 597	219	77 816	26 949	109 581	1 935
28	Gemeinden (Gv.)	134 272	6 678	75 816	125 282	342 048	31 929
29	S t a d t s t a a t e n	56 509	3 085	8 319	70 147	138 060	12 013
30	Hamburg	22 684	1 015	3 868	11 140	38 707	6 354
31	Bremen	4 155	260	1 517	9 204	15 136	1 134
32	Berlin (West)	29 670	1 810	2 934	49 803	84 217	4 525
33	Insgesamt ...	195 429	9 982	194 327	229 284	629 022	45 877

nach Arten und Gebietskörperschaften

einschl. Einrichtungen

jahr 1961

DM

der Vermögensbewegung				Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
-	-	-	-	39 333	27 644	66 977	66 727	1
201	25	5	1 596	21 489	35	21 524	20 497	2
25	-	-	409	8 644	2 346	10 990	9 150	3
176	25	5	1 187	12 845	40	12 885	11 347	4
421	51	357	3 626	50 625	28	50 653	47 736	5
9	-	-	488	17 750	2 882	20 632	16 392	6
412	51	357	3 138	32 875	63	32 938	31 344	7
1 966	8 789	70	20 755	184 109	92	184 201	193 467	8
-	8 738	-	8 738	19 420	52 937	72 357	67 744	9
1 966	51	70	12 017	164 689	-	164 689	125 723	10
1 800	21	807	10 474	52 287	-	52 287	53 797	11
-	-	-	494	10 065	4 967	15 032	12 196	12
1 800	21	807	9 980	42 222	-	42 222	41 601	13
157	-	89	1 475	21 706	-	21 706	21 494	14
1	-	-	20	9 636	1 492	11 128	8 815	15
156	-	89	1 455	12 070	1 136	13 206	12 679	16
1 081	318	82	7 406	96 925	131	97 056	86 542	17
117	-	-	651	28 753	3 590	32 343	22 936	18
964	318	82	6 755	68 172	25	68 197	63 606	19
1 233	1 347	234	7 479	67 661	-	67 661	58 243	20
13	1 136	-	1 174	20 169	1 504	21 673	12 939	21
1 220	211	234	6 305	47 492	2	47 494	45 304	22
57	-	-	164	9 802	7	9 809	9 322	23
43	-	-	43	7 161	110	7 271	6 818	24
14	-	-	121	2 641	53	2 694	2 504	25
6 916	10 551	1 644	52 975	504 604	285	504 889	491 098	26
208	9 874	-	12 017	121 598	69 820	191 418	156 990	27
6 708	677	1 644	40 958	383 006	1 319	384 325	334 108	28
1 438	219	1 103	14 773	152 833	244	153 077	147 741	29
791	-	507	7 652	46 359	-	46 359	44 570	30
156	-	48	1 338	16 474	53	16 527	15 607	31
491	219	548	5 783	90 000	191	90 191	87 564	32
8 354	10 770	2 747	67 748	696 770	.	696 770	705 566	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

5. Jugendhilfe

b) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	B u n d	53	-	34 354	8 480	42 887	-
	L ä n d e r						
2	Schleswig-Holstein	8 882	347	7 001	5 031	21 261	1 799
3	Staat	1 312	-	6 378	1 129	8 819	248
4	Gemeinden (Gv.)	7 570	347	623	3 902	12 442	1 551
5	Niedersachsen	15 950	731	14 208	21 386	52 275	2 423
6	Staat	1 161	-	8 970	8 557	18 688	725
7	Gemeinden (Gv.)	14 789	731	5 238	12 829	33 587	1 698
8	Nordrhein-Westfalen	46 314	2 470	74 165	59 943	182 892	12 223
9	Staat	-	-	6 873	548	7 421	-
10	Gemeinden (Gv.)	46 314	2 470	67 292	59 395	175 471	12 223
11	Hessen	21 976	1 040	18 511	9 975	51 502	7 001
12	Staat	33	6	14 581	675	15 295	1 337
13	Gemeinden (Gv.)	21 943	1 034	3 930	9 300	36 207	5 664
14	Rheinland-Pfalz	6 491	253	10 617	7 760	25 121	1 407
15	Staat	113	6	8 020	4 286	12 425	88
16	Gemeinden (Gv.)	6 378	247	2 597	3 474	12 696	1 319
17	Baden-Württemberg	29 837	1 447	31 467	35 388	98 139	8 485
18	Staat	1 373	111	21 169	4 640	27 293	816
19	Gemeinden (Gv.)	28 464	1 336	10 298	30 748	70 846	7 669
20	Bayern	24 088	1 029	30 147	17 245	72 509	4 425
21	Staat	439	35	23 017	1 637	25 128	22
22	Gemeinden (Gv.)	23 649	994	7 130	15 608	47 381	4 403
23	Saarland	1 723	55	7 857	2 259	11 894	55
24	Staat	394	15	6 908	1 814	9 131	-
25	Gemeinden (Gv.)	1 329	40	949	445	2 763	55
26	Länder zusammen	155 261	7 372	193 973	158 987	515 593	37 818
27	Staat	4 825	173	95 916	23 286	124 200	3 236
28	Gemeinden (Gv.)	150 436	7 199	98 057	135 701	391 393	34 582
29	S t a d t s t a a t e n	63 524	3 881	10 348	77 543	155 296	10 521
30	Hamburg	25 780	1 074	5 477	16 412	48 743	3 771
31	Bremen	4 738	421	1 518	9 257	15 934	1 574
32	Berlin (West)	33 006	2 386	3 353	51 874	90 619	5 176
33	Insgesamt ...	218 838	11 253	238 675	245 010	713 776	48 339

nach Arten und Gebietskörperschaften

einschl. Einrichtungen

Jahr 1962

DM

der Vermögensbewegung				Unmittelbare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebietskörperschaften	Gesamtausgaben	Nachrichtlich: Nettoausgaben	Lfd. Nr.
Neuan-schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
-	-	-	-	42 887	23 702	66 589	66 589	1
267	32	2	2 100	23 361	129	23 490	22 641	2
22	-	-	270	9 089	2 234	11 323	9 809	3
245	32	2	1 830	14 272	20	14 292	12 832	4
430	23	195	3 071	55 346	29	55 375	53 797	5
14	-	-	739	19 427	2 941	22 368	19 280	6
416	23	195	2 332	35 919	86	36 005	34 517	7
2 149	359	102	14 833	197 725	-	197 725	218 691	8
-	-	-	-	7 421	71 300	78 721	74 040	9
2 149	359	102	14 833	190 304	-	190 304	144 651	10
1 188	112	89	8 390	59 892	-	59 892	62 641	11
44	-	-	1 381	16 676	7 807	24 483	21 276	12
1 144	112	89	7 009	43 216	-	43 216	41 365	13
249	22	125	1 803	26 924	-	26 924	26 534	14
-	-	-	88	12 513	2 191	14 704	11 541	15
249	22	125	1 715	14 411	1 071	15 482	14 993	16
1 348	367	313	10 513	108 652	-	108 652	102 623	17
135	-	-	951	28 244	6 427	34 671	28 005	18
1 213	367	313	9 562	80 408	-	80 408	74 618	19
1 558	1 572	177	7 732	80 241	-	80 241	70 258	20
28	1 244	-	1 294	26 422	1 649	28 071	18 122	21
1 530	328	177	6 438	53 819	2	53 821	52 136	22
70	-	-	125	12 019	-	12 019	11 400	23
21	-	-	21	9 152	129	9 281	8 620	24
49	-	-	104	2 867	57	2 924	2 780	25
7 259	2 487	1 003	48 567	564 160	152	564 312	568 585	26
264	1 244	-	4 744	128 944	94 672	223 616	190 693	27
6 995	1 243	1 003	43 823	435 216	1 236	436 452	377 892	28
1 668	80	1 135	13 404	168 700	297	168 997	163 855	29
923	-	518	5 212	53 955	-	53 955	51 956	30
120	80	10	1 784	17 718	72	17 790	16 896	31
625	-	607	6 408	97 027	225	97 252	95 003	32
8 927	2 567	2 138	61 971	775 747	.	775 747	799 029	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

5. Jugendhilfe

c) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	B u n d	59	-	25 426	6 797	32 282	-
	L ä n d e r						
2	Schleswig-Holstein	6 851	690	6 826	10 474	24 841	2 404
3	Staat	1 494	-	6 201	1 283	8 978	204
4	Gemeinden (Gv.)	5 357	690	625	9 191	15 863	2 200
5	Niedersachsen	10 366	1 276	12 803	31 893	56 338	6 310
6	Staat	1 151	-	9 328	12 951	23 430	505
7	Gemeinden (Gv.)	9 215	1 276	3 475	18 942	32 908	5 805
8	Nordrhein-Westfalen	27 544	4 064	33 149	102 514	167 271	18 327
9	Staat	-	-	-	1 088	1 088	-
10	Gemeinden (Gv.)	27 544	4 064	33 149	101 426	166 183	18 327
11	Hessen	17 853	1 774	17 329	15 686	52 642	12 900
12	Staat	65	49	11 633	170	11 917	1 600
13	Gemeinden (Gv.)	17 788	1 725	5 696	15 516	40 725	11 300
14	Rheinland-Pfalz	2 605	325	12 917	14 120	29 967	2 615
15	Staat	117	6	9 826	4 902	14 851	478
16	Gemeinden (Gv.)	2 488	319	3 091	9 218	15 116	2 137
17	Baden-Württemberg	18 938	2 038	21 827	56 357	99 160	8 358
18	Staat	1 504	192	17 586	4 741	24 023	917
19	Gemeinden (Gv.)	17 434	1 846	4 241	51 616	75 137	7 441
20	Bayern	14 880	1 214	19 543	36 142	71 779	7 731
21	Staat	465	32	18 669	693	19 859	22
22	Gemeinden (Gv.)	14 415	1 182	874	35 449	51 920	7 709
23	Saarland	818	167	3 484	2 097	6 566	196
24	Staat	307	45	3 017	975	4 344	61
25	Gemeinden (Gv.)	511	122	467	1 122	2 222	135
26	Länder zusammen	99 855	11 548	127 878	269 283	508 564	58 841
27	Staat	5 103	324	76 260	26 803	108 490	3 787
28	Gemeinden (Gv.)	94 752	11 224	51 618	242 480	400 074	55 054
29	S t a d t s t a a t e n ...	70 162	4 353	9 845	90 260	174 620	15 850
30	Hamburg	27 414	1 225	6 765	22 436	57 840	2 303
31	Bremen	5 370	355	1 090	10 122	16 937	2 744
32	Berlin (West)	37 378	2 773	1 990	57 702	99 843	10 803
33	Insgesamt ...	170 076	15 901	163 149	366 340	715 466	74 691

nach Arten und Gebietskörperschaften

einschl. Einrichtungen

jahr 1963

DM

der Vermögensbewegung				Unmittelbare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
-	-	-	-	32 282	18 012	50 294	50 294	1
394	-	180	2 978	27 819	11	27 830	26 676	2
19	-	-	223	9 201	2 478	11 679	10 517	3
375	-	180	2 755	18 618	24	18 642	16 159	4
995	10	882	8 197	64 535	83	64 618	61 423	5
1	-	-	506	23 936	2 733	26 669	23 971	6
994	10	882	7 691	40 599	21	40 620	37 452	7
2 354	475	896	22 052	189 323	-	189 323	213 296	8
-	-	-	-	1 088	65 857	66 945	61 961	9
2 354	475	896	22 052	188 235	-	188 235	151 335	10
2 221	40	1 421	16 582	69 224	-	69 224	71 464	11
270	-	-	1 870	13 787	7 345	21 132	17 438	12
1 951	40	1 421	14 712	55 437	4	55 441	54 026	13
216	20	68	2 919	32 886	-	32 886	31 775	14
2	-	-	480	15 331	1 659	16 990	13 919	15
214	20	68	2 439	17 555	1 509	19 064	17 856	16
1 094	1 614	883	11 949	111 109	-	111 109	96 635	17
136	1 000	-	2 053	26 076	3 755	29 831	26 602	18
958	614	883	9 896	85 033	19	85 052	70 033	19
1 552	807	274	10 364	82 143	61	82 204	73 712	20
6	807	-	835	20 694	1 596	22 290	15 151	21
1 546	-	274	9 529	61 449	2	61 451	58 561	22
10	-	-	206	6 772	-	6 772	7 008	23
-	-	-	61	4 405	465	4 870	4 743	24
10	-	-	145	2 367	21	2 388	2 265	25
8 836	2 966	4 604	75 247	583 811	144	583 955	581 989	26
434	1 807	-	6 028	114 518	85 877	200 395	174 302	27
8 402	1 159	4 604	69 219	469 293	1 600	470 893	407 687	28
1 310	9	918	18 087	192 707	247	192 954	188 001	29
857	-	185	3 345	61 185	-	61 185	59 158	30
122	9	2	2 877	19 814	7	19 821	19 215	31
331	-	731	11 865	111 708	240	111 948	109 628	32
10 146	2 975	5 522	93 334	808 800	-	808 800	820 284	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

5. Jugendhilfe

d) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	Bund	68	-	26 394	5 090	31 552	-
	Länder						
2	Schleswig-Holstein	7 633	887	8 449	14 116	31 085	2 698
3	Staat	1 630	-	7 593	1 461	10 684	281
4	Gemeinden (Gv.)	6 003	887	856	12 655	20 401	2 417
5	Niedersachsen	11 768	1 543	18 722	47 248	79 281	9 040
6	Staat	1 491	11	10 274	21 819	33 595	85
7	Gemeinden (Gv.)	10 277	1 532	8 448	25 429	45 686	8 955
8	Nordrhein-Westfalen	32 174	4 803	52 315	127 604	216 896	24 061
9	Staat	-	-	689	148	837	-
10	Gemeinden (Gv.)	32 174	4 803	51 626	127 456	216 059	24 061
11	Hessen	20 287	2 259	24 351	17 156	64 053	15 269
12	Staat	172	6	13 361	312	13 851	666
13	Gemeinden (Gv.)	20 115	2 253	10 990	16 844	50 202	14 603
14	Rheinland-Pfalz	3 015	476	18 956	22 225	44 672	6 927
15	Staat	126	8	15 330	8 306	23 770	2 117
16	Gemeinden (Gv.)	2 889	468	3 626	13 919	20 902	4 810
17	Baden-Württemberg	21 462	1 988	29 109	60 980	113 539	10 873
18	Staat	336	38	18 636	3 821	22 831	1 213
19	Gemeinden (Gv.)	21 126	1 950	10 473	57 159	90 708	9 660
20	Bayern	16 521	1 496	21 066	42 633	81 716	6 486
21	Staat	476	33	19 169	416	20 094	9
22	Gemeinden (Gv.)	16 045	1 463	1 897	42 217	61 622	6 477
23	Saarland	939	74	5 081	4 345	10 439	352
24	Staat	366	12	4 726	278	5 382	46
25	Gemeinden (Gv.)	573	62	355	4 067	5 057	306
26	Länder zusammen	113 799	13 526	178 049	336 307	641 681	75 706
27	Staat	4 597	108	89 778	36 561	131 044	4 417
28	Gemeinden (Gv.)	109 202	13 418	88 271	299 746	510 637	71 289
29	Stadtstaaten ...	78 570	4 818	9 561	97 793	190 742	16 572
30	Hamburg	30 868	1 449	6 436	25 653	64 406	2 127
31	Bremen	6 013	386	1 183	11 237	18 819	2 986
32	Berlin (West)	41 689	2 983	1 942	60 903	107 517	11 459
33	Insgesamt ...	192 437	18 344	214 004	439 190	863 975	92 278

nach Arten und Gebietskörperschaften

einschl. Einrichtungen

Jahr 1964

DM

der Vermögensbewegung				Unmittelbare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebietskörperschaften	Gesamtausgaben	Nachrichtlich: Nettoausgaben	Lfd. Nr.
Neuan-schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
-	-	-	-	31 552	16 567	48 119	48 119	1
513	5	214	3 430	34 515	14	34 529	32 949	2
37	-	-	318	11 002	2 419	13 421	12 397	3
476	5	214	3 112	23 513	53	23 566	20 552	4
1 047	180	1 909	12 176	91 457	20	91 477	86 477	5
9	-	-	94	33 689	3 397	37 086	34 502	6
1 038	180	1 909	12 082	57 768	59	57 827	51 975	7
3 373	142	594	28 170	245 066	-	245 066	275 377	8
-	-	-	-	837	79 590	80 427	75 512	9
3 373	142	594	28 170	244 229	-	244 229	199 865	10
1 542	305	2 022	19 138	83 191	3	83 194	88 245	11
30	-	-	696	14 547	13 348	27 895	25 332	12
1 512	305	2 022	18 442	68 644	-	68 644	62 913	13
234	71	249	7 481	52 153	-	52 153	50 226	14
2	60	-	2 179	25 949	2 092	28 041	24 657	15
232	11	249	5 302	26 204	1 622	27 826	25 569	16
1 351	2 219	381	14 824	128 363	-	128 363	121 512	17
15	2 000	-	3 228	26 059	2 551	28 610	25 101	18
1 336	219	381	11 596	102 304	11	102 315	96 411	19
1 237	944	186	8 853	90 569	-	90 569	84 071	20
6	934	-	949	21 043	1 290	22 333	18 510	21
1 231	10	186	7 904	69 526	11	69 537	65 561	22
6	-	-	358	10 797	33	10 830	10 375	23
-	-	-	46	5 428	253	5 681	5 337	24
6	-	-	312	5 369	34	5 403	5 038	25
9 303	3 866	5 555	94 430	736 111	118	736 229	749 232	26
99	2 994	-	7 510	138 554	104 988	243 542	221 348	27
9 204	872	5 555	86 920	597 557	1 790	599 347	527 884	28
1 299	-	1 143	19 014	209 756	361	210 117	206 444	29
724	-	241	3 092	67 498	-	67 498	66 298	30
139	-	-	3 125	21 944	39	21 983	21 203	31
436	-	902	12 797	120 314	322	120 636	118 943	32
10 602	3 866	6 698	113 444	977 419	-	977 419	1 003 795	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

5. Jugendhilfe

e) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben Bauten und große Instand- setzungen
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	
1	Bund	82	-	30 964	61	31 107	-
	Länder						
2	Schleswig-Holstein	8 941	615	9 267	16 743	35 566	2 715
3	Staat	1 969	-	7 963	1 859	11 791	281
4	Gemeinden (Gv.)	6 972	615	1 304	14 884	23 775	2 434
5	Niedersachsen	13 316	1 479	22 801	53 020	90 616	12 953
6	Staat	1 650	27	11 520	22 317	35 514	319
7	Gemeinden (Gv.)	11 666	1 452	11 281	30 703	55 102	12 634
8	Nordrhein-Westfalen	36 858	5 617	55 937	147 916	246 328	23 598
9	Staat	-	-	2 180	312	2 492	-
10	Gemeinden (Gv.)	36 858	5 617	53 757	147 604	243 836	23 598
11	Hessen	23 462	2 066	21 497	24 329	71 354	16 436
12	Staat	317	15	12 375	485	13 192	1 107
13	Gemeinden (Gv.)	23 145	2 051	9 122	23 844	58 162	15 329
14	Rheinland-Pfalz	3 748	577	21 216	27 104	52 645	8 981
15	Staat	143	9	16 728	10 853	27 733	2 223
16	Gemeinden (Gv.)	3 605	568	4 488	16 251	24 912	6 758
17	Baden-Württemberg	25 037	2 331	44 255	73 188	144 811	11 454
18	Staat	689	13	33 923	1 151	35 776	1 007
19	Gemeinden (Gv.)	24 348	2 318	10 332	72 037	109 035	10 447
20	Bayern	19 370	1 596	23 109	48 151	92 226	6 523
21	Staat	525	29	19 650	548	20 752	246
22	Gemeinden (Gv.)	18 845	1 567	3 459	47 603	71 474	6 277
23	Saarland	1 178	152	6 616	5 221	13 167	515
24	Staat	533	69	5 907	356	6 865	64
25	Gemeinden (Gv.)	645	83	709	4 865	6 302	451
26	Länder zusammen	131 910	14 433	204 698	395 672	746 713	83 175
27	Staat	5 826	162	110 246	37 881	154 115	5 247
28	Gemeinden (Gv.)	126 084	14 271	94 452	357 791	592 598	77 928
29	Stadtstaaten	88 602	5 825	10 773	111 287	216 487	12 694
30	Hamburg	34 571	2 190	6 354	29 295	72 410	1 722
31	Bremen	6 783	470	933	13 366	21 552	2 278
32	Berlin (West)	47 248	3 165	3 486	68 626	122 525	8 694
33	Insgesamt ...	220 594	20 258	246 435	507 020	994 307	95 869

nach Arten und Gebietskörperschaften

einschl. Einrichtungen

Jahr 1965

DM

der Vermögensbewegung				Unmittelbare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebietskörperschaften	Gesamtausgaben	Nachrichtliche Nettoausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
-	-	-	-	31 107	18 251	49 358	49 358	1
538	3	52	3 308	38 874	15	38 889	38 152	2
149	-	-	430	12 221	2 272	14 493	13 251	3
389	3	52	2 878	26 653	17	26 670	24 901	4
1 440	436	1 284	16 113	106 729	-	106 729	101 702	5
1	-	-	320	35 834	3 245	39 079	36 357	6
1 439	436	1 284	15 793	70 895	49	70 944	65 345	7
3 108	1 896	912	29 514	275 842	-	275 842	307 892	8
-	-	-	-	2 492	83 363	85 855	79 494	9
3 108	1 896	912	29 514	273 350	-	273 350	228 398	10
1 823	117	926	19 302	90 656	-	90 656	94 009	11
247	-	-	1 354	14 546	13 563	28 109	26 699	12
1 576	117	926	17 948	76 110	14	76 124	67 310	13
382	55	38	9 456	62 101	-	62 101	59 405	14
-	-	-	2 223	29 956	2 577	32 533	29 423	15
382	55	38	7 233	32 145	1 772	33 917	29 982	16
1 312	3 023	565	16 354	161 165	-	161 165	151 619	17
13	3 017	-	4 037	39 813	2 146	41 959	39 506	18
1 299	6	565	12 317	121 352	1	121 353	112 113	19
1 138	1 900	32	9 593	101 819	-	101 819	97 310	20
14	1 880	-	2 140	22 892	1 715	24 607	20 417	21
1 124	20	32	7 453	78 927	5	78 932	76 893	22
53	-	10	578	13 745	464	14 209	14 095	23
40	-	-	104	6 969	1 072	8 041	7 993	24
13	-	10	474	6 776	15	6 791	6 102	25
9 794	7 430	3 819	104 218	850 931	154	851 085	864 184	26
464	4 897	-	10 608	164 723	109 628	274 351	253 140	27
9 330	2 533	3 819	93 610	686 208	1 873	688 081	611 044	28
1 877	37	542	15 150	231 637	530	232 167	227 770	29
1 025	-	89	2 836	75 246	101	75 347	73 193	30
286	-	-	2 564	24 116	49	24 165	23 426	31
566	37	453	9 750	132 275	380	132 655	131 151	32
11 671	7 467	4 361	119 368	1 113 675	.	1 113 675	1 141 312	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

6. Verwaltung der

a) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben Bauten und große Instand- setzungen
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	
1	Bund	2 786	25	14 000	421	17 232	23
	Länder						
2	Schleswig-Holstein	22 907	70	352	2 220	25 549	6
3	Staat	4 130	1	247	378	4 756	-
4	Gemeinden (Gv.)	18 777	69	105	1 842	20 793	6
5	Niedersachsen	60 881	177	147	6 721	67 926	14
6	Staat	8 623	39	-	1 139	9 801	4
7	Gemeinden (Gv.)	52 258	138	147	5 582	58 125	10
8	Nordrhein-Westfalen	115 832	742	1	11 603	128 178	53
9	Staat	2 600	7	-	386	2 993	-
10	Gemeinden (Gv.)	113 232	735	1	11 217	125 185	53
11	Hessen	39 476	95	28	4 649	44 248	410
12	Staat	4 472	2	-	887	5 361	-
13	Gemeinden (Gv.)	35 004	93	28	3 762	38 887	410
14	Rheinland-Pfalz	18 989	68	196	2 093	21 346	30
15	Staat	2 004	18	177	237	2 436	10
16	Gemeinden (Gv.)	16 985	50	19	1 856	18 910	20
17	Baden-Württemberg	49 216	237	33	5 494	54 980	178
18	Staat	4 431	-	1	569	5 001	-
19	Gemeinden (Gv.)	44 785	237	32	4 925	49 979	178
20	Bayern	67 320	230	303	7 782	75 635	65
21	Staat	24 294	93	303	3 689	28 379	-
22	Gemeinden (Gv.)	43 026	137	-	4 093	47 256	65
23	Saarland	3 063	46	-	229	3 338	6
24	Staat	-	-	-	-	-	-
25	Gemeinden (Gv.)	3 063	46	-	229	3 338	6
26	Länder zusammen	377 684	1 665	1 060	40 791	421 200	762
27	Staat	50 554	160	728	7 285	58 727	14
28	Gemeinden (Gv.)	327 130	1 505	332	33 506	362 473	748
29	Stadtstaaten ...	105 573	330	3	13 295	119 201	415
30	Hamburg	34 995	251	2	3 547	38 795	378
31	Bremen	10 283	79	1	1 604	11 967	37
32	Berlin (West)	60 295	-	-	8 144	68 439	-
33	Insgesamt ...	486 043	2 020	15 063	54 507	557 633	1 205

nach Arten und Gebietskörperschaften

sozialen Angelegenheiten

jahr 1961

DM

der Vermögensbewegung				Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
10	-	-	38	17 270	183 956	201 226	201 226	1
92	135	-	233	25 782	-	25 782	15 056	2
3	-	-	3	4 759	7 414	12 173	816	3
89	135	-	230	21 023	47	21 070	14 240	4
379	4	-	397	68 323	-	68 323	41 822	5
20	-	-	24	9 825	22 660	32 485	5 563	6
359	4	-	373	58 498	-	58 498	36 259	7
755	-	-	808	128 986	-	128 986	66 016	8
6	-	-	6	2 999	59 629	62 628	+ 2 260	9
749	-	-	802	125 987	-	125 987	68 276	10
322	-	-	732	44 980	-	44 980	28 894	11
-	-	-	-	5 361	12 820	18 181	1 749	12
322	-	-	732	39 619	4	39 623	27 145	13
129	-	-	159	21 505	-	21 505	16 549	14
13	-	-	23	2 459	4 522	6 981	1 953	15
116	-	-	136	19 046	-	19 046	14 596	16
576	19	-	773	55 753	-	55 753	39 435	17
25	-	-	25	5 026	-	5 026	2 077	18
551	19	-	748	50 727	-	50 727	37 358	19
476	-	-	541	76 176	-	76 176	56 344	20
137	-	-	137	28 516	18 459	46 975	26 015	21
339	-	-	404	47 660	10	47 670	30 329	22
57	-	-	63	3 401	-	3 401	2 911	23
-	-	-	-	-	-	-	+ 229	24
57	-	-	63	3 401	-	3 401	3 140	25
2 786	158	-	3 706	424 906	1	424 907	267 027	26
204	-	-	218	58 945	125 505	184 450	35 684	27
2 582	158	-	3 488	365 961	61	366 022	231 343	28
364	-	-	779	119 980	-	119 980	99 433	29
296	-	-	674	39 469	-	39 469	30 270	30
68	-	-	105	12 072	-	12 072	10 162	31
-	-	-	-	68 439	-	68 439	59 001	32
3 160	158	-	4 523	562 156	.	562 156	567 686	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

6. Verwaltung der

b) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	Bund	2 812	18	18 813	260	21 903	18
	Länder						
2	Schleswig-Holstein	23 560	58	384	2 305	26 307	10
3	Staat	4 048	-	242	305	4 595	-
4	Gemeinden (Gv.)	19 512	58	142	2 000	21 712	10
5	Niedersachsen	63 558	186	181	7 109	71 034	57
6	Staat	8 907	25	-	1 236	10 168	13
7	Gemeinden (Gv.)	54 651	161	181	5 873	60 866	44
8	Nordrhein-Westfalen	122 142	945	-	11 972	135 059	25
9	Staat	2 639	6	-	335	2 980	8
10	Gemeinden (Gv.)	119 503	939	-	11 637	132 079	17
11	Hessen	42 674	52	24	5 169	47 919	1 584
12	Staat	4 676	3	-	1 050	5 729	-
13	Gemeinden (Gv.)	37 998	49	24	4 119	42 190	1 584
14	Rheinland-Pfalz	19 857	104	167	2 166	22 294	25
15	Staat	2 093	31	148	271	2 543	20
16	Gemeinden (Gv.)	17 764	73	19	1 895	19 751	5
17	Baden-Württemberg	49 400	300	1	5 890	55 591	211
18	Staat	2 876	-	1	424	3 301	-
19	Gemeinden (Gv.)	46 524	300	-	5 466	52 290	211
20	Bayern	69 115	292	333	8 496	78 236	165
21	Staat	25 041	74	333	4 056	29 504	11
22	Gemeinden (Gv.)	44 074	218	-	4 440	48 732	154
23	Saarland	3 417	54	-	271	3 742	7
24	Staat	-	-	-	-	-	-
25	Gemeinden (Gv.)	3 417	54	-	271	3 742	7
26	Länder zusammen	393 723	1 991	1 090	43 378	440 182	2 084
27	Staat	50 280	139	724	7 677	58 820	52
28	Gemeinden (Gv.)	343 443	1 852	366	35 701	381 362	2 032
29	Stadtstaaten ...	112 026	300	3	13 978	126 307	568
30	Hamburg	36 479	239	2	4 094	40 814	504
31	Bremen	12 219	61	1	1 128	13 409	53
32	Berlin (West)	63 328	-	-	8 756	72 084	11
33	Insgesamt ...	508 561	2 309	19 906	57 616	588 392	2 670

nach Arten und Gebietskörperschaften

sozialen Angelegenheiten

jahr 1962

DM

der Vermögensbewegung				Unmittelbare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
7	-	-	25	21 928	205 055	226 983	226 983	1
89	121	-	220	26 527	-	26 527	8 820	2
-	-	-	-	4 595	15 145	19 740	1 376	3
89	121	-	220	21 932	43	21 975	7 444	4
498	-	-	555	71 589	-	71 589	34 624	5
38	-	-	51	10 219	34 093	44 312	5 730	6
460	-	-	504	61 370	-	61 370	28 894	7
791	-	-	816	135 875	-	135 875	94 678	8
-	-	-	8	2 988	37 843	40 831	+ 527	9
791	-	-	808	132 887	-	132 887	95 205	10
438	11	-	2 033	49 952	-	49 952	31 426	11
6	8	-	14	5 743	16 638	22 381	3 100	12
432	3	-	2 019	44 209	-	44 209	28 326	13
143	1	-	169	22 463	-	22 463	13 496	14
12	-	-	32	2 575	10 779	13 354	1 842	15
131	1	-	137	19 888	20	19 908	11 654	16
550	92	-	853	56 444	-	56 444	30 406	17
17	-	-	17	3 318	14	3 332	796	18
533	92	-	836	53 126	-	53 126	29 610	19
369	-	-	534	78 770	-	78 770	57 695	20
48	-	-	59	29 563	26 386	55 949	33 757	21
321	-	-	475	49 207	14	49 221	23 938	22
41	-	-	48	3 790	-	3 790	3 116	23
-	-	-	-	-	-	-	+ 297	24
41	-	-	48	3 790	-	3 790	3 413	25
2 919	225	-	5 228	445 410	1	445 411	274 261	26
121	8	-	181	59 001	140 899	199 900	45 777	27
2 798	217	-	5 047	386 409	77	386 486	228 484	28
72	-	-	640	126 947	2 000	128 947	102 839	29
37	-	-	541	41 355	-	41 355	28 139	30
23	-	-	76	13 485	2 000	15 485	13 554	31
12	-	-	23	72 107	-	72 107	61 146	32
2 998	225	-	5 893	594 285	.	594 285	604 083	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

6. Verwaltung der

c) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	B u n d	2 919	16	26 483	262	29 680	17
	L ä n d e r						
2	Schleswig-Holstein	27 886	72	330	2 803	31 091	178
3	Staat	4 120	2	242	299	4 663	151
4	Gemeinden (Gv.)	23 766	70	88	2 504	26 428	27
5	Niedersachsen	75 837	319	184	8 664	85 004	31
6	Staat	8 342	29	-	1 117	9 488	24
7	Gemeinden (Gv.)	67 495	290	184	7 547	75 516	7
8	Nordrhein-Westfalen	160 278	1 348	-	16 149	177 775	44
9	Staat	2 307	-	-	281	2 588	-
10	Gemeinden (Gv.)	157 971	1 348	-	15 868	175 187	44
11	Hessen	54 773	94	49	6 523	61 439	3 970
12	Staat	4 282	17	17	973	5 289	-
13	Gemeinden (Gv.)	50 491	77	32	5 550	56 150	3 970
14	Rheinland-Pfalz	26 093	150	175	2 933	29 351	19
15	Staat	2 387	32	145	319	2 883	18
16	Gemeinden (Gv.)	23 706	118	30	2 614	26 468	1
17	Baden-Württemberg	68 000	302	7	7 758	76 067	661
18	Staat	2 984	-	1	419	3 404	-
19	Gemeinden (Gv.)	65 016	302	6	7 339	72 663	661
20	Bayern	83 251	257	143	9 727	93 378	40
21	Staat	22 175	40	141	3 649	26 005	-
22	Gemeinden (Gv.)	61 076	217	2	6 078	67 373	40
23	Saarland	5 175	44	-	474	5 693	-
24	Staat	421	-	-	63	484	-
25	Gemeinden (Gv.)	4 754	44	-	411	5 209	-
26	Länder zusammen	501 293	2 586	888	55 031	559 798	4 943
27	Staat	47 018	120	546	7 120	54 804	193
28	Gemeinden (Gv.)	454 275	2 466	342	47 911	504 994	4 750
29	S t a d t s t a a t e n ...	121 711	331	12	15 290	137 344	287
30	Hamburg	41 722	314	12	4 322	46 370	239
31	Bremen	12 016	17	-	889	12 922	48
32	Berlin (West)	67 973	-	-	10 079	78 052	-
33	Insgesamt ...	625 923	2 933	27 383	70 583	726 822	5 247

nach Arten und Gebietskörperschaften

sozialen Angelegenheiten

jahr 1963

DM

der Vermögensbewegung				Unmittelbare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
-	-	-	17	29 697	217 013	246 710	246 710	1
144	8	-	330	31 421	-	31 421	20 566	2
-	-	-	151	4 814	-	4 814	1 599	3
144	8	-	179	26 607	73	26 680	18 967	4
529	-	-	560	85 564	-	85 564	59 617	5
50	-	-	74	9 562	21 793	31 355	5 349	6
479	-	-	486	76 002	10	76 012	54 268	7
1 172	-	4	1 220	178 995	-	178 995	136 831	8
-	-	-	-	2 588	38 641	41 229	+ 829	9
1 172	-	4	1 220	176 407	-	176 407	137 660	10
390	14	6	4 380	65 819	-	65 819	49 289	11
-	4	-	4	5 293	12 668	17 961	2 276	12
390	10	6	4 376	60 526	5	60 531	47 013	13
206	-	-	225	29 576	-	29 576	16 312	14
13	-	-	31	2 914	9 958	12 872	1 970	15
193	-	-	194	26 662	4	26 666	14 342	16
743	82	74	1 560	77 627	-	77 627	53 872	17
5	-	-	5	3 409	15 558	18 967	721	18
738	82	74	1 555	74 218	-	74 218	53 151	19
539	-	-	579	93 957	-	93 957	30 442	20
5	-	-	5	26 010	23 179	49 189	+ 14 452	21
534	-	-	574	67 947	21	67 968	44 894	22
32	-	-	32	5 725	-	5 725	5 049	23
-	-	-	-	484	-	484	183	24
32	-	-	32	5 241	-	5 241	4 866	25
3 755	104	84	8 886	568 684	1	568 685	371 978	26
73	4	-	270	55 074	121 798	176 872	+ 3 183	27
3 682	100	84	8 616	513 610	113	513 723	375 161	28
120	-	-	407	137 751	-	137 751	111 481	29
83	-	-	322	46 692	-	46 692	36 888	30
37	-	-	85	13 007	-	13 007	7 615	31
-	-	-	-	78 052	-	78 052	66 978	32
3 875	104	84	9 310	736 132	.	736 132	730 169	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

6. Verwaltung der

d) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben Bauten und große Instand- setzungen
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	
1	Grund	3 132	20	12 063	255	15 490	14
	Länder						
2	Schleswig-Holstein	29 117	84	299	2 850	32 350	90
3	Staat	3 954	2	214	232	4 402	1
4	Gemeinden (Gv.)	25 163	82	85	2 618	27 948	89
5	Niedersachsen	80 133	344	244	9 292	90 013	55
6	Staat	9 112	53	-	1 206	10 371	7
7	Gemeinden (Gv.)	71 021	291	244	8 086	79 642	48
8	Nordrhein-Westfalen	170 167	988	-	18 146	189 301	39
9	Staat	2 437	1	-	265	2 703	-
10	Gemeinden (Gv.)	167 730	987	-	17 881	186 598	39
11	Hessen	57 796	132	47	6 801	64 776	1 678
12	Staat	4 454	32	-	914	5 400	-
13	Gemeinden (Gv.)	53 342	100	47	5 887	59 376	1 678
14	Rheinland-Pfalz	27 970	131	188	3 235	31 524	24
15	Staat	2 772	44	144	398	3 358	24
16	Gemeinden (Gv.)	25 198	87	44	2 837	28 166	-
17	Baden-Württemberg	73 367	349	2	8 505	82 223	258
18	Staat	1 675	-	-	219	1 894	-
19	Gemeinden (Gv.)	71 692	349	2	8 286	80 329	258
20	Bayern	87 960	290	320	10 011	98 581	50
21	Staat	23 134	23	320	3 737	27 214	-
22	Gemeinden (Gv.)	64 826	267	-	6 274	71 367	50
23	Saarland	5 610	58	-	574	6 242	9
24	Staat	433	-	-	112	545	-
25	Gemeinden (Gv.)	5 177	58	-	462	5 697	9
26	Länder zusammen	532 120	2 376	1 100	59 414	595 010	2 203
27	Staat	47 971	155	678	7 083	55 887	32
28	Gemeinden (Gv.)	484 149	2 221	422	52 331	539 123	2 171
29	Stadtstaaten ...	127 145	291	2	15 783	143 221	275
30	Hamburg	44 240	270	2	4 164	48 676	179
31	Bremen	12 362	21	-	1 038	13 421	96
32	Berlin (West)	70 543	-	-	10 581	81 124	-
33	Insgesamt ...	662 397	2 687	13 185	75 452	753 721	2 492

nach Arten und Gebietskörperschaften

sozialen Angelegenheiten

jahr 1964

DM

der Vermögensbewegung				Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
-	-	-	14	15 504	232 746	248 250	248 250	1
161	25	-	276	32 626	-	32 626	21 269	2
5	-	-	6	4 408	8 303	12 711	1 109	3
156	25	-	270	28 218	46	28 264	20 160	4
499	3	-	557	90 570	-	90 570	57 249	5
42	-	-	49	10 420	28 612	39 032	5 404	6
457	3	-	508	80 150	10	80 160	51 845	7
966	-	-	1 005	190 306	-	190 306	146 273	8
-	-	-	-	2 703	40 121	42 824	+ 808	9
966	-	-	1 005	187 603	-	187 603	147 081	10
1 131	-	-	2 809	67 585	-	67 585	48 305	11
3	-	-	3	5 403	17 306	22 709	2 502	12
1 128	-	-	2 806	62 182	1	62 183	45 803	13
256	63	-	343	31 867	-	31 867	24 074	14
56	60	-	140	3 498	6 561	10 059	2 538	15
200	3	-	203	28 369	4	28 373	21 536	16
722	9	-	989	83 212	-	83 212	55 098	17
-	-	-	-	1 894	25 935	27 829	+ 627	18
722	9	-	989	81 318	-	81 318	55 725	19
544	-	-	594	99 175	-	99 175	57 895	20
3	-	-	3	27 217	20 334	47 551	6 395	21
541	-	-	591	71 958	19	71 977	51 500	22
25	-	-	34	6 276	-	6 276	5 605	23
-	-	-	-	545	-	545	262	24
25	-	-	34	5 731	-	5 731	5 343	25
4 304	100	-	6 607	601 617	-	601 617	415 768	26
109	60	-	201	56 088	147 172	203 260	16 775	27
4 195	40	-	6 406	545 529	80	545 609	398 993	28
140	-	-	415	143 636	-	143 636	113 445	29
92	-	-	271	48 947	-	48 947	40 499	30
44	-	-	140	13 561	-	13 561	7 086	31
4	-	-	4	81 128	-	81 128	65 860	32
4 444	100	-	7 036	760 757	.	760 757	777 463	33

B. Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe

6. Verwaltung der sozialen

e) Rechnungs

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	Bund	3 331	28	12 885	691	16 935	72
	Länder						
2	Schleswig-Holstein	31 332	73	320	2 944	34 669	52
3	Staat	4 160	3	232	295	4 690	-
4	Gemeinden (Gv.)	27 172	70	88	2 649	29 979	52
5	Niedersachsen	88 303	313	218	10 043	98 877	24
6	Staat	10 640	35	-	1 232	11 907	14
7	Gemeinden (Gv.)	77 663	278	218	8 811	86 970	10
8	Nordrhein-Westfalen	189 773	1 515	-	18 639	209 927	21
9	Staat	2 467	1	-	255	2 723	-
10	Gemeinden (Gv.)	187 306	1 514	-	18 384	207 204	21
11	Hessen	63 489	212	24	6 889	70 614	279
12	Staat	4 616	2	-	899	5 517	-
13	Gemeinden (Gv.)	58 873	210	24	5 990	65 097	279
14	Rheinland-Pfalz	31 168	110	291	3 567	35 136	35
15	Staat	3 258	43	250	526	4 077	18
16	Gemeinden (Gv.)	27 910	67	41	3 041	31 059	17
17	Baden-Württemberg	82 033	474	2	9 833	92 342	222
18	Staat	1 916	-	-	228	2 144	-
19	Gemeinden (Gv.)	80 117	474	2	9 605	90 198	222
20	Bayern	73 076	229	238	9 147	82 690	84
21	Staat	2 597	-	238	2 226	5 061	-
22	Gemeinden (Gv.)	70 479	229	-	6 921	77 629	84
23	Saarland	6 727	75	-	742	7 544	-
24	Staat	856	28	-	177	1 061	-
25	Gemeinden (Gv.)	5 871	47	-	565	6 483	-
26	Länder zusammen	565 901	3 001	1 093	61 804	631 799	717
27	Staat	30 510	112	720	5 838	37 180	32
28	Gemeinden (Gv.)	535 391	2 889	373	55 966	594 619	685
29	Stadtstaaten	135 999	393	8	17 196	153 596	368
30	Hamburg	43 632	363	8	4 592	48 595	292
31	Bremen	14 292	30	-	1 052	15 374	76
32	Berlin (West)	78 075	-	-	11 552	89 627	-
33	Insgesamt ...	705 231	3 422	13 986	79 691	802 330	1 157

nach Arten und Gebietskörperschaften

Angelegenheiten

Jahr 1965

DM

der Vermögensbewegung				Unmittelbare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
-	-	-	72	17 007	193 153	210 160	210 160	1
148	19	-	219	34 888	-	34 888	23 901	2
5	-	-	5	4 695	8 435	13 130	2 028	3
143	19	-	214	30 193	45	30 238	21 873	4
538	7	-	569	99 446	-	99 446	68 459	5
25	-	-	39	11 946	28 421	40 367	8 375	6
513	7	-	530	87 500	46	87 546	60 084	7
878	-	-	899	210 826	-	210 826	167 018	8
-	-	-	-	2 723	39 538	42 261	+ 792	9
878	-	-	899	208 103	-	208 103	167 810	10
458	19	-	756	71 370	-	71 370	53 696	11
5	-	-	5	5 522	14 724	20 246	2 690	12
453	19	-	751	65 848	1	65 849	51 006	13
287	-	-	322	35 458	-	35 458	25 751	14
62	-	-	80	4 157	9 215	13 372	3 375	15
225	-	-	242	31 301	6	31 307	22 376	16
926	5	-	1 153	93 495	-	93 495	69 787	17
2	-	-	2	2 146	24 026	26 172	+ 544	18
924	5	-	1 151	91 349	-	91 349	70 331	19
639	3	15	741	83 431	-	83 431	51 295	20
-	-	-	-	5 061	18 782	23 843	+ 8 730	21
639	3	15	741	78 370	36	78 406	60 025	22
34	-	-	34	7 578	2	7 580	6 862	23
-	-	-	-	1 061	2	1 063	773	24
34	-	-	34	6 517	-	6 517	6 089	25
3 908	53	15	4 693	636 492	-	636 492	466 769	26
99	-	-	131	37 311	143 141	180 452	7 175	27
3 809	53	15	4 562	599 181	134	599 315	459 594	28
128	-	-	496	154 092	-	154 092	129 423	29
84	-	-	376	48 971	-	48 971	40 582	30
40	-	-	116	15 490	-	15 490	10 530	31
4	-	-	4	89 631	-	89 631	78 311	32
4 036	53	15	5 261	807 591	.	807 591	806 352	33

C. Kriegsoffer

1. Ausgaben für Kriegsofferversorgung, Unterhaltsbeihilfen für dienststellen und Einrichtungen

1 000

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Kriegsofferversorgung, Unter- haltsbeihilfen für Angehörige von ehemaligen Kriegsgefangenen					Ausgaben Einrich	
							Dienststellen und Einrichtungen	
		1961	1962	1963	1964	1965	1961	1962
1	Bund	4 216 491	4 170 538	3 927 931	4 734 282	5 140 351	14 894	17 430
2	Länder zusammen	9 392	1 140	130	--	--	239 603	249 126
3	Schleswig-Holstein	--	--	--	--	--	9 008	8 878
4	Niedersachsen	--	--	107	--	--	33 855	36 161
5	Nordrhein-Westfalen	8 550	--	--	--	--	49 790	50 668
6	Hessen	--	2	--	--	--	20 650	21 856
7	Rheinland-Pfalz	--	--	--	--	--	11 978	12 438
8	Baden-Württemberg	--	--	--	--	--	30 537	32 393
9	Bayern	--	--	--	--	--	58 774	61 297
10	Saarland	245	284	--	--	--	4 149	4 216
11	Hamburg	--	--	--	--	--	6 179	6 361
12	Bremen	530	98	--	--	--	2 609	2 627
13	Berlin (West)	67	756	23	--	--	12 074	12 231
14	Insgesamt	4 225 883	4 171 678	3 928 061	4 734 282	5 140 351	254 497	266 556

versorgung

Angehörige von ehemaligen Kriegsgefangenen, Versorgungs-
(Nachrichtlich: Leistungen nach G 131)

DM

der Versorgungsdienststellen und tungen der Kriegsoferversorgung						Nachrichtlich					Lfd. Nr.
Dienst- stellen	Ein- richtungen	Dienst- stellen	Ein- richtungen	Dienst- stellen	Ein- richtungen	Versorgungsleistungen nach G 131 öffentlicher Dienst und Berufssoldaten					
1963		1964		1965		1961	1962	1963	1964	1965	
152	16 710	314	20 780	196	22 061	1 708 677	1 940 726	2 071 803	2 197 864	2 327 750	1
207 877	55 377	219 686	57 847	239 377	61 199	+ 167 545	+ 162 218	+ 84 171	+ 199 972	+ 278 246	2
9 548	-	10 262	-	10 827	10	+ 26 729	+ 27 283	+ 24 118	+ 29 441	+ 36 739	3
24 727	13 055	25 201	13 494	27 033	14 130	+ 70 308	+ 50 839	+ 50 449	+ 62 028	+ 80 337	4
52 671	200	56 073	200	63 585	220	+ 7 530	+ 8 442	- 3 313	+ 21 602	+ 11 620	5
21 094	2 400	24 059	2 529	26 136	2 872	+ 14 562	+ 19 057	+ 14 261	+ 13 768	+ 29 311	6
12 083	817	12 843	951	13 889	974	+ 2 884	+ 7 699	- 468	+ 10 669	+ 12 724	7
24 702	10 165	27 074	9 208	29 175	9 393	+ 19 120	+ 19 356	+ 1 049	+ 1 029	+ 32 126	8
37 560	26 806	37 844	29 308	39 892	31 113	+ 20 553	+ 22 760	-	+ 36 031	+ 41 012	9
4 083	530	4 447	589	4 872	685	0	+ 1 232	+ 500	+ 3 009	+ 2 740	10
5 894	1 298	5 707	1 358	6 326	1 571	+ 5 859	+ 5 550	- 710	-	- 897	11
2 759	106	2 969	118	3 363	132	-	-	- 882	+ 3 214	+ 2 052	12
12 756	-	13 207	92	14 279	99	-	-	- 833	+ 19 181	+ 30 482	13
208 029	72 087	220 000	78 627	239 573	83 260	1 541 132	1 778 508	1 987 632	1 997 892	2 049 504	14

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	B u n d	4 256	23	6 262 355	80 782	6 347 416	73
	L ä n d e r						
2	Schleswig-Holstein	3 440	4	767	932	5 143	-
3	Staat	3 440	4	767	932	5 143	-
4	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
5	Niedersachsen	9 381	51	1	4 003	13 436	2
6	Staat	9 381	51	1	4 003	13 436	2
7	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
8	Nordrhein-Westfalen	22 860	119	-	10 897	33 876	2 030
9	Staat	22 860	119	-	10 897	33 876	2 030
10	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
11	Hessen	10 968	51	26	3 289	14 334	2 970
12	Staat	10 968	51	26	3 289	14 334	2 970
13	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
14	Rheinland-Pfalz	4 523	75	54	1 623	6 275	39
15	Staat	4 523	75	54	1 623	6 275	39
16	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
17	Baden-Württemberg	10 376	91	119	3 342	13 928	288
18	Staat	10 376	91	119	3 342	13 928	288
19	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
20	Bayern	15 541	114	35	4 869	20 559	1 181
21	Staat	15 541	114	35	4 869	20 559	1 181
22	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
23	Saarland	1 697	9	1 422	2 414	5 542	-
24	Staat	1 697	9	1 422	2 414	5 542	-
25	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
26	Länder zusammen	78 786	514	2 424	31 369	113 093	6 510
27	Staat	78 786	514	2 424	31 369	113 093	6 510
28	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
29	S t a d t s t a a t e n ...	13 212	34	96 237	42 072	151 555	3 363
30	Hamburg	4 265	10	-	1 403	5 678	-
31	Bremen	1 604	23	950	370	2 947	12
32	Berlin (West)	7 343	1	95 287	40 299	142 930	3 351
33	Insgesamt ...	96 254	571	6 361 016	154 223	6 612 064	9 946

Sozialversicherung

versicherung zusammen

jahr 1961

DM

der Vermögensbewegung				Unmittelbare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
39	2 720	-	2 832	6 350 248	109 629	6 459 877	6 455 491	1
24	-	25	49	5 192	-	5 192	5 624	2
24	-	25	49	5 192	1 831	7 023	5 624	3
-	-	-	-	-	-	-	-	4
69	-	-	71	13 507	-	13 507	13 497	5
69	-	-	71	13 507	-	13 507	13 497	6
-	-	-	-	-	-	-	-	7
623	-	-	2 653	36 529	-	36 529	22 381	8
623	-	-	2 653	36 529	-	36 529	22 381	9
-	-	-	-	-	-	-	-	10
229	23	45	3 267	17 601	8	17 609	16 093	11
229	23	45	3 267	17 601	95	17 696	16 093	12
-	-	-	-	-	-	-	-	13
35	-	-	74	6 349	-	6 349	6 349	14
35	-	-	74	6 349	-	6 349	6 349	15
-	-	-	-	-	-	-	-	16
306	-	-	594	14 522	-	14 522	14 487	17
306	-	-	594	14 522	12	14 534	14 487	18
-	-	-	-	-	-	-	-	19
139	-	-	1 320	21 879	-	21 879	21 579	20
139	-	-	1 320	21 879	-	21 879	21 579	21
-	-	-	-	-	-	-	-	22
34	-	-	34	5 576	-	5 576	5 576	23
34	-	-	34	5 576	-	5 576	5 576	24
-	-	-	-	-	-	-	-	25
1 459	23	70	8 062	121 155	-	121 155	105 586	26
1 459	23	70	8 062	121 155	1 930	123 085	105 586	27
-	-	-	-	-	-	-	-	28
59	-	-	3 422	154 977	-	154 977	59 624	29
19	-	-	19	5 697	-	5 697	5 686	30
13	-	-	25	2 972	-	2 972	2 972	31
27	-	-	3 378	146 308	-	146 308	50 966	32
1 557	2 743	70	14 316	6 626 380	.	6 626 380	6 620 701	33

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	B u n d	4 398	70	6 652 929	47 644	6 705 041	12
2	ERP-Sondervermögen	-	-	-	-	-	-
	L ä n d e r						
3	Schleswig-Holstein	3 589	-	5	1 260	4 854	-
4	Staat	3 589	-	5	1 260	4 854	-
5	Gemeinden	-	-	-	-	-	-
6	Niedersachsen	9 751	30	2	4 482	14 265	-
7	Staat	9 751	30	2	4 482	14 265	-
8	Gemeinden	-	-	-	-	-	-
9	Nordrhein-Westfalen	23 868	46	-	15 225	39 139	1 314
10	Staat	23 868	46	-	15 225	39 139	1 314
11	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
12	Hessen	12 002	36	18	4 060	16 116	3 285
13	Staat	12 002	36	18	4 060	16 116	3 285
14	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
15	Rheinland-Pfalz	4 734	120	54	1 989	6 897	20
16	Staat	4 734	120	54	1 989	6 897	20
17	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
18	Baden-Württemberg	11 439	54	141	3 688	15 322	409
19	Staat	11 439	54	141	3 688	15 322	409
20	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
21	Bayern	16 461	141	37	6 733	23 372	2 230
22	Staat	16 461	141	37	6 733	23 372	2 230
23	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
24	Saarland	1 771	6	1 298	754	3 829	9
25	Staat	1 771	6	1 298	754	3 829	9
26	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
27	Länder zusammen	83 615	433	1 555	38 191	123 794	7 267
28	Staat	83 615	433	1 555	38 191	123 794	7 267
29	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
30	S t a d t s t a a t e n ...	13 600	26	71 839	35 291	120 756	2 632
31	Hamburg	4 426	10	-	1 652	6 088	-
32	Bremen	1 655	15	-	390	2 060	-
33	Berlin (West)	7 519	1	71 839	33 249	112 608	2 632
34	Insgesamt ...	101 613	529	6 726 323	121 126	6 949 591	9 911

Sozialversicherung

versicherung zusammen

jahr 1962

DM

der Vermögensbewegung				Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
20	2 423	-	2 455	6 707 496	78 623	6 786 119	6 781 210	1
-	-	-	-	-	10 000	10 000	10 000	2
20	-	-	20	4 874	-	4 874	3 369	3
20	-	-	20	4 874	-	4 874	3 369	4
-	-	-	-	-	-	-	-	5
50	-	-	50	14 315	-	14 315	14 280	6
50	-	-	50	14 315	-	14 315	14 280	7
-	-	-	-	-	-	-	-	8
530	-	-	1 844	40 983	-	40 983	39 286	9
530	-	-	1 844	40 983	-	40 983	39 286	10
-	-	-	-	-	-	-	-	11
321	10	229	3 845	19 961	9	19 970	18 277	12
321	10	229	3 845	19 961	9	19 970	18 277	13
-	-	-	-	-	-	-	-	14
41	-	-	61	6 958	-	6 958	6 958	15
41	-	-	61	6 958	-	6 958	6 958	16
-	-	-	-	-	-	-	-	17
303	-	-	712	16 034	-	16 034	16 034	18
303	-	-	712	16 034	-	16 034	16 034	19
-	-	-	-	-	-	-	-	20
123	-	-	2 353	25 725	-	25 725	25 389	21
123	-	-	2 353	25 725	-	25 725	25 389	22
-	-	-	-	-	-	-	-	23
-	-	-	9	3 838	-	3 838	3 838	24
-	-	-	9	3 838	-	3 838	3 838	25
-	-	-	-	-	-	-	-	26
1 388	10	229	8 894	132 688	-	132 688	127 431	27
1 388	10	229	8 894	132 688	9	132 697	127 431	28
-	-	-	-	-	-	-	-	29
21	-	-	2 653	123 409	-	123 409	41 724	30
1	-	-	1	6 089	-	6 089	6 088	31
9	-	-	9	2 069	-	2 069	2 069	32
11	-	-	2 643	115 251	-	115 251	33 567	33
1 429	2 433	229	14 002	6 963 593	.	6 963 593	6 960 365	34

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	B u n d	4 232	6	7 469 623	81 651	7 555 512	24
2	ERP-Sondervermögen	-	-	-	-	-	-
	L ä n d e r						
3	Schleswig-Holstein	1 132	-	283	1 373	2 788	-
4	Staat	1 132	-	283	1 373	2 788	-
5	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
6	Niedersachsen	3 134	-	1	4 671	7 806	-
7	Staat	3 134	-	1	4 671	7 806	-
8	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
9	Nordrhein-Westfalen	10 603	51	-	6 330	16 984	440
10	Staat	10 603	51	-	6 330	16 984	440
11	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
12	Hessen	8 376	24	320	5 884	14 604	2 141
13	Staat	8 376	24	320	5 884	14 604	2 141
14	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
15	Rheinland-Pfalz	1 767	132	54	2 321	4 274	18
16	Staat	1 767	132	54	2 321	4 274	18
17	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
18	Baden-Württemberg	4 646	34	487	4 358	9 525	50
19	Staat	4 646	34	487	4 358	9 525	50
20	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
21	Bayern	5 234	82	425	7 039	12 780	1 281
22	Staat	5 234	82	425	7 039	12 780	1 281
23	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
24	Saarland	284	1	4 261	1 250	5 796	-
25	Staat	284	1	4 261	1 250	5 796	-
26	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
27	Länder zusammen	35 176	324	5 831	33 226	74 557	3 930
28	Staat	35 176	324	5 831	33 226	74 557	3 930
29	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
30	S t a d t s t a a t e n ...	6 142	15	59 980	27 968	94 105	1 595
31	Hamburg	3 376	12	32	3 837	7 257	-
32	Bremen	653	2	-	70	725	-
33	Berlin (West)	2 113	1	59 948	24 061	86 123	1 595
34	Insgesamt ...	45 550	345	7 535 434	142 845	7 724 174	5 549

Sozialversicherung

versicherung zusammen

jahr 1963

DM

der Vermögensbewegung				Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
21	6 473	-	6 518	7 562 030	63 788	7 625 818	7 620 807	1
-	-	-	-	-	7 000	7 000	7 000	2
-	-	-	-	2 788	-	2 788	1 191	3
-	-	-	-	2 788	-	2 788	1 191	4
-	-	-	-	-	-	-	-	5
45	-	-	45	7 851	-	7 851	7 833	6
45	-	-	45	7 851	-	7 851	7 833	7
-	-	-	-	-	-	-	-	8
837	-	-	1 277	18 261	-	18 261	21 200	9
837	-	-	1 277	18 261	4 777	23 038	21 200	10
-	-	-	-	-	-	-	-	11
334	28	267	2 770	17 374	-	17 374	15 962	12
334	28	267	2 770	17 374	-	17 374	15 962	13
-	-	-	-	-	-	-	-	14
6	-	-	24	4 298	-	4 298	4 298	15
6	-	-	24	4 298	-	4 298	4 298	16
-	-	-	-	-	-	-	-	17
347	-	-	397	9 922	-	9 922	9 922	18
347	-	-	397	9 922	-	9 922	9 922	19
-	-	-	-	-	-	-	-	20
101	-	-	1 382	14 162	-	14 162	13 818	21
101	-	-	1 382	14 162	-	14 162	13 818	22
-	-	-	-	-	-	-	-	23
-	-	-	-	5 796	-	5 796	5 948	24
-	-	-	-	5 796	152	5 948	5 948	25
-	-	-	-	-	-	-	-	26
1 670	28	267	5 895	80 452	-	80 452	80 172	27
1 670	28	267	5 895	80 452	4 929	85 381	80 172	28
-	-	-	-	-	-	-	-	29
10	-	-	1 605	95 710	-	95 710	28 738	30
3	-	-	3	7 260	-	7 260	7 236	31
-	-	-	-	725	-	725	725	32
7	-	-	1 602	87 725	-	87 725	20 777	33
1 701	6 501	267	14 018	7 738 192	.	7 738 192	7 736 717	34

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	B u n d	4 553	49	8 155 992	84 402	8 244 996	36
2	ERP-Sondervermögen	-	-	-	-	-	-
	L ä n d e r						
3	Schleswig-Holstein	1 239	-	140	2 284	3 663	-
4	Staat	1 239	-	140	2 284	3 663	-
5	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
6	Niedersachsen	3 385	-	1	6 234	9 620	-
7	Staat	3 385	-	1	6 234	9 620	-
8	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
9	Nordrhein-Westfalen	11 651	28	3	7 300	18 982	284
10	Staat	11 651	28	3	7 300	18 982	284
11	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
12	Hessen	9 373	33	318	6 471	16 195	2 770
13	Staat	9 373	33	318	6 471	16 195	2 770
14	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
15	Rheinland-Pfalz	1 909	178	60	3 367	5 514	25
16	Staat	1 909	178	60	3 367	5 514	25
17	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
18	Baden-Württemberg	5 205	85	591	8 817	14 698	-
19	Staat	5 205	85	591	8 817	14 698	-
20	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
21	Bayern	5 809	48	518	8 844	15 219	98
22	Staat	5 809	48	518	8 844	15 219	98
23	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
24	Saarland	311	1	863	1 733	2 908	-
25	Staat	311	1	863	1 733	2 908	-
26	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
27	Länder zusammen	38 882	373	2 494	45 050	86 799	3 177
28	Staat	38 882	373	2 494	45 050	86 799	3 177
29	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
30	S t a d t s t a a t e n ..	7 053	18	65 213	34 305	106 589	1 533
31	Hamburg	3 638	16	23	6 249	9 926	-
32	Bremen	786	1	-	80	867	-
33	Berlin (West)	2 629	1	65 190	27 976	95 796	1 533
34	Insgesamt ...	50 488	440	8 223 699	163 757	8 438 384	4 746

Sozialversicherung

versicherung zusammen

jahr 1964

DM

der Vermögensbewegung				Unmittel- bare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
3	8 318	-	8 357	8 253 353	68 147	8 321 500	8 316 433	1
-	-	-	-	-	5 600	5 600	5 600	2
-	-	-	-	3 663	-	3 663	2 012	3
-	-	-	-	3 663	-	3 663	2 012	4
-	-	-	-	-	-	-	-	5
75	-	-	75	9 695	-	9 695	9 686	6
75	-	-	75	9 695	-	9 695	9 686	7
-	-	-	-	-	-	-	-	8
626	-	-	910	19 892	-	19 892	24 265	9
626	-	-	910	19 892	6 304	26 196	24 265	10
-	-	-	-	-	-	-	-	11
521	-	212	3 503	19 698	-	19 698	18 526	12
521	-	212	3 503	19 698	28	19 726	18 526	13
-	-	-	-	-	-	-	-	14
23	-	-	48	5 562	-	5 562	5 562	15
23	-	-	48	5 562	-	5 562	5 562	16
-	-	-	-	-	-	-	-	17
711	-	-	711	15 409	-	15 409	15 434	18
711	-	-	711	15 409	25	15 434	15 434	19
-	-	-	-	-	-	-	-	20
113	-	-	211	15 430	-	15 430	14 933	21
113	-	-	211	15 430	-	15 430	14 933	22
-	-	-	-	-	-	-	-	23
-	-	-	-	2 908	-	2 908	2 982	24
-	-	-	-	2 908	74	2 982	2 982	25
-	-	-	-	-	-	-	-	26
2 069	-	212	5 458	92 257	-	92 257	93 400	27
2 069	-	212	5 458	92 257	6 431	98 688	93 400	28
-	-	-	-	-	-	-	-	29
159	-	-	1 692	108 281	-	108 281	37 496	30
153	-	-	153	10 079	-	10 079	10 079	31
2	-	-	2	869	-	869	869	32
4	-	-	1 537	97 333	-	97 333	26 548	33
2 231	8 318	212	15 507	8 453 891	.	8 453 891	8 452 929	34

Lfd. Nr.	Gebiets- körperschaft	Verwaltungs- und Zweckausgaben					Ausgaben
		Personal- ausgaben	Unterhaltung u. Instand- setzung v. unbewegl. Vermögen	Zuweisungen an Zweckverbände	Übrige	Zusammen	Bauten und große Instand- setzungen
1	B u n d	5 004	6	9 009 602	107 319	9 121 931	48
2	ERP-Sondervermögen	-	-	-	-	-	-
3	L ä n d e r						
3	Schleswig-Holstein	1 442	-	124	2 295	3 861	-
4	Staat	1 442	-	124	2 295	3 861	-
5	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
6	Niedersachsen	3 788	-	1	7 097	10 886	-
7	Staat	3 788	-	1	7 097	10 886	-
8	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
9	Nordrhein-Westfalen	12 909	21	3	7 629	20 562	499
10	Staat	12 909	21	3	7 629	20 562	499
11	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
12	Hessen	10 762	41	323	7 706	18 832	3 342
13	Staat	10 762	41	323	7 706	18 832	3 342
14	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
15	Rheinland-Pfalz	2 168	183	55	3 837	6 243	18
16	Staat	2 168	183	55	3 837	6 243	18
17	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
18	Baden-Württemberg	6 264	7	529	9 245	16 045	-
19	Staat	6 264	7	529	9 245	16 045	-
20	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
21	Bayern	6 611	68	541	10 025	17 245	91
22	Staat	6 611	68	541	10 025	17 245	91
23	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
24	Saarland	335	1	230	2 035	2 601	-
25	Staat	335	1	230	2 035	2 601	-
26	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
27	Länder zusammen	44 279	321	1 806	49 869	96 275	3 950
28	Staat	44 279	321	1 806	49 869	96 275	3 950
29	Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-
30	S t a d t s t a a t e n	7 636	30	74 411	14 120	96 197	719
31	Hamburg	3 878	24	-	6 501	10 403	11
32	Bremen	871	5	-	143	1 019	6
33	Berlin (West)	2 887	1	74 411	7 476	84 775	702
34	Insgesamt ...	56 919	357	9 085 819	171 308	9 314 403	4 717

Sozialversicherung
versicherung zusammen
jahr 1965
DM

der Vermögensbewegung				Unmittelbare Ausgaben	Zahlungen an andere Gebiets- körperschaften	Gesamt- ausgaben	Nachrichtlich: Netto- ausgaben	Lfd. Nr.
Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Gewährung von Darlehen	Übrige	zusammen					
-	13 180	-	13 228	9 135 159	76 411	9 211 570	9 206 435	1
-	-	-	-	-	5 000	5 000	5 000	2
14	-	-	14	3 875	-	3 875	2 213	3
14	-	-	14	3 875	-	3 875	2 213	4
-	-	-	-	-	-	-	-	5
89	-	-	89	10 975	-	10 975	10 967	6
89	-	-	89	10 975	-	10 975	10 967	7
-	-	-	-	-	-	-	-	8
336	-	-	835	21 397	-	21 397	26 867	9
336	-	-	835	21 397	7 270	28 667	26 867	10
-	-	-	-	-	-	-	-	11
264	-	153	3 759	22 591	-	22 591	21 341	12
264	-	153	3 759	22 591	-	22 591	21 341	13
-	-	-	-	-	-	-	-	14
62	-	-	80	6 323	-	6 323	6 323	15
62	-	-	80	6 323	-	6 323	6 323	16
-	-	-	-	-	-	-	-	17
572	-	-	572	16 617	-	16 617	16 640	18
572	-	-	572	16 617	23	16 640	16 640	19
-	-	-	-	-	-	-	-	20
121	-	-	212	17 457	-	17 457	16 309	21
121	-	-	212	17 457	-	17 457	16 309	22
-	-	-	-	-	-	-	-	23
-	-	-	-	2 601	-	2 601	2 700	24
-	-	-	-	2 601	99	2 700	2 700	25
-	-	-	-	-	-	-	-	26
1 458	-	153	5 561	101 836	-	101 836	103 360	27
1 458	-	153	5 561	101 836	7 392	109 228	103 360	28
-	-	-	-	-	-	-	-	29
204	-	-	923	97 120	-	97 120	17 701	30
146	-	-	157	10 560	-	10 560	10 552	31
11	-	-	17	1 036	-	1 036	1 036	32
47	-	-	749	85 524	-	85 524	6 113	33
1 662	13 180	153	19 712	9 334 115	.	9 334 115	9 332 496	34

D. Arbeit und Sozialversicherung

2. Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, betriebliche Altersfürsorge

Sozialversicherung

1 000 DM

Gebiets- körperschaft	1961	1962	1963	1964	1965
--------------------------	------	------	------	------	------

Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Bund	61 999	41 657	91 244	93 134	90 990
ERP-Sondervermögen	-	10 000	7 000	5 600	5 000
Länder	+ 2 726	+ 5 017	+ 4 735	+ 4 690	+ 4 952
Stadtstaaten	40 970	22 963	18 446	20 335	+ 1 218
Insgesamt ...	100 243	69 603	111 955	114 379	89 820

Betriebliche Altersfürsorge

Bund	29 545	25 528	27 133	27 619	34 400
ERP-Sondervermögen	-	-	-	-	-
Länder	2	1	31	-	-
Stadtstaaten	-	-	-	-	-
Insgesamt ...	29 547	25 529	27 164	27 619	34 400

Sozialversicherung (Zuschüsse)

Bund	6 328 593	6 689 094	7 482 958	8 179 832	9 070 827
ERP-Sondervermögen	-	-	-	-	-
Länder	+ 8 604	1 166	22 763	21 890	25 501
Stadtstaaten	901	168	2 979	8 350	9 383
Insgesamt ...	6 320 890	6 690 428	7 508 700	8 210 072	9 105 711

Versicherungsbehörden

Bund	-	-	4 466	4 920	5 229
ERP-Sondervermögen	-	-	-	-	-
Länder	-	-	3 001	5 157	3 620
Stadtstaaten	-	-	1 713	2 282	2 386
Insgesamt ...	-	-	9 180	12 359	11 235

D. Arbeit und Sozialversicherung

3. Ausgaben für Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht und sonstige Maßnahmen
zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse

1 000 DM

Gebiets- körperschaft	Rechnungsjahr				
	1961	1962	1963	1964	1965
B u n d	30 863	20 312	15 006	10 928	4 989
L ä n d e r					
Schleswig-Holstein	957	1 354	1 703	2 234	2 555
Niedersachsen	3 130	3 688	5 233	6 290	7 104
Nordrhein-Westfalen	10 836	15 896	20 344	22 808	25 058
Hessen	7 560	11 283	13 627	15 716	17 686
Rheinland-Pfalz	1 498	1 929	2 680	3 359	3 937
Baden-Württemberg	4 192	4 970	5 769	10 183	10 934
Bayern	5 611	7 680	9 208	9 607	10 883
Saarland	345	475	548	846	1 034
Länder zusammen	34 129	47 275	59 112	71 043	79 191
S t a d t s t a a t e n ..	4 175	4 753	5 600	6 529	7 150
Hamburg	1 869	2 254	2 828	3 314	3 580
Bremen	394	396	441	553	624
Berlin (West)	1 912	2 103	2 331	2 662	2 946
Insgesamt ...	69 167	72 340	79 718	88 500	91 330

E. Ausgaben für sonstige soziale Maßnahmen

1. Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds

1 000 DM

Gebietskörperschaft	1961	1962	1963	1964	1965
Bund	326 111	169 716	345 867	260 550	353 012
Länder					
Schleswig-Holstein	20 123	20 995	17 318	20 186	22 849
Staat	20 123	20 995	17 318	20 186	22 849
Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-
Niedersachsen	66 176	67 234	71 038	75 966	88 143
Staat	66 176	67 234	71 038	75 966	88 143
Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	303 977	370 131	252 487	291 029	335 865
Staat	303 977	370 131	252 487	291 029	335 865
Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-
Hessen	75 684	98 009	98 402	98 024	109 800
Staat	75 684	98 009	98 402	98 024	109 800
Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-
Rheinland-Pfalz	33 761	38 111	37 584	31 681	40 862
Staat	33 761	38 111	37 584	31 681	40 862
Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-
Baden-Württemberg	120 881	134 991	135 802	126 356	170 169
Staat	120 881	134 991	135 802	126 356	170 169
Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-
Bayern	123 532	204 501	78 068	137 973	155 206
Staat	123 532	204 501	78 068	137 973	155 206
Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-
Saarland	7 416	10 229	8 340	9 194	8 749
Staat	7 416	10 229	8 340	9 194	8 749
Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-
Länder zusammen	751 550	944 201	699 039	790 409	931 643
Staat	751 550	944 201	699 039	790 409	931 643
Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-
Stadtstaaten	117 391	123 885	108 628	109 927	112 838
Hamburg	65 870	64 432	60 034	66 665	62 623
Bremen	13 850	15 431	11 735	14 882	15 142
Berlin (West)	37 671	44 022	36 861	28 380	35 073
Insgesamt ...	1 195 052	1 237 802	1 153 534	1 160 886	1 397 493

E. Ausgaben für sonstige soziale Maßnahmen

2. Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene

1 000 DM

Gebietskörperschaft	1961	1962	1963	1964	1965
Bund	96 623	57 485	38 084	47 869	71 414
Länder					
Schleswig-Holstein	182	105	97	119	113
Staat	182	105	97	119	113
Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-
Niedersachsen	636	342	236	195	213
Staat	552	312	236	195	213
Gemeinden (Gv.)	84	30	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	594	453	197	94	205
Staat	402	241	197	94	205
Gemeinden (Gv.)	192	212	-	-	-
Hessen	860	714	552	409	268
Staat	822	678	552	409	268
Gemeinden (Gv.)	38	36	-	-	-
Rheinland-Pfalz	36	136	45	39	38
Staat	54	48	45	39	38
Gemeinden (Gv.)	+ 18	88	-	-	-
Baden-Württemberg	1 356	1 346	608	476	428
Staat	1 050	896	608	476	428
Gemeinden (Gv.)	306	450	-	-	-
Bayern	1 108	732	+ 463	409	374
Staat	968	605	+ 463	409	374
Gemeinden (Gv.)	140	127	-	-	-
Saarland	485	2 722	412	310	264
Staat	499	2 579	412	310	264
Gemeinden (Gv.)	+ 14	143	-	-	-
Länder zusammen	5 257	6 550	1 684	2 051	1 903
Staat	4 529	5 464	1 684	2 051	1 903
Gemeinden (Gv.)	728	1 086	-	-	-
Stadtstaaten	238	285	63	30	37
Hamburg	150	146	22	18	10
Bremen	57	42	41	12	28
Berlin (West)	31	97	-	-	+ 1
Insgesamt ...	102 118	64 320	39 831	49 950	73 354

E. Ausgaben für sonstige soziale Maßnahmen

3. Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz

1 000 DM

Gebietskörperschaft	1961	1962	1963	1964	1965
Bund	-	-	-	-	-
Länder					
Schleswig-Holstein	42	28	-	-	-
Staat	-	-	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	42	28	-	-	-
Niedersachsen	148	159	-	-	-
Staat	-	-	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	148	159	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	416	526	-	-	-
Staat	-	-	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	416	526	-	-	-
Hessen	47	61	-	-	-
Staat	-	-	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	47	61	-	-	-
Rheinland-Pfalz	146	106	-	-	-
Staat	-	-	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	146	106	-	-	-
Baden-Württemberg	227	444	-	-	-
Staat	-	-	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	227	444	-	-	-
Bayern	603	780	-	-	-
Staat	-	-	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	603	780	-	-	-
Saarland	+ 26	316	-	-	-
Staat	-	-	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	+ 26	316	-	-	-
Länder zusammen	1 603	2 420	-	-	-
Staat	-	-	-	-	-
Gemeinden (Gv.)	1 603	2 420	-	-	-
Stadtstaaten	8	2	6	585	11
Hamburg	8	2	5	2	9
Bremen	-	-	1	583	2
Berlin (West)	-	-	-	-	-
Insgesamt ...	1 611	2 422	6	585	11

E. Ausgaben für sonstige soziale Maßnahmen

4. Wohnbeihilfen

1 000 DM

Gebietskörperschaft	1961	1962	1963	1964	1965
Bund	-	10 725	16 373	28 002	60 509
Länder					
Schleswig-Holstein	47	853	+ 1 478	2 906	6 023
Staat	-	798	+ 1 519	2 858	5 993
Gemeinden (Gv.)	47	55	41	48	30
Niedersachsen	1 227	1 202	3 770	6 018	14 645
Staat	936	1 276	3 504	5 628	13 438
Gemeinden (Gv.)	291	+ 74	176	390	1 207
Nordrhein-Westfalen	8 376	5 760	9 749	12 126	37 518
Staat	8 238	5 861	6 891	10 387	32 596
Gemeinden (Gv.)	138	+ 101	2 858	1 739	4 922
Hessen	223	401	671	2 057	6 829
Staat	159	279	861	1 952	6 435
Gemeinden (Gv.)	64	122	+ 190	105	394
Rheinland-Pfalz	39	70	165	702	2 653
Staat	45	58	121	677	2 595
Gemeinden (Gv.)	+ 6	12	44	25	58
Baden-Württemberg	452	526	509	2 509	8 340
Staat	275	452	472	2 388	8 448
Gemeinden (Gv.)	177	74	37	121	+ 108
Bayern	572	1 080	2 412	6 567	18 307
Staat	216	374	1 681	4 149	10 682
Gemeinden (Gv.)	356	706	731	2 418	7 625
Saarland	48	6	32	383	703
Staat	47	5	23	321	110
Gemeinden (Gv.)	1	1	9	62	593
Länder zusammen	10 984	9 898	15 830	33 268	95 018
Staat	9 916	9 103	12 124	28 360	80 297
Gemeinden (Gv.)	1 068	795	3 706	4 908	14 721
Stadtstaaten	3 077	2 218	2 729	3 230	6 935
Hamburg	1 237	730	989	1 575	4 250
Bremen	-	-	17	33	7
Berlin (West)	1 840	1 488	1 723	1 622	2 678
Insgesamt ...	14 061	22 841	34 932	64 500	162 462

E. Ausgaben für sonstige soziale Maßnahmen

5. Aufwendungen für übriges Sozialwesen

1 000 DM

Gebietskörperschaft	1961	1962	1963		1964		1965	
			insgesamt	darunter Kindergeld	insgesamt	darunter Kindergeld	insgesamt	darunter Kindergeld
Bund	339 505	885 389	565 796	450 756	1 583 421	1 452 242	3 014 556	2 799 531
Länder								
Schleswig-Holstein	791	947	+ 7 575	-	6 364	114	7 781	6
Staat	+ 3 795	+ 3 758	+ 634	-	+ 2 915	114	1 843	6
Gemeinden (Gv.)	4 586	4 705	+ 6 941	-	9 279	-	5 938	-
Niedersachsen	5 108	5 370	6 265	-	7 721	-	12 458	3
Staat	+ 414	-	+ 1 100	-	+ 1 120	-	2 724	3
Gemeinden (Gv.)	5 522	5 370	7 365	-	8 841	-	9 734	-
Nordrhein-Westfalen ...	23 615	24 343	11 754	276	26 759	198	36 925	3
Staat	-	-	712	276	476	198	67	3
Gemeinden (Gv.)	23 615	24 343	11 042	-	26 283	-	36 858	-
Hessen	6 694	8 586	+ 3 771	-	2 980	394	18 538	-
Staat	555	795	563	-	2 171	394	3 042	-
Gemeinden (Gv.)	6 139	7 791	+ 4 334	-	809	-	15 496	-
Rheinland-Pfalz	6 441	7 129	3 279	313	10 640	287	11 959	5
Staat	-	-	456	313	399	287	145	5
Gemeinden (Gv.)	6 441	7 129	2 823	-	10 241	-	11 814	-
Baden-Württemberg	25 005	27 214	23 846	-	26 284	-	38 488	-
Staat	205	184	416	-	1 763	-	3 574	-
Gemeinden (Gv.)	24 800	27 030	23 430	-	24 521	-	34 914	-
Bayern	10 223	13 008	16 825	614	20 838	321	19 395	-
Staat	+ 2 085	+ 220	566	614	800	321	301	-
Gemeinden (Gv.)	12 308	13 228	16 259	-	20 038	-	19 094	-
Saarland	2 775	3 184	4 646	-	3 891	-	2 789	-
Staat	-	-	67	-	31	-	6	-
Gemeinden (Gv.)	2 775	3 184	4 579	-	3 860	-	2 783	-
Länder zusammen	80 652	89 781	55 269	1 203	105 477	1 314	148 333	17
Staat	+ 5 534	+ 2 999	1 046	1 203	1 605	1 314	11 702	17
Gemeinden (Gv.)	86 186	92 780	54 223	-	103 872	-	136 631	-
Stadtstaaten	+ 107	87	504	140	1 814	113	3 428	8
Hamburg	+ 7	+ 17	396	140	1 655	113	3 221	1
Bremen	+ 100	134	+ 167	-	+ 190	-	+ 442	-
Berlin (West)	-	+ 30	275	-	349	-	649	7
Insgesamt ...	420 050	975 257	621 569	452 099	1 690 712	1 453 669	3 166 317	2 799 556

F. Lastenausgleichsfonds

F. Lastenausgleichsfonds

1. Ausgaben des Lastenausgleichsfonds nach Arten

Mill.DM

Ausgabeart	Rechnungsjahr				
	1961	1962	1963	1964	1965
1. Hauptentschädigung					
a) in bar	1 164,8	1 619,0	1 059,1	1 476,1	1 140,5 ¹⁾
b) Barerfüllung im Rj. anstelle bewilligter Aufbaudarlehen	41,6	30,0	48,4	31,3	16,3 ²⁾
c) durch Umwandlung früher gewährter Darlehen	149,4	185,6	188,1	155,5	119,4 ³⁾
d) Erfüllung durch Verrechnung von LA-Abgaben	-	-	2,2	3,0	1,1 ⁴⁾
2. Kriegsschadenrente					
a) Unterhaltshilfe	1 002,7	1 152,2	1 143,7	1 301,0	1 422,0
b) Entschädigungsrente	274,4	377,2	359,7	349,2	343,1
3. Wohnraumhilfe (Darlehen an Länder)	112,9	56,3	16,3	13,1	13,1 ⁵⁾
4. Leistungen aus dem Härtefonds	146,8	177,9	122,4	95,5	88,8 ⁶⁾
5. Sparerechtschädigung					
a) Währungsausgleich	23,1	18,2	14,7	14,8	9,9
b) Altsparenerschädigung	214,7	206,9	203,0	204,0	198,4
6. Hausratsentschädigung	176,0	104,0	93,4	90,0	60,8
7. Aufbaudarlehen (AD)					
a) für die gewerbl. Wirtschaft und die freien Berufe	34,4	26,9	20,4	14,2	7,1
b) für die Landwirtschaft	55,8	54,3	46,5	38,8	37,1
c) für den Wohnungsbau	431,5	332,7	294,9	263,8	251,2
8. Entschädigung n.d. Wertpapierbereinigungsschlußgesetz	-	-	-	0,9	1,9
9. Sonstige Förderungsmaßnahmen					
a) Ausbildungshilfe	45,5	41,4	42,3	32,4	24,7
b) Heimförderung	5,2	5,2	5,5	4,6	1,4
c) Liquiditätskredite und andere Kredite nach § 303 LAG	30,2	- 3,0	- 7,4	- 4,5	- 1,7
d) Bürgschaften	-	0,0	0,1	0,3	0,3
10. Sonstige Ausgaben					
a) Kurspflege	-	17,2	0,2	74,6	139,6
b) Kosten der Vorfinanzierung	91,2	107,8	122,8	152,4	157,0
c) Rückzahlung der Vorfinanzierung	47,9	176,4	220,2	216,7	220,8
d) Sonstiges (Verwaltungskosten usw.)	42,5	40,6	39,1	37,0	35,5
Insgesamt ...	4 090,4	4 726,8	4 035,8	4 564,8	4 288,3

1) Davon: a) Hauptentschädigung ohne b)-g) 548,7 Mill.DM, b) Tilgung von Schuldbuchforderungen 1,2 Mill.DM, c) 25 % Spareinlagen 123,8 Mill.DM, d) Zinszuschläge ab 1.1.1953 349,6 Mill.DM, e) Zinsen für Schuldbuchforderungen 14,4 Mill.DM, f) Zinsen für Deckungsforderungen-Spareinlagen 54,2 Mill.DM, g) Tilgung von Deckungsforderungen-Spareinlagen 48,6 Mill.DM.-

2) Davon: a) Hauptentschädigung aus AD Gewerbe 0,7 Mill.DM, b) Hauptentschädigung aus AD Landwirtschaft 3,6 Mill.DM, c) Hauptentschädigung aus AD Wohnungsbau 6,9 Mill.DM, d) Zinsen AD Gewerbe 0,3 Mill.DM, e) Zinsen AD Landwirtschaft 1,6 Mill.DM, f) Zinsen AD Wohnungsbau 3,2 Mill.DM.-
3) Davon: a) Hauptentschädigung 95,5 Mill.DM, b) Zinsen 23,9 Mill.DM.-

4) Vgl. Fußnote 1) Einnahmeseite.-
5) Einschl. 2,3 Mill.DM aus zweckgebundenen Rückflüssen früherer Umstellungsgrundschulden.-
6) Davon: a) Beihilfen zum Lebensunterhalt 38,8 Mill.DM, b) Beihilfen zur Beschaffung von Hausrat 9,3 Mill.DM, c) AD Gewerbe 10,4 Mill.DM, d) AD Landwirtschaft 8,8 Mill.DM, e) AD Wohnungsbau 21,5 Mill.DM.

F. Lastenausgleichsfonds

2. Einnahmen des Lastenausgleichsfonds nach Arten

Mill.DM

Einnahmeart	Rechnungsjahr				
	1961	1962	1963	1964	1965
1. Ausgleichsabgaben					
a) Vermögensabgabe	1 610,8	1 651,8	1 468,3	1 562,3	1 325,1 ¹⁾
b) Gemeinschaftshilfeabgabe i.S. des § 31 Abs. 1 LA-EG-Saar ...	22,2	9,4	2,8	0,8	1,8
c) Hypothekengewinnabgabe	322,0	353,6	280,8	319,0	255,4 ¹⁾
d) Kreditgewinnabgabe	91,4	87,0	78,2	78,0	79,1 ¹⁾
2. Zuschüsse von Gebietskörperschaften					
a) gem. § 6 Abs. 2 LAG	347,2	439,4	410,0	473,5	461,3
b) gem. § 6 Abs. 3 und 4 LAG	789,1	737,6	782,1	644,3	852,1 ²⁾³⁾
c) Verstärkung des Härtefonds aus Mitteln des Bundes	100,0	100,0	100,0	76,0	68,6
3. Schuldenaufnahmen					
Lastenausgleichsanleihen und andere Darlehen	150,0	441,5	694,0	500,0	301,5
4. Darlehensrückflüsse					
a) von Gebietskörperschaften	181,1	149,6	166,4	156,0	229,4
b) von Sonstigen	275,6	287,9	274,4	284,5	286,1
5. Zinsen	41,9	37,5	32,6	27,9	24,5
6. Rückflüsse aus Umwandlung gewährter Darlehen in Hauptentschädigung					
a) gewerbliche Wirtschaft	55,1	68,4	50,1	32,9	21,5
b) Landwirtschaft	30,3	36,0	43,3	38,1	30,1
c) Wohnungsbau (einschl. aus Saardarlehen)	56,2	74,4	87,5	78,2	63,3
d) Flüchtlingsiedlung	7,8	6,8	7,2	6,4	4,5
7. Erträge aus der Wertpapierbereinigung	-	-	-	89,2	163,4
8. Übrige Einnahmen	10,1	14,5	10,8	10,6	10,7
Insgesamt ...	4 090,8	4 495,6	4 488,4	4 377,6	4 178,4 ⁴⁾

1) Darunter Aufkommen durch Verrechnung von LA-Abgaben mit Hauptentschädigung: Vermögensabgabe 0,7 Mill.DM, Hypothekengewinnabgabe 0,4 Mill.DM, Kreditgewinnabgabe 0,0 Mill.DM.-

2) Darunter 281,1 Mill.DM Zuweisungen des Bundes.-
3) Darunter 8,7 Mill.DM Zuweisungen des Saarlandes gem. § 3, Abs. 1 LA-EG-Saar.-

4) Darunter 349,7 Mill.DM Zuweisungen des Bundes.